Martin Luther Superstar

3,00 €
Mai/
Juni

3|16

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Paul J. Crutzen
Ulrich Lilie
Andrea Nahles
Thomas Sternberg
Wolfgang Thierse
und viele andere

Kulturgutschutz
Wie lassen sich die Interessen des Handels mit neuen Regelungen bei Ein- und Ausfuhr von Kulturgut vereinbaren?
Seite 3

Integration
Meins, deins, unser…
Zu den Herausforderungen einer pluralistisch und widersprüchlicher werdenden Gesellschaft.
Seiten 7 und 9

Freihandelsabkommen
Ist der Kulturbereich bei CETA ausreichend geschützt und wie steht es um die Protestbewegung gegen TTIP, CETA & Co.?
Seite 11

Computerspielpreis
Ist Deutschland Produktionsstandort für Computerspiele? Über die Entwicklung einer immer selbstbewussteren Branche.
Seite 29

Hofnarr

Politiker aller Parteien lieben die Künstler. Nicht alle, besonders nicht die Unbekannten. Sie lieben bekannte Schauspieler, Musiker und Schriftsteller. Gerne werden diese Künstler eingeladen und ihre Meinung zu diesem und jenem politischen Problem erbeten. Künstler lieben Politiker, denn sie lassen sich gerne einladen, sie freuen sich, wenn ihre Einschätzungen auch außerhalb ihrer Profession gefragt sind. Außerdem macht es Spaß, wechselseitig in eine eher unbekannte Welt einzutauchen.

Problematisch wird es dort, wo diese Treffen als ernsthafte politische Schritte missverstanden werden. Viele Politiker haben mir schon erklärt: »Ich mache viel für die Kultur, ich treffe mich regelmäßig mit Künstlern.« Doch geht es bei diesen Treffen wirklich ernsthaft um die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Künstler, um ein zukunftsfähiges Urheberrecht oder um einen gerechten Welthandel?

Im Jahr 1970, auf dem ersten Kongress des Verbandes deutscher Schriftsteller, sprach Heinrich Böll, in Anwesenheit von Willy Brandt, über die »Einigkeit der Einzelgänger«. Ein kühner Traum, der, hätte er funktioniert, Künstlerorganisationen zu einer starken politischen Kraft gemacht hätte.

Doch gerade die Verbände der Künstler kämpfen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, um ihre Zukunftsfähigkeit. Geblieben sind oftmals die Einzelgänger, ohne Einheit. Auch deshalb sind Künstler bei Politikern beliebt.

Im Mittelalter kannte man die Hofnarren, die als Spaßmacher für Unterhaltung und Belustigung der Mächtigen da waren. Mancher von ihnen konnte »ihren« Herrschern auch unangenehme Wahrheiten humorvoll näherbringen, die meisten aber waren wohl doch mehr Narren als Berater.

Künstlerinnen und Künstler haben wie alle Menschen eine Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen. Die bekannteren unter ihnen können neben dieser Verantwortung noch ihre Popularität in die Waagschale werfen. Sie sollten aber sicherstellen, dass sie von der Politik nicht als Alibi missbraucht werden. Gerade weil bekannte Künstler gerne von Politikern eingeladen werden, sollten sie zu diesen Treffen klare Forderungen mitnehmen und nach den Treffen darauf achten, ob ihre Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Vom Hofnarr des Mittelalters ist in unseren Tagen glücklicherweise nicht viel geblieben. Nur die Formulierung »vernarrt sein« für »total verliebt sein« gibt es noch. Totale Liebe ist im privaten Bereich super, in der Politik ist sie tödlich, weil man dann doch nur zum Hofnarr wird.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: PICTURE ALLIANCE / WESTEND 61

Zukunftswerkstatt Künstlersozialversicherung

Warum wir heute die Fragen von morgen stellen müssen

ANDREA NAHLES

Seit nunmehr über 30 Jahren ist die Künstlersozialversicherung das soziale Rückgrat der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland. Sie bietet rund 180.000 selbstständigen Kunstschaffenden, Publizistinnen und Publizisten eine verlässliche Absicherung in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Unsere solidarisch organisierte soziale Absicherung von Kulturschaffenden ist einzigartig in Europa – getragen von den Beiträgen der Versicherten, von der Künstlersozialabgabe der Unternehmen, die kreative Leistungen vermarkten, und vom Zuschuss des Bundes spiegelt sie die herausragende und verfassungsrechtlich verankerte Bedeutung von Kultur, Kunst und Publizistik für unser Gemeinwesen wider. Hierauf können wir zu Recht stolz sein.

Doch nichts kommt von selbst und nichts besteht aus sich allein fort. Wie in anderen sozialen Sicherungssystemen müssen wir gerade auch in der Künstlersozialversicherung immer wieder auf neue Herausforderungen und Veränderungen reagieren. Deswegen lade ich für den 14. Juni 2016 zur »Zukunftswerkstatt Künstlersozialversicherung« ein. Wenn wir die Entwicklungen und Trends in der Kultur- und Kreativbranche kennen, können wir auch Zukunftsperspektiven und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten sowie etwaigen Reformbedarf erörtern.

Wir dürfen uns auf dem Erreichten nicht ausruhen. Deshalb sollten wir die Debatte über Zukunftsfragen jetzt führen

Es gibt nur wenige Wirtschaftsbereiche, die sich so innovativ und dynamisch entwickeln wie die Kultur- und Kreativwirtschaft: Im Jahr 2014 lag das Umsatzvolumen geschätzt bei rund 146 Milliarden Euro. Trotz dieser ökonomischen Stärke der Branche arbeiten jedoch Selbstständige in Kunst und Publizistik häufig unter wirtschaftlich schwierigen Bedingungen und müssen mit niedrigen oder stark schwankenden Einkommen zurechtkommen.

Das ist kein neues Phänomen. Schon immer ist das Erwerbsleben der Kreativen und Kulturschaffenden von einem vergleichsweise hohen Anteil selbstständig Tätiger geprägt. Hinzu kommen häufig kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse, Mehrfachanstellungen, kurze und häufig unterbrochene Beschäftigung, beispielsweise beim Film, an Bühnen und in Orchestern. Zudem gibt es vergleichsweise häufige Wechsel zwischen freiberuflicher Tätigkeit und Beschäftigungsverhältnissen sowie ein Nebeneinander beider Erwerbsformen. Wenn es den Begriff der »Patchworkbiografie« nicht schon gäbe, müsste er für einen nicht unerheblichen Teil der Kulturschaffenden erfunden werden. Immer wieder stellen sich auch Abgrenzungsfragen: Ist etwa die Kette vermeintlicher freiberuflicher Tätigkeiten in der Kreativwirtschaft nicht doch als versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis im Rahmen von Kurz- und Mehrfachanstellungen zu bewerten? Statusfeststellungen zur Vermeidung von Scheinselbstständigkeit im Kulturbetrieb sind heute ein notwendiges, aber auch immer wieder – auch von den Betroffenen – beklagtes Prozedere. Gleichzeitig zeigen sich hier durchaus auch Interessenkonflikte. Auf der einen Seite wollen manche als Freelancer selbstständig arbeiten und dabei selbst frei entscheiden, welchen versicherungsrechtlichen Status sie sich zuschreiben. Demgegenüber steht das legitime Anliegen der Sozialpolitik, auch Selbstständige für die Wechselfälle des Lebens abzusichern, Beschäftigte in die Solidargemeinschaft einzubeziehen.

Zu diesen Fragen der sozialen Absicherung von Kulturschaffenden kam in den vergangenen Jahren noch ein anderes Phänomen: Trotz der dynamischen Entwicklung der Branche und gleichzeitig steigender Versichertenzahlen in der Künstlersozialversicherung stagnierten die Einnahmen bei der Künstlersozialabgabe. Die Folge war ein steigender Abgabesatz. Angesichts dieses Trends geriet zum einen die Finanzierungsbasis der Künstlersozialversicherung in Gefahr. Zum anderen drohte auch ihre Akzeptanz bei den Verwertern künstlerischer und publizistischer Leistungen zunehmend verlorenzugehen. Darauf haben wir reagiert und mit dem Gesetz zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabesatzes im Jahr 2014 die notwendigen Schritte getan, um den sozialen Schutz vieler Betroffener zu sichern.

Gäbe es den Begriff Patchworkbiografie nicht schon, man müsste ihn für das Arbeitsleben von Kulturschaffenden neu erfinden

Auch wenn das Gesetz erst am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, sehen wir schon heute die beabsichtigten positiven Effekte. Das selbstgesteckte Ziel, jährlich Mehreinnahmen von mindestens 30 Millionen Euro zu erzielen, wurde im ersten Jahr erreicht. Die Chancen stehen gut, diese Einnahmebasis in den nächsten Jahren noch zu verbreitern und damit einen mindestens stabilen Abgabesatz für die Verwerter

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 3/2016
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Hofnarr
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Zukunftswerkstatt Künstlersozialversicherung
Andrea Nahles 01

SEITE 2

Kulturmensch 02

AKTUELLES

Kulturgutschutzreform ist auf Zielgerade
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

LANDESKULTUR POLITIK

Kultur für Flächenland und Detail
Sven Scherz-Schade 04

»Land der wunderbaren Neger«
Peter Grabowski 05

INLAND

Degradierung zum Untoten
Wolfgang Ullrich 06

Pragmatismus und Respekt
Ulrich Lilie 07

Mit Köpfchen durch offene Türen
Monika Grütters 08

Eine doppelte Aufgabe
Wolfgang Thierse 09

INTERNATIONALES

Die darstellende Kunst als eine soziale Kraft
Wolfgang Schneider 10

Am Ball bleiben
Carolin Ries 11

Vielfalt fördern
Ein Kommentar vonn Bernd Lange 11

Wen Sanktionen wirklich treffen
Bruno Kramm 12

KULTURELLE BILDUNG

Stark, stärker, am stärksten…
Carolin Ries 12

KULTURELLES LEBEN

Coop. Humboldt Dschungel
Wibke Behrens, Uta Belkius und Notker Schweikhardt 13

Unbeirrbarer Streiter
Ansgar Klein 14

Ratings Agentour
Arnulf Rating 14

Hundert Mal Kultur
Thomas Sternberg 15

Die Aktualität des Protestantismus in den Diskursen der Zivilgesellschaft
Ansgar Klein 16

Von der Hypothese des gesunden Verstandes ausgehen
Regine Möbius 16

Die Rote Liste 17

Keilschrift versus Singen
Markus Hilgert im Porträt – Andreas Kolb 16

ANTHROPOZÄN

Vom Einfluss der menschlichen Kultur auf die Natur
Olaf Zimmermann 19

Vom Parasitismus zur Symbiose
Reinhold Leinfelder 20

Die Geologie der Menschheit
Michael Müller im Gespräch mit Paul J. Crutzen 21

Das Zeitalter der Menschen
Bernd Scherer 22

Umweltpolitik für die Menschenzeit
Kai Niebert 23

Die Naturvergessenheit der Moderne
Michael Müller 24

Überleben oder untergehen
Ulrich Khuon 25

Wegweisende Ideen verfolgen
Peter Weibel 26

Allmacht in Demut
Rüdiger Kruse 26

Willkommen im Anthropozän
Nina Möllers 27

Menschen können auch positive Fußabdrücke hinterlassen
Monika Griefahn 28

MEDIEN

Erfreuliche Profilschärfung
Felix Zimmermann 29

Mehr Geld und dennoch weiter sparen
Helmut Hartung 30

Würde Würde würdig?
Ein Kommentar von Armin Conrad 31

Verlässlich Qualität bieten
Drei Fragen an die ARD-Vorsitzende Karola Wille 31

NETZKULTUR

Zugang ermöglichen
Heinz Pampel 32

Der unsichtbare Vierte
Malte Behrmann

DOKUMENTATION

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates 33-35

DAS LETZTE

Kurz-Schluss 36

P & K-Nachrichten 36

Karikatur 36

Impressum 36

Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

DER AUSBLICK

4|16

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Juli 2016.
Im Fokus der nächsten Ausgabe steht das Thema Frauen in Kunst- und Kulturberufen.

Fortsetzung von Seite 1

zu gewährleisten. Die verstärkten Prüfungen der Arbeitgeber durch Rentenversicherung und Künstlersozialkasse leisten dabei einen wesentlichen Beitrag und schaffen vor allem auch mehr Abgabeehrlichkeit und Gerechtigkeit unter den Verwertern. Auch das ist ein wichtiger Erfolg des neuen Gesetzes.

Diese erfreuliche Entwicklung schafft den Freiraum, dringende Zukunftsfragen intensiv und frühzeitig zu diskutieren. Wir tun das auf meine Initiative hin in einem breit angelegten Dialogprozess unter dem Motto »Arbeiten 4.0«. Die größte Zukunftsfrage lautet für mich in der Künstlersozialversicherung derzeit: Wie müssen wir die Weichen heute stellen, damit Publizistik- und Kunstschaffende in einer zunehmend globalisierten und digitalisierten Kultur- und Medienindustrie auch in Zukunft sozial gut abgesichert sind? Diese Frage müssen und wollen wir gemeinsam mit Interessierten und Sachverständigen diskutieren.

Ohne Zweifel ist die Digitalisierung mittlerweile eine wesentliche Triebfeder des gesellschaftlichen und auch kulturellen Wandels. Sie verändert die Arbeitsbedingungen auch für Kulturschaffende, für Künstler und Publizisten, etwa in der Medien- oder Designbranche. Sie eröffnet aber auch neue Chancen und Tätigkeitsfelder. Heute bedeutet Digitalisierung für die Kreativwirtschaft vielfach, dass ihre Produkte, egal ob Filme, Fotos, Bücher, Musik, Spiele oder im Designbereich, völlig ungebunden vom Ort im weltweiten Netz hergestellt, konsumiert und kommerziell verwertet werden können. Dies hat Folgen sowohl für den kulturellen und kreativ-schöpferischen Prozess

Zu Patchworkbiografien kommt die Digitalisierung des Erwerbslebens – crowdworking, clickworking, platforming

als auch für die Verwertungsprozesse. Crowdworking als Zeichen weltweiter Projektwirtschaft, clickworking oder zunehmend arbeitsteilige Herstellungsprozesse zum Beispiel bei Film und Fernsehen oder bei Gamedesign und -produktion sind ebenfalls Auswirkungen des digitalen Wandels auf Kunst und Publizistik. Der digitale Wandel der Kreativ- und Kulturbranche bringt neue Geschäftsmodelle hervor, zum Beispiel personalisierte Nachrichten,

FOTO: BMAS KNOLL

Andrea Nahles

Musik-Streaming, werbefinanzierte Blogs oder Videokanäle, und schafft damit auch neue Tätigkeitsfelder für Künstler und Publizisten. Wenn heute beispielsweise ein Comedian oder ein Musiker einen Clip bei »YouTube« einstellt, kann das wie bei Blogs im Netz in der Absicht geschehen, abhängig von der Zahl der Aufrufe des Clips Werbeeinnahmen zu generieren. Man kann dies als Hinweis darauf deuten, dass die Möglichkeiten für Kulturschaffende im Vergleich zur »alten« analogen Welt vielfältiger geworden sind, sich selbst und ihre Kunst zu vermarkten. Man sollte aber auch kritisch hinterfragen, wie die Wertschöpfung bei solchen neuen Geschäftsmodellen verteilt wird und ob sich damit für Künstler überhaupt nennenswerte Einnahmen erzielen lassen, die den Wegfall bisheriger Verdienstmöglichkeiten kompensieren können.

Oder nehmen wir als weiteres Beispiel das »Self-publishing« schriftstellerischer Produkte im Internet. Dieser neue Weg, so scheint es, eröffnet jedem eine Chance, seine künstlerischen Ambitionen zu verwirklichen und das eigene künstlerische Schaffen selbst zu vermarkten. Doch die Frage ist: Was ist überhaupt Selbstvermarktung in diesem Zusammenhang? Sind etwa »Self-Publishing«-Plattformen wie »neobooks.com« oder die zu »Amazon.com« gehörenden »Kindle Direct Publishing« oder »createspace.com« nur Technikanbieter für die Selbstvermarkter oder vermitteln sie künstlerische Leistungen zum Endverbraucher? Wenn Letzteres der Fall ist, kommt eine Abgabepflicht nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz in Betracht. Doch was sind dann die abgabepflichtigen Entgelte, von wem fließen sie wohin und auf welchem Weg? Damit sind wir wieder bei den Auswirkungen der Digitalisierung auf das Finanzierungssystem der Künstlersozialversicherung durch die Künstlersozialabgabe. Im Kern geht es um die Frage, ob der digitale Wandel Verwertungsprozesse so verändert, dass die Künstlersozialabgabe in der jetzigen Form nicht mehr anfällt und nicht mehr erhoben werden kann. Hinzu kommt die Frage der Auslandsvermarktung: Nur Unternehmen mit Sitz in Deutschland können zur Künstlersozialabgabe herangezogen werden. Konzentrieren sich Verwertungsprozesse bei großen Unternehmen mit Sitz im Ausland, wie beispielsweise »Getty Images« bei der Verwertung von Fotorechten, ist die Möglichkeit einer Abgabeerhebung abgeschnitten. Eine weitere Zunahme weltweit arbeitsteiliger Herstellung und der Verwertung künstlerischer oder publizistischer Werke im »World Wide Web« wirft zwangsläufig Fragen danach auf, wie wir künftig mit diesen Verwer-

Muss die Bemessungsgrundlage verändert werden und falls ja, wie?

tungsprozessen in der digitalen Welt umgehen wollen und ob etwa andere Kriterien für die Erhebung der Künstlersozialabgabe notwendig wären: Muss die Bemessungsgrundlage verändert werden und falls ja, wie? Wären alternative Abgabeformen, zum Beispiel auf digitale Netze oder für Plattformbetreiber, denkbar und machbar? Dies sind nur einige Fragen, die wir in der »Zukunftswerkstatt Künstlersozialversicherung« gemeinsam diskutieren wollen und auf die wir Antworten finden müssen.

Andrea Nahles ist Bundesministerin für Arbeit und Soziales

INFO

Die »Zukunftswerkstatt Künstlersozialversicherung« findet am 14. Juni 2016 in der Bildhauerwerkstatt im Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlin, Osloer Str. 102, 13359 Berlin statt. Themen und Fragestellungen zu den Herausforderungen für die Zukunft der Künstlersozialversicherung können vorab an folgende Adresse gerichtet werden: *zukunftswerkstatt-ksv@bmas.bund.de*.

Kulturmensch Patricia Schlesinger

Die Journalistin und Fernsehmoderatorin Patricia Schlesinger wird neue Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Die gebürtige Hannoveranerin studierte in Hamburg Politik und Wirtschaft und volontierte nach ihrem Studium beim NDR. Eine Station folgt der anderen und so berichtete Schlesinger von 1995 und 1997 als Südostasienkorrespondentin aus Singapur, kehrte anschließend als Moderatorin zu »Panorama« zurück und arbeitete 2001 bis 2004 als USA-Korrespondentin in Washington. Nach ihrer Rückkehr übernahm sie zunächst die Leitung der Abteilung Ausland und Aktuelles im Programmbereich Zeitgeschehen, 2006 dann die Führung der Abteilung Dokumentation & Reportage. Seit 2007 ist sie die Leiterin des Programmbereichs Kultur und Dokumentation. Sie wird ab Juli 2016 Intendantin des rbb.

In Schlesingers Ägide entstanden spannende Dokumentationen und Dokumentarfilme, wie beispielweise »Töte zuerst« über den israelischen Geheimdienst Shin Bet, »Der Clown« über den nie veröffentlichten KZ-Film von Jerry Lewis, »The Voice of Peace – Der Traum des Abie Nathan« oder auch »Das Mädchen – Was geschah mit Elisabeth K.?«.

Schlesingers Gespür für Themen, ihre Neugierde lassen neue Impulse für das rbb-Fernsehen erwarten. Vom »großen« Sender NDR kommend, wird sie vor Herausforderung stehen, mit deutlich kleinerem Budget Akzente zu setzen.

FOTO: RBB / OLIVER ZIEBE

Kulturgutschutzreform ist auf Zielgerade

Im europäischen Vergleich ist das neue deutsche Kulturgutschutzgesetz eher milde

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Ganz zum Schluss kam bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags am 13. April 2016 zum Regierungsentwurf eines »Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechts« eine der Fragen, die eine gewisse Erleichterung im Auditorium auslösten. Die Stellvertretende Ausschussvorsitzende Herlind Gundelach fragte, wie die vorgesehenen deutschen Regelungen denn im Konzert der geplanten oder bereits umgesetzten Regelungen zum Kulturgüterschutz in Europa aussähen. Die Sachverständige Kerstin Odendahl, Geschäftsführende Direktorin des Walther-Schücking-Instituts an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, antwortete knapp und präzise, dass die deutschen Vorschriften im Vergleich zu denen anderer EU-Mitgliedstaaten eher milde einzuschätzen sind und keinesfalls zu den besonders strengen gehören. Mit dieser unprätentiösen Antwort wurden verschiedene Horrorszenarien, die zuvor an die Wand gemalt wurden, relativiert. Und die Argumentation, dass insbesondere der deutsche Kunsthandel gegenüber den europäischen Wettbewerbern benachteiligt würde, fiel wie ein Kartenhaus zusammen.

Doch der Reihe nach: Ausgangspunkt der gesamten Debatte um das Kulturgutschutzgesetz ist die EU-Richtlinie zum Kulturgutschutz, die im Mai 2014 verabschiedet wurde und von den EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden muss. Die Bundesregierung nahm diese Pflicht zum Anlass, den bisher in drei verschiedenen Gesetzen geregelten Kulturgutschutz gründlich zu überarbeiten. Herausgekommen ist ein Gesetz, in dem Ein- und Ausfuhr und Rückgabe von Kulturgütern zusammen geregelt werden. Bis zum Regierungsentwurf des Kulturgutschutzgesetzes, der in der Anhörung im Mittelpunkt stand, war es ein langer Weg. Am Anfang stand ein Fragenkatalog der Bundesregierung zum Kulturgutschutz. In der ersten Anhörung der Bundesregierung zu diesem Fragenkatalog wurden bereits die unterschiedlichen Interessen von Museen, Wissenschaft, Handel und Sammlern deutlich. Der dann von Kulturstaatsministerin Monika Grütters MdB vorgelegte Referentenentwurf stieß auf harsche Kritik im Kunsthandel und bei Sammlern. Auch der Deutsche Kulturrat hat in seiner Stellungnahme zu diesem ersten Entwurf Verbesserungen vorgeschlagen. Der im November 2015 vorgelegte Regierungsentwurf hat verschiedene Monita aufgenommen. Nach der anschließenden Beratung im Bundesrat und der Gegenäußerung der Bundesregierung fand am 18. Februar 2016 die erste Lesung im Deutschen Bundestag statt. Der federführende Ausschuss für Kultur und Medien führte die bereits erwähnte Anhörung am 13. April 2016 durch. Der Deutsche Kulturrat hatte sich zuvor zum Regierungsentwurf auf der Basis seiner bestehenden Stellungnahmen, die nach wie vor Gültigkeit haben, mit einer weiteren Stellungnahme positioniert.

Die 14 Sachverständigen, die der Kulturausschuss geladen hatte, hatten zuvor Gelegenheit einen 34 Fragen umfassenden Fragenkatalog zu beantworten. Eingeladen waren: Christoph Andreas (Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler), Johanna Eder (Vorsitzende der Deutschen Naturwissenschaftlichen Forschungssammlungen, DNFS), Markus Eisenbeis (Geschäftsführender Gesellschafter des Auktionshauses Van Ham in Köln und Vizepräsident des Bundesverbandes deutscher Kunstversteigerer), Harald Falckenberg (Sammler und Professor für Kunsttheorie an der Hochschule für bildende Künste Hamburg), Dorothee Hansen (Stellvertretende Direktorin der Kunsthalle Bremen), Markus Hilgert (Direktor des Vorderasiatischen Museums – Staatliche Museen zu Berlin), Silvelie Karfeld (Hauptkommissarin beim Bundeskriminalamt), Robert A. Kugler (Rechtsanwalt, Höly, Rauch & Partner Berlin), Sophie Lenski (Lehrstuhlinhaberin für Staats- und Verwaltungsrecht, Medienrecht, Kunst- und Kulturrecht an der Universität Konstanz), Arnold Nesselrath (Stellvertretender Direktor der Vatikanischen Museen und Professor für Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin), Kerstin Odendahl (Geschäftsführende Direktorin des Walther-Schücking-Instituts an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel), Isabel Pfeiffer-Poensgen (Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder), Kristian Nicol Worbs (Präsident der Deutschen Numismatischen Gesellschaft) und Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates).

Definition national wertvollen Kulturguts

Bereits in der Frage der Definition national wertvollen Kulturguts gehen die Meinungen auseinander. Der Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler hält generell den Begriff national wertvollen Kulturguts für antiquiert und rückwärtsgewandt. Angesichts der Globalisierung sollte sich eher auf internationale als auf nationale Entwicklungen bezogen werden. Daraus wird geschlussfolgert, dass allenfalls exponierte, singuläre Werke unter Kulturgutschutz gestellt werden sollten. Auch der Bundesverband der Kunstversteigerer vertritt die Auffassung, dass nur wenige einmalige und einzigartige Werke unter Kulturgutschutz gestellt werden sollten. Auch der Deutsche Kulturrat hat in seinen Positionierungen zum Kulturgutschutzgesetz stets betont, dass der Begriff national wertvolles Kulturgut nicht inflationär gebraucht werden sollte. Er sieht allerdings auch keine Gefahr, dass dies künftig geschehen könnte, da zum einen die Praxis belegt, dass nur wenige Werke in die bestehenden Listen national wertvollen Kulturguts aufgenommen werden und zum anderen die Hürden im neuen Gesetz bewusst hoch angesetzt sind. Auf den bisherigen von den Ländern geführten Listen national wertvollen Kulturguts sind derzeit etwa 2.700 Werke geführt. Das aktuelle Kulturgutschutzgesetz wurde vor über 60 Jahren eingeführt, was alleine schon ein Hinweis ist, dass es sich um besondere Werke handeln muss, die unter Kulturgutschutz gestellt werden. Auch die Kulturstiftung der Länder, in der Anhörung vertreten durch die Generalsekretärin Isabel Pfeiffer-Poensgen, unterstreicht, dass die vorgesehenen Definitionen einen guten Rahmen bieten und an bestehende anknüpfen. Isabel Pfeiffer-Poensgen appellierte mit Verve den Sachverständigenausschüssen einen Vertrauensvorschuss zu geben. Schon jetzt werden vor der Eintragung von Kulturgütern in die Listen national wertvollen Kulturguts Sachverständige einbezogen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Experten aus der Wissenschaft, den Museen aber auch dem Handel über sehr gute Kenntnisse im Kulturgutschutz verfügen und jede Eintragungsentscheidung genau abwägen. Diese Einschätzung wurde von anderen Sachverständigen bei der Anhörung geteilt.

FOTO: BODOT / FOTOLIA.COM

Ruinen in Palmyra, Syrien

National wertvolles Kulturgut in Privatbesitz

Entzündet hat sich die gesamte Diskussion um das Kulturgutschutzgesetz vor allem an der Frage, was mit national wertvollem Kulturgut geschieht, das sich in Privatbesitz befindet. Hier stellt sich die Frage, ob die vorgesehenen Beschränkungen zur Ausfuhr von Kulturgut nicht die Eigentumsrechte berühren. Von Seiten des Kunsthandels wurde diese Frage mit der Zugänglichmachung von Kulturgut verknüpft und es wurde die Argumentation aufgebaut, dass national wertvolles Kulturgut eigentlich öffentlich zugänglich gemacht werden muss. Eine solche Zugänglichmachung wäre aber ein Eingriff in die Eigentumsrechte, also ergibt sich hieraus, dass wenn der Staat Kulturgut als national wertvoll einstufen will, er dieses auch erwerben muss. Diese Argumentation wurde von anderen nicht geteilt. Vom Deutschen Kulturrat wurde eine Analogie zum Denkmalschutz in die Diskussion eingebracht. Unter Denkmalschutz stehende Gebäude müssen nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sein, sind aber dennoch denkmalgeschützt. Der Staat schafft allerdings mittels des Steuerrechts Anreize, Denkmäler für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ähnliche Anreize gibt es bereits für national wertvolles Kulturgut, hier kann aber durchaus über weitere Verbesserungen im Rahmen von steuerpolitischen Diskussionen nachgedacht werden.

Zeitliche Komponente

Von Seiten der Kunstversteigerer wurde in die Anhörung der Vorschlag eingebracht, dass nur Kunstwerke, die sich bereits 50 Jahre in Deutschland befinden, als national wertvolles Kulturgut eingetragen werden können. Auch die Galeristen und Kunsthändler plädieren für eine solche Frist. Andere Verbände wie z. B. der Deutsche Museumsbund lehnen zeitliche Fristen ab. Auch die Kulturstiftung der Länder hält die geforderte Frist für nicht überzeugend. Der Deutsche Kulturrat gibt in seiner Stellungnahme die Besonderheiten der deutschen Geschichte zu bedenken. So befindet sich nach wie vor kriegsbedingt verbrachtes deutsches Kulturgut im Ausland, das die Anforderungen einer Eintragung als national wertvolles Kulturgut erfüllen würde. Die Einführung einer 50-Jahre-Frist würde die Eintragung dieses Kulturguts, sollte es wieder nach Deutschland kommen, unmöglich machen. Gleichzeitig plädierten sowohl Kulturstiftung der Länder als auch der Deutsche Kulturrat dafür, bei der genehmigungspflichtigen Ausfuhr eine zeitliche Komponente vorzusehen, so dass der Handel mit hochpreisigem Kulturgut nicht erschwert wird.

Ein- und Ausfuhr in den Binnenmarkt

Neu ist im geplanten Kulturgutschutzgesetz die Einführung von Wert- und Altersgrenzen bei der Ein- und Ausfuhr im Binnenmarkt. In fast allen anderen EU-Mitgliedstaaten existieren solche Regelungen schon lange und widersprechen den Regeln des freien Binnenmarkts nicht. Deutschland zieht mit seinen Regeln nach. Dennoch sind die Galeristen und Kunsthändler der Meinung, dass die vorgesehenen Vorschriften dem freien Binnenmarkt zuwiderlaufen und nicht umgesetzt werden sollen. Sollte dennoch eine Ein- und Ausfuhrregelung für den Binnenmarkt vorgesehen werden, sollten die Wert- und Altersgrenzen nach oben gesetzt werden. Der Deutsche Museumsbund plädiert dagegen dafür, die deutlich moderateren deutschen Regeln den strengeren EU-Vorschriften anzupassen, also nach unten zu korrigieren und damit mit anderen EU-Mitgliedstaaten gleichzuziehen. Für archäologisches Kulturgut sollte die Wertgrenze 0 Euro eingeführt werden. Auch Markus Hilgert, Direktor des Vorderasiatischen Museums – Staatliche Museen zu Berlin, appellierte, den Gestaltungsspielraum der EU-Richtlinie nicht zu nutzen und die deutlich strengeren EU-Vorschriften zu übernehmen.

Sorgfaltspflichten

Hier stehen zwei Fragen im Raum: die Sorgfaltspflichten mit Blick auf NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut und die Herkunftsnachweise für archäologisches Kulturgut. Mit Blick auf NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut wird vom Kunsthandel und den Kunstversteigerern erklärt, dass selbstverständlich die einschlägigen Datenbanken, in denen Verluste von Kulturgut verzeichnet sind, konsultiert werden. Zugleich muss aber auch bedacht werden, dass nicht alles Kulturgut, das zwischen 1933 und 1945 verkauft wurde, belastet ist. Als Beispiel wurden die bisherigen Rechercheergebnisse zum Gurlitt-Fund angeführt. Ebenso wurden die Sorgfaltspflichten mit Blick auf archäologisches Kulturgut als viel zu streng erachtet. Erst ab einem Wert von 5.000 Euro sollten strengere Herkunftsnachweise gelten. Demgegenüber sprechen sich der Deutsche Museumsbund und auch Markus Hilgert für engere Wertgrenzen aus. Markus Hilgert vertritt die Auffassung, dass der seriöse Handel von strengen Grenzen profitieren wird. Auch wird bereits jetzt im Gesetzesentwurf hinter den ethischen Grundsätzen des Internationalen Museumsbunds zurückgefallen.

Illegaler Handel

Weit auseinander lagen die Einschätzungen zum illegalen Handel. Silvelie Karfeld, Bundeskriminalamt, ließ keinen Zweifel daran, dass es illegalen Handel mit Kulturgut in Deutschland gibt. In ihrer öffentlich nicht zugänglichen Stellungnahme nannte sie dem Vernehmen nach prägnante Beispiele. Demgegenüber ist der Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler der Überzeugung, dass es keinen illegalen Handel in Deutschland gibt und führt Aussagen des Zolls als Beleg an.

Abwägen gefordert

Die Mitglieder des Kulturausschusses müssen nun die Argumente gegeneinander abwägen. Kerstin Odendahl unterstrich in ihrem Statement, dass Kulturgüter besondere Güter sind, die sowohl einen materiellen als auch einen ideellen Wert haben. Beim Kulturgutschutz geht es um eine Abwägung beider Interessen, der materiellen Interessen des Handels sowie gegebenenfalls auch von Sammlern und den nationalen Interessen zum Schutz und Verbleib von Kulturgut in Deutschland, weil es eine herausragende und identitätsstiftende Bedeutung hat. Der vorliegende Gesetzesentwurf wägt diese beiden Interessen ab und kommt zu ausgewogenen Ergebnissen, so Odendahl. Und, wie eingangs schon ausgeführt, es werden die Spielräume, die die EU-Richtlinie vorgibt, genutzt, um beiden Seiten gerecht zu werden. Über das Ziel hinausgeschossen wird nicht.

Nun liegt der Ball im Spielfeld des Kulturausschusses. Ausschussvorsitzender Siegmund Ehrmann, MdB versicherte, dass die vorgetragenen Argumente wie auch die schriftlich eingegangenen Stellungnahmen sorgfältig geprüft und in die Entscheidung einbezogen werden. Er zeigte sich zuversichtlich, dass noch vor der Sommerpause das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen werden kann.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Kultur für Flächenland und Detail

Niedersachsen und seine Kulturpolitik für die nächsten Jahre

SVEN SCHERZ-SCHADE

Wenn's nur mehr Geld gäbe! Die Niedersachsen sind nicht die Reichsten, man ist Empfängerland. Wie überall leidet auch hier die Kulturpolitik an der Schuldenbremse. Das erschwert es, offen heraus über Zukunftswünsche zu sprechen. Im Gegenteil, bevor Volker Bajus, MdL und kulturpolitischer Sprecher der Faktion B90/Die Grünen, die Herausforderungen der nächsten Jahre benennt, wirft er lieber einen kurzen Blick in die Vergangenheit: »Wir haben es noch nicht ganz geschafft, den Abbau in allen Kulturbereichen unserer Vorgängerregierung wieder auszugleichen.« Bis 2013 regierte in Hannover schwarz-gelb, dann kam rot-grün. Übernächstes Jahr wird in Niedersachsen wieder gewählt und für die zukünftige Kulturpolitik nennt Bajus dann durchaus Ansprüche: »Auch im Kulturbereich wünschen wir uns ‚Gute Arbeit', also zum einen anständig bezahlte Arbeit, die zum anderen mit Sozialversicherungen verlässlich abgesichert ist. Ebenso ist uns die kulturelle Teilhabe wichtig.«

Mit den genannten Zielen liegt Volker Bajus voll auf Linie mit grünen, aber auch sozialdemokratischen Idealen. Sie in die Realität zu tragen, wird aber auch zukünftig schwierig, denn mit höheren Budgets für die Kultur ist nicht zu rechnen. Und umverteilen lässt sich nur wenig. Denn in Niedersachsen ist mit etwa 90 Prozent der größte Teil des Kulturetats festgelegt durch die großen Kulturinstitutionen des Landes wie die drei großen Staatstheater oder die Landesmuseen und Landesbibliotheken. Bajus: »Für die Kulturpolitik würde ich mir einfach mehr Geld wünschen. Weil Spielräume durch Umschichtung zu erreichen, das geht nicht!«

Man kennt diesen Zustand aus dem Rest der Republik. Da macht Niedersachsen keine Ausnahme. Und auch die grüne kulturpolitische Position ist aus anderen Bundesländern mit grüner Regierungsbeteiligung bekannt. Noch vor ein, zwei Dekaden war es innerhalb der Grünen – damals noch wörtlich als »alternative« Partei anerkannt – gewissermaßen Konsens, dass man zukünftig stärker die freie, unabhängige Kulturszene fördern müsse. Wenn nötig dürfe dieses neue Engagement auch zulasten der fest etablierten, in mächtigen Institutionen »erstarrten« Kultur gehen. Dieses – nicht zuletzt vom Neid motivierte – Verständnis von »Umverteilung« hat sich in der grünen Kulturpolitik jedoch nicht durchgesetzt. Heute weiß man auch dort, dass sich vermeintliche Umverteilung in der Realpolitik zerstörerisch auf die Kultur insgesamt auswirken würde. Und dennoch ist man sich bei den Grünen dieser ungleichen Gewichtung der Kulturförderung sehr bewusst.

Volker Bajus ist Landtagsabgeordneter, zudem ist er seit vielen Jahren Mitglied des Stadtrates in Osnabrück. In »seiner« Kommune mit rund 160.000 Einwohnern, sagt er, würden ganz ähnliche Verhältnisse herrschen. »Weit über 90 Prozent der Kulturgelder nehmen hier Stadttheater, Museen, also die klassischen Institutionen, ein«, sagt Volker Bajus, was in seiner ungleichen Gewichtung wiederum eine ganz andere problematische Gefahr offenlegt: Niedersachsen hat Kommunen, die unter Haushaltssicherung stehen. Deren Situation ist prekär. »Kultur steht als freiwillige Aufgabe schnell auf den Sparzetteln der Haushälter«, warnt Volker Bajus.

Auch in der momentanen Opposition Niedersachsens ist Jörg Hillmer vom Arbeitskreis Kultur der CDU-Fraktion mit der ungleichen Gewichtung der Kulturförderung äußerst unzufrieden. Für die neueren Kultureinrichtungen, wie etwa im Bereich Soziokultur, seien immer nur kleinere Beträge vorhanden, was angesichts der neuen Herausforderungen der Breitenkultur schlecht und unpassend sei. »Das hat vor allem etwas mit dem demographischen Wandel zu tun«, sagt Jörg Hillmer: »Niedersachsen ist ein Flächenland. Wo es früher ehrenamtliche Kulturträger gab, wie beispielsweise bei Chören oder Musikvereinen, sind heute Abbrüche zu verzeichnen. Gleichzeitig entsteht aber Neues. Da muss die Förderung der Breitenkultur mitwachsen!«

Tatsächlich ist diese Umorientierung, die in der Kulturpolitik stattfinden muss, eine besondere Herausforderung für Niedersachsen, wobei hier nicht nur der soziale und demographische Wandel greift. »Das hat auch was mit neuen Geschmäckern zu tun«, sagt Hillmer und nennt als Beispiel die zahlreichen kleineren Museen Niedersachsens, die gegenwärtig ehrenamtlich betrieben werden. »Das wird schwierig, wie diese Museen in Zukunft alle erhalten bleiben sollen. Gleichzeitig entsteht ja auch Neues.«

Vor allem der Osten Niedersachsens leidet etwa in der Region Harz unter Abwanderung. Umgekehrt gibt es Regionen, die wirtschaftlich stärker prosperieren wie im Westen des Landes. Zudem ziehen immer mehr Menschen in die Städte. »Da spielt Kultur als ‚Infrastruktur des Glücks' für die Lebensqualität eine entscheidende Rolle«, sagt Volker Bajus. Will die Kulturpolitik also die Leute in den ländlichen Regionen halten, muss sie dafür sorgen, dass dort weiterhin wenigstens ein minimales Angebot anzutreffen ist. Dem stimmt auch Jörg Hillmer zu, kritisiert aber die weiterhin offene Frage der Finanzierung, womit man wieder bei der ungleichen Geldverteilung von 90 zu 10 angelangt wäre. Den Großen etwas wegnehmen, das will auch Niedersachsens CDU nicht. »Man sollte aber folgendes im Auge behalten«, so Hillmer: »Im Moment sind die Haushalte gut gefüllt, die Steuereinnahmen sind hoch. Wie aber kann die Kulturpolitik in Zukunft reagieren, wenn die Einnahmen eines Tages wieder zurückgehen?« Hillmer sieht die kulturpolitische Flexibilität in Gefahr. »Die rot-grüne Landesregierung hat unlängst längerfristige Vereinbarungen, Verpflichtungen und Verträge mit den Staatstheatern gemacht. Damit sind 90 Prozent in Beton gegossen. Wenn man irgendwann kürzen muss, bleibt nur noch die freie Spitze von 10 Prozent übrig, die dann immer noch kleiner wird! In der freien Kulturförderung wird es damit eng werden.«

Wenn die Landesregierung solche Verträge abschließt, müssen die Vereinbarungen nicht unbedingt vorab den Landtag passieren. Es sei denn, dass mit solchen Verträgen Verpflichtungsermächtigungen für spätere Haushaltsjahre einhergehen, was bei den Staatstheatern in Niedersachsen der Fall war. Die Vereinbarungen wurden parlamentarisch mehrheitlich bestätigt und wurden vordergründig – verständlicherweise – als kulturpolitischer Erfolg gefeiert. »Für diejenigen, die dabei längerfristige Planungssicherheit bekommen, ist das natürlich schön«, sagt Jörg Hillmer. »Aber ich glaube nicht, dass man im Ministerium so naiv ist, zu glauben, dass die Steuereinnahmen immer weiter wachsen werden.« Die Sorge vor der relativ schlechten Flexibilität lässt sich auf das Ministerium für Wissenschaft und Kultur insgesamt übertragen, denn die – mit 2,5 Milliarden Euro wesentlich höheren – Etats für die Wissenschaft sind ebenfalls vertraglich gebunden und damit extrem starr den Universitäten, Hochschulen, kurzum: den Institutionen zugewiesen. Wenn also in etwaigen schlechten Jahren das Ministerium streichen muss, wird beim Kulturetat (rund 500 Millionen Euro) die freie Kulturförderung besonders ins Visier geraten. »Hier lässt sich mit relativ wenig Geld viel erreichen«, sagt Hillmer. Innerhalb von erdachten, pessimistischen Zukunftsszenarien weiß man nun aber gar nicht, ob das gut oder schlecht für die freie Szene sein wird… Wenn sie mit wenig auskommt, tut es nicht weh und man darf kürzen?

Missverständnisse bzw. unterschiedliche Auffassungen gab es über das in der Vergangenheit angestoßene »Kulturentwicklungskonzept Niedersachsen«. Dabei ging es vereinfacht gesagt um eine neue, aktive Kulturpolitik, die sich dem Diskurs aller Beteiligten stellt, die den Dialog sucht mit Kulturszene, Kulturschaffenden und anderen Akteuren. Tatsächlich lief da in den letzten Jahren bereits eine Menge. So genannte regionale Kulturforen wurden abgehalten, es fanden Konsultationen mit mehr als 150 Multiplikatoren aus dem Kulturbereich statt. Ergebnisse und Anregungen daraus sollten unter anderem in die Zielvereinbarungen mit Landschaftsverbänden und Kulturfachverbänden eingehen. Beim Kulturentwicklungsprozess ging es auch um eine wesentliche Bestandsaufnahme, inwieweit kulturelle Teilhabe – um ein Beispielspiel zu nennen – bei Kindern aus bildungsfernen Schichten ermöglicht und gefördert werden kann. Heute würde sich hier insbesondere die Frage nach der Teilhabe für Geflüchtete stellen und eine Bestandsaufnahme, wie Kultur die Integration ermöglichen und fördern kann. »Wir sehen das Kulturentwicklungskonzept als einen Prozess, in dem man zusammenkommt und gemeinsam neue Perspektiven entwickelt«, sagt Volker Bajus: »Es soll kein fest gefahrener Plan sein, der dann umzusetzen ist.«

Das hatte man bei der CDU-Fraktion anders verstanden. Um den zukünftigen kulturpolitischen Herausforderungen Niedersachsens klarer ins Auge sehen zu können, hätte sie sich schon gern eine Art Abschlussbericht gewünscht. »Das haben wir 2015 in einer Anfrage angemahnt«, sagt Jörg Hillmer: »Die Ministerin hatte darauf geantwortet, dass der laufende Prozess das Kulturentwicklungskonzept sei. Wir hatten nachgehakt, wann es eine Vorlage gebe, da hieß es, das werde nicht passieren…« Was für ein Missverständnis! Das Kulturentwicklungskonzept nimmt für sich in Anspruch, »beteiligungsorientiert« zu sein. Dabei hat es die Kulturpolitik im Landtag bzw. die Opposition gegenwärtig irgendwie nicht voll integriert!?

KARTOGRAPHIE: KOBER-KÜMMERLY+FREY, KÖLN

NIEDERSACHSEN

Landeshauptstadt: Hannover

Gründung: 1. November 1946

Einwohner: 7,86 Millionen

Fläche: 47.614,07 km²

Bevölkerungsdichte: 165 Einwohner pro km²

Regierungschef: Stephan Weil (SPD)

Regierende Parteien: SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Nächste Wahl: Frühjahr 2018

Ministerin für Kultur und Wissenschaft:
Gabriele Heinen-Klajić (Bündnis 90/Die Grünen)

Öffentliche Ausgaben für Kultur: 543,4 Millionen Euro/Jahr

Kulturausgaben je Einwohner: 69,89 Euro/Jahr

Kommunalisierungsgrad: 54,6 %

Sven Scherz-Schade ist freier Journalist in Karlsruhe und arbeitet unter anderem zu den Themen Kultur und Kulturpolitik für den Hörfunk SWR 2

LANDESKULTURPOLITIK

Diese Reihe beleuchtet die aktuelle Landeskulturpolitik. In acht Ausgaben nehmen wir jeweils die Kulturpolitik zweier Länder genauer unter die Lupe. Die angegebenen Zahlen stammen aus Gründen der Vergleichbarkeit aus dem Kulturfinanzbericht 2014. Aktuelle Zahlen aus den Bundesländern können davon abweichen.
In den letzten Ausgaben haben wir bereits Baden-Württemberg, NRW, Thüringen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin vorgestellt. In der nächsten Ausgabe: Hamburg und Sachsen.

»Land der wunderbaren Neger«

Zur Kulturpolitik in Bayern

PETER GRABOWSKI

Bayern ist für Kulturpolitiker so eine Art Paradies: Die öffentlichen Kassen sind gut gefüllt, die Menschen schätzen die Heimat mit ihren Traditionen, zu denen von jeher auch die schönen Künste gehören. Theater, Museen und Bibliotheken verzeichnen nahezu jährlich neue Besucherrekorde. Auch wenn nicht immer ganz leicht zu ermitteln ist, ob hier der stetig wachsende Touristenstrom daran vielleicht ebenso großen oder gar mehr Anteil hat als die Einheimischen, so ist die Nutzung der vielen und vielfältigen, oft auch prächtigen Institutionen doch wirklich bemerkenswert.

Dazu passend gibt kein Bundesland so viel Geld für Kultur aus wie Bayern. Mehr als 630 Millionen Euro verteilt die Landesregierung in diesem Jahr; es war sogar schon mal mehr. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen, wo immerhin 50 Prozent mehr Menschen leben als zwischen Passau und Aschaffenburg, umfasst der Landeskulturetat nicht mal ein Drittel dessen.

Dennoch wird auch im Süden der Republik beklagt, dass die vergleichsweise üppigen Mittel nicht den Bedarf decken. Die Opposition im Landtag beziffert den Renovierungs- und Sanierungsstau allein bei Kulturbauten auf eine Milliarde Euro, vielleicht sogar mehr. Das Ministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst unter Führung des aktuellen Ministers Ludwig Spaenle spricht immerhin noch von einer höheren dreistelligen Millionensumme.

Gleichzeitig wird die kulturpolitische Debatte ausgerechnet von einem Neubau bestimmt: Nach anderthalb Jahrzehnten unsäglicher Diskussionen – und immer neuer Volten von Ministerpräsident Seehofer – soll München jetzt endlich einen international konkurrenzfähigen Konzertsaal auf dem Gelände des alten »Pfanni«-Werks bekommen. Kosten: Bis zu 300 Millionen Euro. Währenddessen wurden in Bayerns drittgrößter Stadt Augsburg vom Rest des Landes nahezu unbemerkt zwei bedeutende Personalien gelöst: Aus Dessau kommt der erprobte wie erfolgreiche Querkopf André Bücker als neuer Generalintendant, startet 2017 wegen einer 90 Millionen teuren Theatersanierung aber erst mal ohne Haus, aus Berlin der neue Leiter des Brecht-Festivals, Patrick Wengenroth.

Die bayerische Staatsregierung hat zuletzt zweimal versucht, ein kulturpolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln. Zunächst präsentierte der damalige bayerische Kunstminister Wolfgang Heubisch im Jahr 2010 seine »Leitlinien bayerischer Kulturpolitik«. Dieser Titel war allerdings etwas irreführend, denn konzeptionelle Grundaussagen oder gar eine kulturpolitische Strategie waren auf den gerade mal zwölf Seiten eher nicht formuliert. Stattdessen listete das Papier vor allem auf, was der Freistaat so alles finanziert – und natürlich, wie toll Bayern im Allgemeinen wie im Besonderen sei.

Entsprechend fiel die Resonanz aus: In einer Anhörung des Kulturausschusses im Jahr darauf wurden die »Leitlinien« von allen eingeladenen Experten kritisiert, teils sogar heftig. Selbst CSU-Abgeordnete wie der frühere Staatssekretär im Kultusministerium, Karl Freller, beklagten bei der Gelegenheit öffentlich eine »Schieflage«. Die »Bayerische Staatszeitung«, ein trotz seines Titels nicht-staatliches, aber gleichzeitig auch nicht gerade von enormer Regierungsferne gekennzeichnetes Wochenblatt, überschrieb ihren Bericht dazu passend mit »Zu viel Vergangenheit, zu viel München«. Damit hat sie gleich zwei Kernprobleme des Landes benannt, nicht nur in der Kultur.

Die bayerische Politik ist insgesamt stark auf die Hauptstadt fixiert. München hat gut 1,4 Millionen Einwohner,

Die bayerische Kulturpolitik weist Züge auf, die mindestens anachronistisch wirken

die zweitgrößte Kommune Nürnberg schon fast eine Million weniger; Augsburg als Nummer Drei im Land ist mit 280.000 Menschen höchstens noch ein regionales Oberzentrum. Ein ähnliches Gefälle gibt es in keinem anderen Bundesland: Die internationalen Metropolen Berlin und Hamburg sind selbstständige Stadtstaaten, die rheinische Millionenstadt Köln wird im nordrhein-westfälischen Aufmerksamkeitswettbewerb von der Landeshauptstadt Düsseldorf und vor allem dem fünfmal größeren Ruhrgebiet austariert.

Wohl auch deshalb verabschiedete das bayerische Kabinett 2012, also nur zwei Jahre nach Heubischs »Leitlinien«, erneut ein kulturpolitisches Grundsatzpapier, das nun den Titel »Bayerisches Kulturkonzept« trug. Es versprach bereits für den Haushalt des Folgejahres deutlich erhöhte Kulturausgaben im ganzen Land, darunter allein 50 Millionen Euro für 18 »regionale Leuchtturmprojekte«. So sollte in jedem Regierungsbezirk des Freistaats künftig ein Landesmuseum stehen und damit »die regionale Identität in besonderer Weise prägen«. Der Kulturetat stieg im Rahmen dieser großflächigen Beglückung kurzzeitig auf knapp unter 700 Millionen Euro.

Doch die Kulturpolitik der bayerischen Staatsregierung weist neben dem enormen finanziellen Engagement auch Züge auf, die im Deutschland des Jahres 2016 mindestens anachronistisch wirken, nüchtern betrachtet sind sie sogar problematisch: Es geht in allen Papieren, Beschlüssen und auch in den Titeln des Landeshaushalts nahezu ausschließlich um »bayerische Identität« und das »kulturelle Erbe«, um dessen Pflege und Bewahren, oft auch um Heimat und Brauchtum. Begriffe wie Soziokultur, Integration, Migration oder gar Interkultur kommen hingegen nicht vor, ebenso wenig wie der gesamte Themenkomplex der Geschlechtergerechtigkeit.

Dabei handelt es sich nicht etwa um eine aktuelle Verweigerung des Zeitgeistes, sondern um eine in der staatlichen DNA verankerte Grundausrichtung. Zwar ist Bayern das einzige Bundesland, das sich im Artikel 3 seiner Verfassung explizit als »Kulturstaat« definiert, und das bereits seit seiner Gründung 1946. Was damit genau gemeint ist, wurde im 1984 neu eingefügten Absatz 2 präzisiert: »Der Staat schützt die kulturelle Überlieferung«. Diese rückwärtsgewandte Perspektive auf »die Kultur« zieht sich durch den ganzen Verfassungstext und findet in der Formulierung von Artikel 140 im wahren Sinne des Wortes einen besonderen Ausdruck: Staat und Gemeinden haben »insbesondere Mittel zur Unterstützung schöpferischer Künstler, Gelehrter und Schriftsteller bereitzustellen, die den Nachweis ernster künstlerischer oder kultureller Tätigkeit erbringen.« An dieser Stelle umweht einen der Mantel der Geschichte bereits rein sprachlich. Nun könnte man sagen: So wurde zu Zeiten der Landesgründung im Jahr 1946 halt formuliert. Doch Äußerungen von Mitgliedern der Staatsregierung in München zeigen bis in die jüngste Gegenwart, welcher Geist hier die Sicht bestimmt. Im August des vergangenen Jahres saß der bayerische Innenminister Joachim Herrmann in Frank Plasbergs TV-Krawallbude »Hart aber fair«, neben dem damaligen Chefredakteur des »Focus«, Ulrich Reitz. Es ging wie seit letztem Sommer ja eigentlich immer in allen Talkshows um das komplexe Thema Migration, und Reitz sprach irgendwann über Beispiele gelungener und gelingender Integration. Da fiel ihm Herrmann ins Wort und sagte: »Der Roberto Blanco war immer ein wunderbarer Neger, der den meisten Deutschen auch wunderbar gefallen hat«. Man sieht in der Aufzeichnung gut, dass sogar der notorisch konservative »Focus«-Mann Reitz für einen Moment ehrlich verblüfft war.

Den erwartbaren Reaktionen auf seine Äußerung entgegnete Herrmann später, er habe ja nur einen Begriff aus einer kurz vorher in der Sendung gezeigten Straßenumfrage aufgenommen. Roberto Blanco selbst gab zu Protokoll, er fühle sich von Herrmanns Worten jedenfalls nicht diskriminiert oder beleidigt. Doch sie zeigen den Blick eines Ministers auf die Welt, der zu den prominentesten Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung zählt. Und das nicht zum ersten Mal, denn nur eine Woche zuvor war er bereits in diesem Sinne auffällig geworden. In der Runde von Plasbergs ZDF-Kollegin Maybrit Illner hatte Herrmann auf den Vorschlag von Spiegel-Kolumnist Sascha Lobo, die Flüchtlinge von heute der Ehrlichkeit halber doch besser Vertriebene zu nennen geantwortet, das sei eine »Beleidigung für die vor 70 Jahren echt Vertriebenen«.

Wer so denkt und redet, bei dem – oder der – sind nicht nur die Ursachen der aktuellen Fluchtbewegungen, sondern ist auch die Tatsache der Einwanderungsgesellschaft immer noch nicht angekommen, weder intellektuell, noch emotional. Konsequenterweise ist auch von den Ideen, Konzepten und Strategien der Interkultur auf Landesebene keine Rede, nicht in den kulturpolitischen Strategien der Regierung und nicht in Haushaltstiteln. In einem de facto multikulturellen Deutschland des Jahres 2016 und seiner in unterschiedlichen Abstufungen migrantisch geprägten Gesellschaft ist das aber schlicht keine tragfähige Option mehr; heute nicht, und erst recht nicht in Zukunft.

Und es kann auch nicht durch die vielen konkreten interkulturellen Aktionen der Kultureinrichtungen im Land – wiederum vor allem in München – ausgeglichen werden, dass die Landesregierung in einer Art restaurativem Gestern-Modus lebt. Der Sturm der Globalisierung wird diese Haltung sehr bald als Kartenhaus entlarven und einfach wegpusten. Wer wo wie viele Konzertsäle, Häuser der Geschichte und Landesmuseen baut, unterhält und organisiert, ist vor diesem Hintergrund eigentlich sehr egal.

Peter Grabowski ist kulturpolitischer Reporter

BAYERN

Landeshauptstadt: München

Gründung: 8. Dezember 1946

Einwohner: 12,7 Millionen

Fläche: 70.550 km²

Bevölkerungsdichte: 181 Einwohner pro km²

Regierungschef: Horst Seehofer (CSU)

Regierende Partei: CSU

Nächste Wahl: Herbst 2018

Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst: Ludwig Spaenle (CSU)

Öffentliche Ausgaben für Kultur: 1.204 Millionen Euro/Jahr

Kulturausgaben je Einwohner: 96,78 Euro/Jahr

Kommunalisierungsgrad: 53,5 %

KARTOGRAPHIE: KOBER-KÜMMERLY+FREY, KÖLN

Degradierung zum Untoten

Viele Künstler ziehen den Markt dem Museum vor und ziehen ihre Werke aus öffentlichen Museen ab – eine Reaktion auf das geplante Kulturgutschutzgesetz?

WOLFGANG ULLRICH

Als im 19. Jahrhundert nach und nach in vielen Städten die ersten Kunstmuseen gegründet wurden, stellte das eine Revolution dar. Erstmals in der Geschichte der bildenden Kunst war es fortan jedem Interessierten möglich, Gemälde und Skulpturen unabhängig vom eigenen sozialen Status zu betrachten. Bis dahin musste man Teil der höfischen Gesellschaft sein, um der Kunst teilhaftig zu werden. Oder man musste in Kirchen gehen, wo die Werke aber fest in religiöse Riten integriert und insofern auch nicht frei zu rezipieren waren. Im Museum hingegen spielen Fragen des Glaubens und vor allem des Besitzens keine Rolle. Mit ihm hatte insbesondere das Bildungsbürgertum, das lange nur als Zaungast am Kunstgeschehen teilnehmen durfte, einen institutionellen Sieg errungen, die Kunst war zu einer Sache von öffentlichem Interesse geworden.

Neuerdings muss man daran wieder erinnern. Denn so selbstverständlich es für Künstler während der Moderne die größte Ehre darstellte, mit ihren Werken im Museum zu landen und damit, erlöst von Markt, Moden und Einzelinteressen, im Olymp angekommen zu sein, so deutlich ist aktuell eine Rückwärtsbewegung zu beobachten: zurück zu Zeiten, in denen die Kunst die glamouröse Privatangelegenheit einer reichen und erfolgreichen Elite war. Symbolhaft für diesen Paradigmenwechsel steht Georg Baselitz, der im Sommer 2015 seine Leihgaben aus deutschen Museen – darunter in München und Dresden – zurückzog, nachdem der Entwurf zum Kulturgutschutzgesetz durchgesickert war. Der Künstler war in Sorge, dass seine Werke, sollten sie als nationales Kulturgut eingeordnet werden, künftig nicht mehr unbeschränkt gehandelt und exportiert werden könnten. Das würde ihren Marktwert mindern. Baselitz verzichtet fortan also lieber auf ein paar hunderttausend Besucher, nur um die Option auf ein paar hunderttausend Euro Mehrgewinn zu wahren. Er weiß, dass ein spektakulärer Preis einem Werk einen zusätzlichen Thrill verpasst, es geradezu unheimlich und erhaben erscheinen lässt. Daher wird die Aussicht, nationales Kulturgut zu sein, auf einmal als Nachteil – als Degradierung zum Untoten – und nicht als Privileg und Auszeichnung empfunden.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / KEYSTONE

Bilderserie »Fällt von der Wand nicht« von Georg Baselitz, fotografiert bei der 56. Biennale von Venedig 2015

Vermutlich hatte Kulturstaatsministerin Monika Grütters weder mit der Reaktion von Baselitz noch mit den vielen anderen Protesten gerechnet, die ihr Gesetzentwurf erfuhr. Selbst noch dem bildungsbürgerlichen Paradigma verbunden, hatte sie nicht bemerkt, wie sehr sich viele Akteure des Kunstbetriebs in den beiden letzten Jahrzehnten, in denen der Markt sich von Rekord zu Rekord boomte, bereits von der Idee der Kunst als einem öffentlichen Gut verabschiedet haben. Wer in den letzten Monaten mit Kunsttransporteuren sprach, blickte in zufriedene Gesichter. Nach eigener Aussage haben sie das erfolgreichste Geschäftsjahr ihrer Existenz, lassen viele Besitzer von Gemälden, Manuskripten, Möbeln oder Skulpturen ihre Schätze doch ins außereuropäische Ausland bringen, um ähnlich wie Baselitz sicherzugehen, auch künftig völlig ungehindert damit handeln zu können.

Selbstverständlich kann man fragen, ob es heute noch einen nationalen Begriff von Kulturgut braucht, man kann sich auch wundern, dass das geplante Gesetz als Richtgröße seinerseits gerade den Marktwert der betreffenden Werke nennt, aber umgekehrt ist nicht zu bezweifeln, dass die Kunst Schaden nimmt, wenn sie nicht mehr als öffentliches Gut hochgehalten wird, sondern eine Reprivatisierung erlebt. Und dies umso mehr, wenn sich sogar Künstler daran beteiligen. Tatsächlich wurde die Existenz staatlicher Museen ja immer damit begründet, dass Kunst über Fähigkeiten und Qualitäten verfügt, die sie von anderen Artefakten unterscheiden. Im Überschwang ging man dabei oft auch sehr weit, sprach von Läuterung oder Therapie, ja erhob die Kunst zum Allheilmittel für jede Art von gesellschaftlichem oder individuellem Missstand. Doch war auf diese Weise wenigstens klar, dass sie über eine ideelle Substanz verfügt, die so wichtig ist, dass sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf. Den Markt nun über das Museum zu stellen, heißt also, diese ideelle Substanz nicht mehr zu achten. Damit schwindet aber auch die Differenz zwischen Kunst und anderen Luxusgütern, die teuer und exklusiv sind, seien es Yachten, Diamanten oder besondere Weine.

Das wiederum bleibt nicht ohne Folgen für das, was fortan als Kunst produziert wird. Statt noch den hehren und idealistischen gesellschaftspolitischen Anspruch ihrer Vorgänger in der Avantgarde zu vertreten, orientieren sich gerade auf dem Markt besonders erfolgreiche Künstler lieber an den Interessen ihrer reichen Kunden und Auftraggeber. Und die sehen in der Kunst vor allem ein Statussymbol – am liebsten eines, mit dem sie sich besser als mit anderen Statussymbolen von der großen Mehrheit distanzieren und diese gar verunsichern und einschüchtern können. Besonders begehrt ist daher eine Kunst, die gegen allgemeine Geschmackskonventionen verstößt, die trashig oder ordinär ist oder deren Inhalt oder Aussehen möglichst unvereinbar mit dem hohen Preis erscheint. Denn mit ihr können sich diejenigen, die sie kaufen und um sich haben, viel cooler, geheimnisvoller und unnahbarer in Szene setzen als mit irgendetwas sonst, insbesondere auch als mit Kunst früherer Epochen oder aus den Zeiten, in denen sie für das Museum – für die Öffentlichkeit – geschaffen wurde. Zwar mochte es damals ebenfalls schon darum gegangen sein, den jeweils aktuellen Geschmack herauszufordern und infrage zu stellen, aber dahinter stand immer eine Idee von Aufklärung, Reinigung, Revolution, während heutige Künstler sich als Dienstleister gegenüber reichen Kunden verdingen, die es genießen, wenn andere schockiert sind über das, was sie für ihr Geld teuer kaufen.

Ist die Kunst erst einmal vornehmlich zur Privatsache geworden, wird die Kunst vielfach unsichtbar werden. Die Sehnsucht der Menschen nach Alltagsüberhöhung und Transzendenz wird dann etwas anderem gelten

Im Moment profitieren Künstler und ihre Kunden noch davon, dass die Kunst in den beiden letzten Jahrhunderten dank des Museums und der Idee des öffentlichen Guts einen enormen Nimbus erlangt hat. So ist denen, die sie kaufen, sammeln und privat besitzen, immer noch große Aufmerksamkeit sicher, viele Kunstinteressierte suchen auch in den Werken, die vornehmlich für Repräsentationszwecke produziert wurden, nach spirituellen und metaphysischen Kräften – und zweifeln eher an sich als an der Kunst, wenn sie sie nicht finden, was natürlich einmal mehr denen zugutekommt, die damit repräsentieren und die so erst recht als überlegen zur Geltung kommen. Und die Künstler wissen, dass es genügt, sich in Form oder Inhalt auf irgendwelche Heroen der Klassischen Moderne zu beziehen, um das phantastische Image der Kunst preis- und renommeesteigernd für sich nutzen zu können. Ein Blick auf die Werke der aktuell erfolgreichsten Künstler zeigt, wie sehr die meisten von Bildsprachen und -effekten aus der Zeit zehren, die im Rückblick mehr und mehr als die idealistische Periode der Kunst erscheint.

Doch wird die ideelle Substanz der Kunst irgendwann aufgebraucht sein – und dann ist es wirklich egal, ob ein Künstler – wie schon zunehmend üblich – eine Lampe, ein Möbelstück oder ein Gemälde herstellt. Das mag alles weiterhin sehr exklusiv und ziemlich teuer sein, aber nach und nach geht verloren, was damit verbunden war, dass Kunst als öffentliches Gut geschätzt wurde. Wie viel Geduld und Sorgfalt haben nicht unzählige Rezipienten investiert, um den Kunstwerken gerecht zu werden? Wie viel Ehrgeiz wurde nicht für Interpretationen aufgewendet, um alle Dimensionen der Werke auszuloten? Wie heftig wurde nicht um formale Elemente oder Konzepte gestritten, nur um letztlich zu einer Kunst zu gelangen, welche die ihr entgegengebrachten Hoffnungen am besten zu erfüllen vermag? Dass der Kunst eine staatlich garantierte Öffentlichkeit zukam, führte also dazu, dass sie mehr als jemals in ihrer Geschichte ernst genommen wurde.

Ist sie erst einmal vornehmlich zur Privatsache geworden, wird die Kunst vielfach unsichtbar – eben wirklich exklusiv – werden. Die Sehnsucht der Menschen nach Alltagsüberhöhung und Transzendenz, ja nach etwas, das von allgemeiner Relevanz ist, wird dann etwas Anderem gelten. Und mancher wird zu spät bemerken, dass es ein Fehler war, den Markt dem Museum vorzuziehen.

Als im März 2016 Pläne an die Öffentlichkeit gelangten, das überregional bedeutende Museum Schloss Morsbroich vielleicht zu schließen, um Werke der Sammlung verkaufen zu können und Haushaltssanierung zu betreiben, war die Aufregung groß. Gerhard Richter schrieb einen offenen Brief, in dem er gegen diese Pläne protestierte, deren Umsetzung auch Folgen für seine Werke in der Sammlung hätte. Derselbe Gerhard Richter aber hatte erst wenige Monate zuvor Georg Baselitz beigepflichtet und angekündigt, seine Leihgaben ebenfalls aus Museen abziehen und »verkloppen« zu wollen, würde das Kulturgutschutzgesetz verabschiedet. Wer die Institution Museum so gering achtet, braucht sich jedoch nicht zu wundern, wenn auch andere nicht mehr davon überzeugt sind, dass seine Existenz in öffentlichem Interesse ist, sondern die Gunst der Stunde nutzen und auf dem Markt ihr Glück versuchen.

Wolfgang Ullrich ist freiberuflicher Kunstwissenschaftler, lebt in Leipzig und hat gerade im Verlag Klaus Wagenbach das Buch »Siegerkunst. Neuer Adel, teure Lust« veröffentlicht, in dem die Thesen dieses Beitrags in einem größeren Kontext verhandelt werden

Pragmatismus und Respekt

Über neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens anhand von Brechts »Kinderhymne«

ULRICH LILIE

Ein Text von Bertolt Brecht geht mir in diesen Tagen nicht aus dem Sinn: »Die Kinderhymne«, singbar auf die Melodie der Nationalhymne, aus dem Jahr 1950. Diese Kinderhymne war Brechts Kommentar zum Lied der Deutschen in der jungen Bundesrepublik, die sich seiner Meinung nach allzu gradlinig aus dem nationalsozialistischen Deutschland entwickelt hatte. Die Tonalität dieser Kinderhymne begleitet meine Überlegungen zur aufgegebenen Fragestellung: Welche Werte halten wir als kulturelles Fundament unserer Gesellschaft für konstitutiv und was bedeutet es, in einer multireligiösen und von vielen verschiedenen Kulturen geprägten Gesellschaft zu leben? Ich empfinde es als ein bereicherndes Charakteristikum einer vielfältigen Kultur, dass ich mich als evangelischer Theologe dabei von einem atheistischen Dichter inspirieren lassen kann:

»Anmut sparet nicht noch Mühe /
Leidenschaft nicht noch Verstand /
Dass ein gutes Deutschland blühe /
Wie ein and'res gutes Land.«

Der erste Vers der Kinderhymne besticht durch seine sprachliche Schönheit, durch geistige Klarheit, emotionale Kraft wie durch seine schlichte Verständlichkeit. Er formuliert eine gesellschaftspolitische Vision so, dass im Wortsinn jedes Kind verstehen kann, worum es geht: Um ein gutes Land nämlich, das blühen soll und an dem mit Anmut, mit Herz, Verstand, Heiterkeit und Kraft gearbeitet werden will. Und sie erinnert in verständlicher Weise daran: Was für ein Kind gut ist, schadet auch Erwachsenen nur selten. Ich vermisse solche verständliche und einleuchtende Rede in der aktuellen deutschen Politik, ein einleuchtendes und nachvollziehbares Narrativ einer gelingenden Integration in einem Einwanderungsland Deutschland.

Nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren gab es Versuche, dieses Gedicht von Bertolt Brecht als neue gesamtdeutsche Hymne zu etablieren, weit entfernt von einem ethnisch homogen interpretierten Nationalismus, aber eben doch mit einer nationalbewussten Aussage. Diese Versuche sind im Sande verlaufen. Die Wertedebatte, die damit verbunden gewesen wäre, konnte damals noch nicht geführt werden. In diesen Tagen brauchen wir eine breite Debatte darüber, wer wir als Deutsche sein wollen. Nicht nur weil die nationalistischen Stimmen in Europa und auch in Deutschland wieder Konjunktur haben. Sondern eben vor allem darum, weil »unser« Deutschland, »unser« Europa jetzt und in Zukunft immer mehr Männern, Frauen und Kindern zur Heimat werden wird, die keine deutsche oder europäische kulturelle Prägung erfahren haben. Realismus gebietet, diesen Sachverhalt anzuerkennen. Viele solcher Menschen leben bereits seit Jahrzehnten unter uns. Sie sind Teil unseres Deutschlands geworden. Und es ist heute auch keine Frage, ob noch mehr von diesen Menschen kommen, sondern nur wie und in welcher Anzahl.

Der kulturell homogene Nationalstaat war schon immer eine Fiktion. Ihn ausgerechnet im 21. Jahrhundert zum Ideal politischen Handelns zu erklären, ist nichts anderes als ein politischer Anachronismus und eine rassistische Torheit, die hoffentlich bald ihre Zeit gehabt hat. In einer globalisierten Welt, deren Vorteile wir Europäer nur zu genießen, geht es nicht mehr nur um die Beantwortung der Frage, wie wir als Deutsche miteinander leben wollen, sondern darum, wie wir als Menschen auf diesem Planeten mit seinen begrenzten Ressourcen miteinander überleben können, und wie sich nationale Gesellschaften so organisieren lassen, dass das zur Bereicherung aller und möglichst friedlich gelingt. Das ist der herausfordernde globale und historische Kontext, in dem wir über Werte sprechen. Die Allgemeinen Menschenrechte und das Grundgesetz markieren einen nicht zur Diskussion stehenden Rahmen, jenseits dessen, auch in unserem Land, der »Wilde Westen« bzw. der »Wilde Osten«, das Recht des Stärkeren oder der Biodeutschen drohen – das ist keine Basis für eine vielfältige und menschenfreundliche Kultur.

»Dass die Völker nicht erbleichen /
Wie vor einer Räuberin /
Sondern ihre Hände reichen /
Uns wie andern Völkern hin.«

Fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schrieb Brecht diese Zeilen der zweiten Strophe seiner Hymne. In und nach diesem von Deutschland begonnenen Krieg hatten in Europa rund 60 Millionen Menschen ihre Heimat verloren, es kam zur größten Völkerwanderung nach der Antike. Die Gesellschaft hat unter diesen Belastungen in der Nachkriegszeit geächzt, aber sie ist nicht kollabiert. Im Gegenteil. Heute erbleichen die Völker vor Deutschland nicht mehr »wie vor einer Räuberin«. Für Ungezählte verbindet sich mit einem demokratischen und friedlichen Deutschland vielmehr Hoffnung. Unsere in fast 70 Jahren gereifte, erstrittene und durchgearbeitete Gesellschaftsform der parlamentarischen Demokratie mit einer sozialen Marktwirtschaft, eingebettet in einen europäischen Kulturraum, ist zu einem Sehnsuchtsort für viele geworden. Für manche – ich wage es kaum zu sagen – zu einem Vorbild. Das hätte sich 1950 niemand träumen lassen. Dass dieser Sehnsuchtsort als Festung Europa an seinen Grenzen buchstäblich verteidigt wird, auch nicht.

»Und nicht über und nicht unter /
Andern Völkern woll'n wir sein /
Von der See bis zu den Alpen /
Von der Oder bis zum Rhein.«

Heute sind weltweit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten im eigenen Land oder in den Nachbarländern ihrer Heimat. Das ist nicht erst seit dem vergangenen Spätsommer so. Im vergangenen Sommer ist die Not dieser Menschen lediglich auf eine Art und Weise in unserem Land angekommen, die kein historisches Vorbild kennt. Die den Alltag unterbricht, die die Gewohnheiten infrage stellt und auch handfeste Probleme aufwirft. Und: Das ist gut so. Die Augenwischerei, dass die Konflikte und Kriege in den fernen Ländern uns nichts angingen, hat endgültig ihr Ende erreicht. Die pure Menge an Schutz- und Zukunftsuchenden macht es unmöglich, die Menschen jahrelang fern ab unserer Kommunen in Hotspots oder Flüchtlingsunterkünften zu verstecken, zu stigmatisieren und in »sichere Herkunftsländer« abzuschieben, wie es seit dem Asylkompromiss von 1993 viel zu oft geschehen ist. Diese Welt ist ein Dorf geworden. Brennen an einem Ende des Dorfes die Hütten, kann man am anderen Ende nicht mehr so tun, als ginge einen das nichts an. Wenn die Menschheit eine Verantwortungsgemeinschaft geworden ist, müssen wir lernen, füreinander einzustehen. Ich denke als Christ. Jeder einzelne Mensch unabhängig von Kultur, Hautfarbe und Geschlecht ist in seinem Menschsein für mich ein Ebenbild Gottes; eines Gottes, der sich in besonderer Weise mit den Leidenden identifiziert. Das ist das Schwungrad meiner, unser aller Arbeit in der Diakonie, der sozialen Arbeit der evangelischen Kirchen. Wenn stimmt, dass »Einigkeit und Recht und Freiheit« die Basis einer lebenswerten Gesellschaft bilden, sollten wir gemeinsam daran arbeiten, dass Einigkeit, Recht und Freiheit nicht nur bei uns in Deutschland gesellschaftlich wirksam werden. Fluchtursachen bekämpfen heißt die eine, miteinander leben lernen die andere Lektion, die wir neu zu lernen haben. Hier ist eine gute Mischung aus schlichtem Pragmatismus und Respekt gefragt. Christen nennen das Nächstenliebe.

»Und weil wir dies Land verbessern /
Lieben und beschirmen wir's /
Und das Liebste mag's uns scheinen /
So wie andern Völkern ihrs.«

Kann das gehen? Können wir unser Land »verbessern, lieben und beschirmen« und uns gleichzeitig den Herausforderungen der politischen Großwetterlage verantwortlich stellen? Können wir eine offene Gesellschaft bleiben und Männer, Frauen, Kinder – eine Million oder mehr, sehr viele von ihnen Moslems – integrieren? Ich meine, ja. Werden sie eine neue Heimat finden? Ich hoffe, ja. Können wir Alteingesessenen die unsrige einfach behalten? Das halte ich nicht für eine angemessene Erwartung. Integration heißt, sich aufeinander zuzubewegen, neue Kompromisse auszuhandeln und das Andere der Anderen auszuhalten. Dieses Land wird sich mit den zugewanderten Geflüchteten verändern, so wie es sich immer wieder in seiner Geschichte durch neue Menschen verändert hat und dadurch an kulturellem Reichtum gewonnen hat.

Ich bin überzeugt, dass unsere Gesellschaft optimale Bedingungen aufweist, um Menschen anderer Kulturen aufzunehmen, ohne vollständig den eigenen Charakter zu verlieren. Zwei tragende Säulen unseres Verfassungsverständnisses erscheinen mir besonders wichtig, wenn wir in Zukunft in einer multireligiösen Gemeinschaft mit Wertepluralismus friedlich miteinander leben wollen: die positive Religionsfreiheit und das Prinzip der Subsidiarität.

Als Christ beobachte ich mit einer besonderen Sensibilität, wie offene Bekenntnisse zu Religion in unserem Land zunehmend kritisch behandelt werden. Kopftuch, Kippa und Kreuz, Minarett, Kirchturm und buddhistisches Zentrum sind ein lebendiger Ausdruck gesellschaftlichen Reichtums, der auf vielfältige Weise unsere Öffentlichkeit prägt. Auch Atheisten, Esoteriker und spirituell Gleichgültige gestalten unser Land mit. Wir haben in der Bundesrepublik sehr gute Erfahrungen gemacht mit diesem Neben- und Miteinander der »Weltanschauungen« im öffentlichen Raum. Anerkannte Religionsgemeinschaften genießen dank des Religionsverfassungsrechts historisch begründete Privilegien und übernehmen zivilgesellschaftliche Verantwortung – hier kommt die Subsidiarität ins Spiel –, die unterschiedslos allen Gesellschaftsmitgliedern zugutekommen soll. Ich stimme Heiko Maas zu, der an dieser Stelle kürzlich darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Möglichkeiten und Privilegien, die unser Religionsverfassungsrecht anbietet, auch für andere Religionsgemeinschaften gelten sollten und dass Staatsverträge ein wichtiger Schritt hin zu einem deutschen Islam mit einem konstruktiven Beitrag zum Zusammenleben aller sind. Wir unterstützen und fördern die Entwicklung eines islamischen Wohlfahrtsverbandes; ich bin überzeugt, dass es in einigen Jahren neben den christlichen, dem jüdischen und den weltanschaulich neutralen auch einen (oder mehrere) islamischen Wohlfahrtsverband geben wird. Integration gelingt durch – die gewollte – Übernahme von Verantwortung zur Mitgestaltung der Gesellschaft.

Üben, üben, üben. Das gelingende Zusammenleben der Verschiedenen musste bereits im alten Ägypten wie auch in Europa im Laufe der Geschichte immer wieder neu eingeübt werden. Die erste und vielleicht schwerste Übung erfordert das Anderssein des Anderen als Reichtum zu verstehen und einen kultursensiblen Umgang miteinander einzuüben. So wie wir das seit vielen Jahren mit Fortschritten und Rückschritten an ungezählten Orten unserer Gesellschaft bereits lernen: in Familien, in Kirchengemeinden, in Sportvereinen, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Personennahverkehr, in den Parlamenten und Regierungen oder in der Literatur und der Kunst: Dass ein gutes Deutschland blühe / wie ein andres gutes Land. In einem freien Europa der Menschenrechte und des sozialen Miteinanders der Verschiedenen in einer gerechteren Welt.

Ulrich Lilie ist Präsident der Diakonie Deutschland

Neues Zeug?

Der Schutz von Kulturgut ist eine vielfältige und facettenreiche Aufgabe, das wird bei der Lektüre der in diesem Band zusammengestellten Beiträge deutlich.

Es geht um die Aus- und die Einfuhr von Kulturgut, also den Handel. Es geht um den Schutz des archäologischen Kulturerbes, insbesondere im Nahen Osten. Es geht um die Gebäude, in denen Kulturgut aufbewahrt wird sowie generell um den physischen Schutz von Kulturgut sowie die Chancen, die die Digitalisierung von Kulturgut bietet. Es geht um Begehrlichkeiten von Finanzverantwortlichen, Kulturgut aus öffentlichem Besitz bei knappen Kassen zu verkaufen. Es geht um den verantwortlichen Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut, um Provenienzforschung sowie die Restitution von Kulturgut. Es geht um die Forschung zum Kulturgut in den Kleinen Fächern an den Universitäten. Und last but not least geht es um den Schutz des Immateriellen Kulturerbes, der seit einigen Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

ISBN: 978-3-934868-38-0, 348 Seiten, € 18,80

Mit Köpfchen durch offene Türen

Laudatio anlässlich der Verleihung des Kulturgroschen 2016 des Deutschen Kulturrates an Wolfgang Thierse

MONIKA GRÜTTERS

Es muss an seinem berühmten, zauseligen Vollbart liegen: Bis vor kurzem war ich der festen Überzeugung, dass Wolfgang Thierse ein waschechter Berliner ist – als »Ossibär« ebenso urberlinerisch wie das lokale Wappentier. Und dann seine Kampfansage an »Wecken« und »Zwetschgendatschi«, sein beherzter Versuch, zumindest die »Schrippe« und den »Pflaumenkuchen« vor der Gentrifizierung zu bewahren, seine verbale Auflehnung gegen den Einzug der schwäbischen Kehrwochen-Kultur am Kollwitzplatz! So viel Berliner Schnauze legt die Vermutung nahe, dass er hier aufgewachsen ist. Ich als zugereiste Münsteraner Katholikin habe mich deshalb der schönen Illusion hingegeben, wenigstens einen katholischen Preußen zu kennen – noch dazu einen, der sich mit mir zusammen für die Hedwigs-Kathedrale einsetzt. Da ließ sich dann auch leichter verschmerzen, dass er Sozialdemokrat ist.

Nun wissen wir beide, dass der Glaube zwar Berge versetzen, aber keine Munzinger-Einträge verändern kann. Ich habe also zur Kenntnis nehmen müssen, dass Wolfgang Thierse in Breslau geboren ist und erst zum Studium nach Berlin kam. Aber so wie die Spätberufenen, die Konvertiten oft die strengsten Gläubigen sind, so sind die Zuzügler oft die größten Berlin-Patrioten – mich selbst eingeschlossen, auch wenn mir das Wort »Schrippe« bis heute nicht über die Lippe kommt – im Münsterland sagt man ganz einfach »Brötchen«. Breslau also: Diese Geburtsstadt hat er mit einem Mann gemeinsam, zu dessen politischen Urenkeln er gehört und dessen Bekenntnis zum klaren Wort er teilt – mit Ferdinand Lassalle, dem Vater der deutschen Sozialdemokratie. »Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.« Mit Lassalles berühmten, kämpferischen Worten sind seine Haltung, sein Werdegang und seine politischen Verdienste im Grunde schon treffend beschrieben.

Um ein offenes Wort und einen eigenen Standpunkt war er nie verlegen.

Nicht in jungen Jahren in der ehemaligen DDR, als seine Zeit als Mitarbeiter des Kulturministeriums 1976 nach nur einem Jahr ein jähes Ende fand, weil er im Zusammenhang mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns durch »unbotmäßige Reden« aufgefallen war; nicht in seinem Engagement als Bürgerrechtler, als Stimme für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, die 1989 auch im Neuen Forum und 1990 in der neu gegründeten SPD-Ost Gehör fand, unter anderem mit der damals eher unüblichen Botschaft an seine Landsleute, dass sie mit dem Beitritt zur Bundesrepublik »nicht ins Paradies, aber auch nicht in die Hölle« kämen; und schließlich auch und erst recht nicht in den 23 Jahren, in denen er dem Deutschen Bundestag angehörte, sieben Jahre davon als dessen Präsident.

Berühmt und berüchtigt, geschätzt und gefürchtet war er als »Vater Courage« – als solcher hat die Süddeutsche Zeitung ihn einmal gepriesen – und als wortgewaltiger Redner, der seine Argumente mit der Stringenz eines Mathematikers und der Leidenschaft eines Weltverbesserers vorzutragen wusste, letzteres nicht immer zur hellen Freude meiner Fraktion… Trotzdem war ich froh, ihn als Mitstreiter im Kulturausschuss zu haben, denn er war immer wieder Garant für fruchtbare, erhellende, ja manchmal auch beglückende Debatten – lebender Beweis für die Vermutung, dass es im Deutschen Bundestag nicht nur Klugheit, sondern auch Weisheit gibt.

Weise war er vor allem dort, wo Fronten verhärtet waren und die Gräben zwischen unterschiedlichen Standpunkten unüberwindbar schienen. Nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern mit Köpfchen durch Türen zu gehen, die er als zäher Verhandler und als empathischer Vermittler geöffnet hat – auch das zählt neben seinem herausragenden Engagement für Kunst und Kultur, für Künstlerinnen und Künstler zu seiner kulturpolitischen Lebensleistung, die der Deutsche Kulturrat mit der Vergabe des Kulturgroschens ehrt. So sehr er mit seinen Worten anecken konnte, so sehr konnte er mit seinem sprachlichen Gespür auch vermitteln und versöhnen. Das gilt vor allem für sein Lebensthema und Herzensanliegen, die Erinnerungskultur.

Ich denke da zum Beispiel an die beharrliche Überzeugungsarbeit, die er für das Denkmal für die ermordeten Juden Europas geleistet hat, für eine im Herzen der Hauptstadt präsente Mahnung »die Menschenrechte nie wieder anzutasten, stets den demokratischen Rechtsstaat zu verteidigen, die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz zu wahren und jeder Diktatur und Gewaltherrschaft zu widerstehen«, wie es im Beschlusstext des Deutschen Bundestages heißt.

Ich denke aber auch an die salomonische Lösung, mit der er die Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« zu einem gesamtstaatlichen Projekt gemacht und ihr trotz jahrelanger erbitterter Auseinandersetzungen den Geist der Versöhnung eingehaucht hat: So ist die Vertreibung der Deutschen für die Stiftungsarbeit laut Konzeption nur *ein* Schwerpunkt, aber in der Dauerausstellung ist sie *der* Schwerpunkt.

Ja, manchmal macht ein Satz den Unterschied – und manchmal sogar nur ein Wort. Genau wie er bin ich deshalb reflexhaft an die Decke gegangen, als ich zum ersten Mal von dem Vorschlag gehört habe, das Gelände des einstigen DDR-Ministeriums für Staatssicherheit zum »Campus *der* Demokratie« zu machen. »Campus *für* Demokratie« muss es natürlich heißen, wenn überhaupt, ein Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand, der der Verpflichtung zur schonungslosen Aufarbeitung und zur kritischen Auseinandersetzungen mit der Diktatur ebenso gerecht wird wie der Situation der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, insbesondere der Opfer von Stasi und SED-Diktatur. Beides war für ihn immer eng miteinander verbunden. Das kleine Wörtchen »für« zeigt hier jedenfalls einmal mehr, wie sehr es in der Politik auf Sprache ankommt und auf Politiker wie ihn, die nicht nur den Mut, sondern auch das sprachliche Gespür haben, um – im Sinne Ferdinand Lassalles – auszusprechen, was ist. Glaubwürdig war er in seinem leidenschaftlichen, kulturpolitischen Engagement für Demokratie und Freiheit aber nicht nur kraft seiner Lebenserfahrung, sondern auch kraft seiner Verwurzelung im Glauben. Dass ein demokratischer Staat auf die Religion als Wertereservoir nicht verzichten kann, hat er in Reden und Interviews immer wieder hervorgehoben; auch diese Überzeugung verbindet uns. Ethisch zu argumentieren und nicht rein pragmatisch, Ideale zu haben und nicht nur Ziele – das ist in der demokratischen Praxis ebenso unbequem wie es für die Verteidigung demokratischer Werte unverzichtbar ist. Wenn ich mir die gegenwärtige Weltlage anschaue, dann bedauere ich es deshalb umso mehr, dass seine Stimme im Deutschen Bundestag nicht mehr zu hören ist. Denn die überzeugten Humanisten und moralischen Autoritäten brauchen wir in und für Europa heute mehr denn je.

Otto von Bismarck – auch ein Freund der klaren Worte und des geschliffenen sprachlichen Stils, der nebenbei bemerkt nicht nur den Begriff »Realpolitik«, sondern auch den Begriff »Zivilcourage« geprägt hat – hat einmal gesagt: »Prinzipien haben heißt, mit einer Stange quer im Mund einen Waldlauf zu machen.« In diesem Sinne darf ich Wolfgang Thierse dazu beglückwünschen, dass er seine kulturpolitischen Ziele nie aus den Augen verloren hat und mit der Stange im Mund immer wieder angekommen ist! Herzlichen Glückwunsch zur Auszeichnung mit dem Kulturgroschen!

Monika Grütters MdB ist Staatsministerin für Kultur und Medien

v.l.: Monika Grütters MdB, Wolfgang Thierse, Christian Höppner und Pascal Decker bei der Preisverleihung in Berlin

Christian Höppner überreicht Wolfgang Thierse den Kulturgroschen 2016

Pascal Decker, Geschäftsführender Vorstand Stiftung Brandenburger Tor

Christian Höppner, Präsident des Deutschen Kulturrates

Monika Grütters MdB und Wolfgang Thierse

FOTOS: DEUTSCHER KULTURRAT

Eine doppelte Aufgabe

Dankesrede nach der Verleihung des Kulturgroschen 2016 durch den Deutschen Kulturrat

WOLFGANG THIERSE

Für die Auszeichnung mit dem diesjährigen Kulturgroschen danke ich dem Deutschen Kulturrat herzlich. Ebenso herzlich bedanke ich mich für die Würdigung, die so freundliche Laudatio von Monika Grütters. Und es stimmt ja auch: Meine berufliche Prägung, also mein entschiedenes Interesse für die Künste und meine Leidenschaft für Kultur und Kulturpolitik haben mich in den 25 Jahren meines aktiven politischen Lebens nicht verlassen, im Gegenteil, sie haben mir in der Politik geholfen. Aber ich will keinen Rückblick halten, sondern ein paar ernsthafte Bemerkungen machen zu dem uns alle beschäftigenden Thema der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen – und welche Rolle Kultur und Kulturpolitik nach meiner Überzeugung dabei zu spielen haben.

Wir ahnen, dass die deutsche Gesellschaft sich durch Migration stark verändern wird. Sich auf diese Veränderung einzulassen, ist offensichtlich eine anstrengende Herausforderung, sie erzeugt Abwehr, provoziert Misstöne und Ressentiments und macht vielen (Einheimischen) Angst, vor allem unübersehbar und unüberhörbar im östlichen Deutschland. Pegida ist dafür ein schlimmes Symptom. Die Wahlerfolge der AfD sind es auch, sie sind eine negative Antwort auf die so sympathische Willkommenskultur vieler Deutscher in den vergangenen Monaten.

Vertrautes, Selbstverständliches, soziale Gewohnheiten und kulturelle Traditionen: Das alles wird unsicher, geht gar verloren. Individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt – durch das Fremde und die Fremden, die uns nahegerückt sind – durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Die Folge sind Entheimatungsängste, die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressivem Protest ausdrücken. Genau das ist unsere demokratische Herausforderung und sie ist eine politisch-moralische Herausforderung: Dem rechtspopulistischen, rechtsextremistischen Trend, der sichtbar stärker und selbstbewusster geworden ist, zu begegnen, zu widersprechen, zu widerstehen.

Was ist zu tun? Worüber müssen wir uns in unserem Land, in unserer Gesellschaft verständigen? Angesichts des vielhunderttausendfachen Zustroms von Fremden, der vielen Probleme und Ängste und einer verunsicherten, gespaltenen Gesellschaft.

Es gilt, meine ich, vor allem zu begreifen, dass eine pluralistischer werdende Gesellschaft keine Idylle ist, sondern voller sozialem und kulturellem Konfliktpotential steckt. Das heißt auch zu begreifen, dass Integration eine doppelte Aufgabe ist: Die zu uns Gekommenen sollen, sofern sie hier bleiben wollen, heimisch werden im fremden Land – und den Einheimischen soll das eigene Land nicht fremd werden.

Heimisch werden heißt, die Chance zur Teilhabe an den öffentlichen Gütern des Landes zu haben, also an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Demokratie und Kultur partizipieren zu können. Es heißt auch, menschliche Sicherheit und Beheimatung zu erfahren, was mehr ist als Politik zu leisten vermag, sondern Aufgabe vor allem der Zivilgesellschaft ist, ihrer Strukturen und Gesellungsformen, von deren Einladungs- oder Abweisungscharakter, also vom Ausmaß an Willkommenskultur, das wir in Deutschland durchhalten im prosaischen Alltag des Zusammenlebens.

Die Erfüllung dieser doppelten Aufgabe verlangt viel Kraft und viel Zeit. Erinnern wir uns an die Integration von 15 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945, ein schwieriger Prozess der mindestens zwei Jahrzehnte gebraucht hat. Erinnern wir uns an die sogenannten »Gastarbeiter«. Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch hat vor Jahrzehnten auf einem SPD-Parteitag gesagt: »Wir haben Arbeitskräfte gerufen und gekommen sind Menschen.« Die alte Bundesrepublik hat lange der Selbsttäuschung angehangen, dass man sich um die Gastarbeiter und deren Integration nicht kümmern müsse. Die Folgen dieser Fehleinschätzung sind bis heute wahrnehmbar. Und erinnern wir uns an die »innere Einheit« der Deutschen: Auch nach 25 Jahren sind nicht alle Differenzen überwunden.

Die doppelte Aufgabe also, die der Begriff Integration meint: Sie wird nur dort gelingen, wo beide Seiten, sowohl die zu uns Kommenden wie auch die Aufnahmegesellschaft Integration wollen und das Notwendige dafür tun. Gegen die Mehrheit einer Gesellschaft kann Integration nicht gelingen und ohne die Integrationsbereitschaft und den Integrationswillen der zu uns Gekommenen auch nicht!

Nach den zunächst und vor allem notwendigen Anstrengungen zu unmittelbarer Hilfe und menschenfreundlicher Aufnahme muss sich unser Land dem Konfliktpotenzial einer pluralistischen, auch widersprüchlicher werdenden Gesellschaft stellen, wenn Integration – besser als in früheren Jahrzehnten – gelingen soll. Und diese Herausforderung ist nicht nur politischer, ökonomischer, finanzieller und sozialer Art, sondern ganz wesentlich

Deutschland ist eine kulturelle Erinnerungsgemeinschaft

auch kultureller Natur. Denn wenn in einer migrantischen Gesellschaft, die Deutschland noch mehr werden wird, Integration eine der großen Aufgaben ist und bleiben wird, dann müssen wir eine Vorstellung davon haben, wo hinein die zu uns Kommenden integriert werden sollen. Dann müssen wir die einfache und zugleich manchen unangenehme Frage beantworten, wer wir sind, was wir anzubieten haben, wozu wir einladen.

Und wir könnten dies durchaus mit gelassenem Selbstbewusstsein tun. Schließlich kommen die Flüchtlinge ausdrücklich nach Deutschland, wollen unbedingt zu uns – wegen unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unseres Wohlstands, gewiss. Aber doch auch wegen unseres Rechtsstaates, unserer Demokratie, unserer politischen Stabilität, die Schutz und Sicherheit und Zukunft verheißen.

Damit Integration gelingt, stellen sich über die unmittelbaren Aufgaben – Erwerb der deutschen Sprache, Bildung und berufliche Qualifikation, Arbeitsplätze und Wohnungen – hinaus weitere Fragen, die wir zu beantworten haben. Das sind Fragen nach unserem kulturellen Selbst: Wer sind wir Deutsche, was ist das Eigene? Was sind unsere Gemeinsamkeiten, die den Zusammenhalt einer vielfältiger, widersprüchlicher und konfliktreicher werdenden Gesellschaft ermöglichen und sichern? Wie schützen wir uns vor Parallelgesellschaften und religiösem Fanatismus? Wie begegnen wir Ängsten und Vorurteilen und Entheimatungsbefürchtungen?

Gerade in Zeiten heftiger Umbrüche, beschleunigter technisch-wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer und eben ethnischer Veränderungen ist das individuelle und kollektive Bedürfnis nach Vergewisserung und Verständigung, nach Identität besonders groß. Und dieses Bedürfnis gilt sowohl für die zu uns Kommenden, als auch für die Einheimischen! Und damit, so meine ich, sind wir wirklich im Zentrum der Kultur.

Als je konkrete, je bestimmte, je besondere Kultur ist diese aber nicht nur ein Modus, ein Raum von Verständigung, sondern ein immer geschichtlich geprägtes Ensemble von Lebens-Stilen und Lebens-Praktiken, von Überlieferungen, Erinnerungen, Erfahrungen, von Einstellungen und Überzeugungen, von ästhetischen Formen und künstlerischen Gestalten. Als solche prägt Kultur mehr als andere Teilsysteme der Gesellschaft die – relativ stabile – Identität einer Gruppe, einer Gesellschaft, einer Nation. Gilt dies nicht mehr in globalisierter Welt? Darf dies nicht mehr gelten in pluralistischer migrantischer Gesellschaft? Die aber doch gerade das Bedürfnis nach Identität verstärken – und dessen Befriedigung zugleich erschweren. Von Hölderlin stammt der Satz: »Das Eigene muss so gut gelernt sein wie das Fremde.«

Aber was ist dieses Eigene? Was ist unser kulturelles Selbst? Dürfen, ja müssen die Deutschen darüber reden und, ja, auch streiten? Oder ist dies schon »kultureller Protektionismus« (Simone Peter)? »Mit dem Hinweis auf Kultur fängt die ganze Misere an«, meint Armin Nassehi: »Was also ist das Deutsche? Hier zu leben. Mehr sollte man darüber nicht sagen müssen.« Aber vielleicht dürfen, hoffe ich!

Die islamistischen Terroristen nämlich nehmen die westliche Kultur, den westlichen Lebensstil so ernst, wie der Westen vielleicht längst nicht mehr, so ernst, dass sie ihn bekämpfen. Aber das von ihnen Bekämpfte kann doch nicht bloß der müde oder trotzige Hedonismus sein, der sich nach den Pariser Mordtaten in den Aufrufen, nun erst recht auf Partys zu gehen, ausgedrückt hat. Nichts gegen Spaßkultur, aber sie allein kann ja nicht gemeint sein, wenn z. B. der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi zu Recht sagt: »Die wollen Terror, aber wir antworten mit Kultur, die stärker ist als Ignoranz.«

Wer nach Deutschland kommt, der kommt in ein geschichtlich geprägtes Land, der kommt – und das ist eine wesentliche Dimension von Kultur – in eine Erinnerungsgemeinschaft.

Ich zitiere den Bundespräsidenten Joachim Gauck: »Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.« So hat er es Anfang vorigen Jahres formuliert. »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.« Gauck spricht hier von einer kulturellen Erbschaft, die nicht auszuschlagen ist.

Integration nach Deutschland hinein enthält diese historisch-kulturelle Zumutung für die zu uns Kommenden, auch wenn und gerade weil sie aus muslimischen Ländern kommen.

Ich hoffe sehr, dass darüber weitgehende Einigkeit besteht. Aber wir sollten auch wissen, dass die uns in Deutschland vertraute Erinnerungskultur durch die Veränderungen, die der Begriff Einwanderungsgesellschaft meint, auf den Prüfstand gestellt ist. Was taugt von den Traditionen, Institutionen, Methoden, Ritualen für die Zukunft des Gedenkens in einer Einwanderungsgesellschaft? Die Antworten darauf werden wir nur gemeinsam mit den zu uns Kommenden muslimischen Glaubens und arabischer Kulturprägung finden. Wir sollten sie dazu ausdrücklich einladen. Zu der notwendigen Selbstverständigung darüber, was das

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

Der Preisträger des »Kulturgroschen 2016« Wolfgang Thierse bei seiner Dankesrede

Eigene ist, was wir in diesem Land den zu uns Kommenden anzubieten haben, wozu wir sie einladen, muss die Antwort auf die Frage gehören, welchen (nicht nur historischen) Rang und welche Gegenwärtigkeit die christlich-jüdische Prägung unserer Kultur – die sie in Widerspruch und Gemeinsamkeit mit dem Prozess der Aufklärung erfahren hat – beanspruchen darf und soll. Diese Frage erzeugt, wenn ich es richtig beobachte, in der Öffentlichkeit nicht selten Reaktionen zwischen Irritation und Unsicherheit, zwischen Trotz und Verschämtheit. Als sei schon der Hinweis etwas Unziemliches und Integrationsfeindliches, dass unsere Kultur (nicht allein, aber doch wesentlich) christlich geprägt ist. Man dient aber der Integration nicht, wenn man sich selbst verleugnet und nur noch »Interkultur« für zeitgemäß und legitim hält.

»Niemand kann verlangen, dass unser Land sich ändert« (Viktor Orban). – Das ist ein Satz der Angst, von der ich vermute, dass viele Menschen auch in unserem Land sie teilen. Es ist aber auch ein fataler Satz. Denn wir wissen doch: Nur offene, sich verändernde Gesellschaften sind produktiv und haben Zukunft! Das ist doch auch die Erfahrung von 1989: Geschlossene, eingesperrte Gesellschaften bedeuten Stillstand, sind nicht überlebensfähig, müssen überwunden werden!

Die Veränderungen, die wir erleben, machen den Kulturbegriff in der Tradition von Herder, die Fiktion einer homogenen Nationalkultur endgültig obsolet. Aber ist deshalb Kultur nur noch vorstellbar als Interkultur? Und haben wir die Tendenz zur »Kreolisierung«, zum »kulturellen McWorld«, zum »Kulturplasma«, also zum kulturellen Einheitsstrom – dies alles nicht nur durch Migrationsbewegungen, sondern mehr noch durch ökonomische Macht befördert – nicht nur zu konstatieren, sondern gar zu bejubeln? Die Ängste allerdings genau davor, vor Nivellierung, vor Ununterscheidbarkeit, vor Identitätszerstörung, die Abwehr all dessen, der Kampf dagegen machen einen wesentlichen Teil der gegenwärtigen kulturellen Globalisierungskonflikte aus, von denen die emotionalen Auseinandersetzungen in Deutschland ein Widerhall sind.

Offensichtlich erscheinen in Zeiten von Migrationen und von gewalttätigen Auseinandersetzungen gerade kulturelle Identitäten besonders bedroht. Nationale Identitäten geraten in Bewegung, aber verschwinden sie deshalb? Sie zu schützen wird ein verbreitetes und heftiges Bedürfnis, global und sogar im eigenen Land. Und gerade Kultur ist der bevorzugte Ort, an dem man sich der eigenen Identität besonders streitig zu vergewissern sucht.

Dies als »Kulturalisierung« ökonomischer und sozialer Gegensätze zu kritisieren und abzuwehren, halte ich für unangemessen, genauso wie »Interkultur« als einer Art neuer substanzartiger Homogenität zu verfechten. Vielmehr sollte es um folgendes gehen:

- um die Unterscheidung zwischen legitimer kultureller Selbstbehauptung einerseits und fundamentalistischer Politisierung kultureller Identität andererseits;
- um kulturellen Dialog als Begegnungs- und Verständigungsprozess zwischen Verschiedenen, denn Dialog setzt verschiedene Identitäten voraus;
- um die Ausbildung kultureller Intelligenz, also um die Fähigkeit zum Verständnis von Denkmustern und Geschichtsbildern, von Narrativen, Ängsten und Hoffnungen der Anderen, der Fremden – und diese Fähigkeit ist nicht zu haben ohne ein Quantum an Distanz gegenüber der eigenen und kollektiven Identität.

Deutschland hat in Europa nicht nur wirtschaftliche und politische Macht. Unser Land ist auch eine kulturelle Macht durchaus besonderer Art, wie ein Blick in die Geschichte zeigt: In den guten und glücklichen Phasen der deutschen Geschichte hat unsere Kultur eine besondere Integrationskraft bewiesen – und in den schlechten Phasen unserer Geschichte war das Land mit Abgrenzung und Ausgrenzung befasst.

In der Mitte des Kontinents hat Deutschland in immer neuen Anstrengungen und geglückten Symbiosen Einflüsse aus West und Ost, Süd und Nord aufgenommen und etwas Eigenes daraus entwickelt, in gewiss widersprüchlichen und unterschiedlich langwierigen Prozessen, die nicht verordnet oder kommandiert werden können und müssen. Das macht nach meiner Überzeugung die besondere Leistungsfähigkeit der deutschen Kultur aus. Diese Geschichte und Tradition der kulturellen Integration gilt es fortzuschreiben!

Unser kultureller wie auch unser materieller Reichtum heute gründet wesentlich auf der Zuwanderung von Menschen und Ideen in den vergangenen Jahrhunderten. Was und wer fremd war, blieb es nicht. Das Fremde und die Fremden wurden deutsch, sie veränderten sich und die Deutschen mit ihnen. Integration also lohnt sich und sie ist erreichbar, wie beides unsere deutsche Geschichte beweist. Sie zeigt auch: Wer seiner selbst nicht sicher ist, reagiert mit Abwehr und Ausgrenzung, um seine labile Identität zu stabilisieren. Wer aber seiner selbst sicher ist, dem ist Offenheit und Angstfreiheit möglich. Wir sollten mehr kulturelles Selbstbewusstsein wagen!

Mit den Worten von Daniel Barenboim: »Ich glaube, es ist wichtig, den Ankommenden die hiesige Kultur zu geben. Die Deutschen müssen überwinden, sich andauernd wegen ihrer Kultur und Sprache schlecht zu fühlen … Sie haben eine grandiose Kultur. Die Flüchtlinge, die herkommen, sollen das lernen.«

Wolfgang Thierse war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages und von 2005 bis 2013 dessen Vizepräsident. Er wurde für seine kulturpolitischen Verdienste mit dem Kulturgroschen 2016 vom Deutschen Kulturrat ausgezeichnet

Die darstellende Kunst als eine soziale Kraft

Südafrikas Theater der Postapartheid im Prozess der Transformation

WOLFGANG SCHNEIDER

Im Staatstheater in Pretoria wird geschossen, im Baxter in Kapstadt wird geschrien, im Soweto Theater in Johannesburg wird demonstriert. Sage ja einer, die darstellende Kunst sei nicht politisch. In Südafrika ist Theater in der Postapartheid nah dran an der Gesellschaft, begleitet den Prozess der Transformation und versteht sich als soziale Kraft. Doch Weiße und Schwarze, Alte und Junge streiten um die Wege, um Inhalte und um Ästhetiken. Eine mehrtägige Konferenz in der südafrikanischen Hauptstadt brachte Theatermacher und Kulturwissenschaftler zusammen, initiierte Auseinandersetzungen und tagte an den Stätten mit den Brettern, die die Welt bedeuten – im Waschbeton des Staatstheaters, im »Rostrum« auf dem Kulturcampus der Tshwane University of Technology und im futuristischen Neubau des Soweto Theaters mitten im berühmt-berüchtigten Township in Johannesburg.

»Marikana« heißt das Musical, das Aubrey Sekhabi für das South African State Theatre in Pretoria adaptierte. Erzählt wird vom Massaker 2012 an streikenden Minenarbeitern, bei dem durch die gewaltsamen Attacken der Polizei 44 Menschen getötet wurden. Nach dem Buch kommt die Geschichte auf die Bühne, mit zwei Dutzend Songs und einer klaren Botschaft »to teach tolerance«, wie der Regisseur und Intendant sein Interesse auf den Punkt bringt.

Sekhabi steht für eine etablierte Theaterkultur, der Popularität kein Fremdwort ist, der die Unterhaltung zum Prinzip macht, aber eben auch weiß, dass sich künstlerischer Anspruch an gesellschaftlicher Relevanz orientieren muss. Sein Staatstheater war unter den ersten öffentlichen Einrichtungen, die sich für alle Rassen geöffnet hat. Schon in den 1980er Jahren gab es schwarze Schauspieler, Tänzer und Sänger. Aber einige Zeit nach den ersten demokratischen Wahlen wurde es wegen Korruption und Missmanagement vom Kulturministerium geschlossen. Zusammen mit seinem Ko-Direktor Mpumeleleo Paul Grootboom hat Sekhabi die Institution in den letzten zehn Jahren zum größten Produktionszentrum der Darstellenden Künste des Landes transformiert – am Puls der Zeit und politisch engagiert, auf fünf unterschiedlichen Bühnen, aber auch als Laboratorium kultureller Teilhabe. In den ehemaligen Künstlergarderoben haben unter anderem eine Musikschule, ein Jazznetwerk und eine Tanzcompany Platz gefunden, die Schauspieler stehen für »Q und A« (Fragen und Antworten) nach den Vorstellungen zur Verfügung und eine eigene Abteilung widmet sich dem Community Theatre, eine Art Bürgerbühne für alle.

Grootboom ist der spindoctor für Form und Inhalt. Er »liebt seinen Shakespeare so leidenschaftlich wie die freche Leichtigkeit der Sitcom«, heißt es in der Pressemitteilung zum »Jürgen Bansemer & Ute Nyssen Dramatiktheaterpreis« 2016. Er kennt die Realität der Townships, geprägt von häuslicher Gewalt und sozialen Verwerfungen. Seine »Township Stories« schockieren noch immer mit Sex und Crime. Auf den Podien geißelt er die falschen Entwicklungen in seinem Lande, noch sei künstlerische Freiheit nicht wirklich gewährt, und keiner könne es mehr hören, wenn von »Nation Building« schwadroniert werde, aber die ökonomischen Krisen nach wie vor insbesondere die schwarze Mehrheit treffe.

Malcolm Purkey, der nach 2004 das Johannesburger Market Theatre leitete, fragt nach der Rolle der Theater und der Wirkung auf die Gesellschaft. Auf der Suche nach einer sozialen Stimme, einer politischen Ästhetik sei das Theater der imaginierte Raum zum Denken des Wandels. Gestritten wird über die Idee eines Theaters als politisches Instrument versus eines Theaters der Kunst willen. Ja, Theater könne so etwas wie der Spiegel der Gesellschaft sein; nein, Theater muss eben auch Verwirrung stiften, und darf desorientierend und uneindeutig sein.

Der künstlerische Direktor des Nationalen Kunstfestivals, Ismail Mahomed, hat am eigenen Leib erlebt, was Theater sein kann. Er durfte weder in die Aufführungen gehen, noch studieren, war aber, wann immer es ihm gelang, heimlicher Zuschauer und liebt die Darstellenden Künste bis heute als Bildungsinstitution im weitesten Sinne. Er rekurriert auf die Sprache als Diskurszugang, auf die Bilder als Horizonterfahrung, auf das Ereignis als Liveerlebnis. Und deshalb kritisiert er scharf die Kommerzialität heutiger Produktionen, die Selbstzensur bei Projekten und den Identitätsverlust durch die bisher allein nach europäischen Standards ausgebildeten Schauspieler. »Theater ist eine Kristallkugel und erlaubt uns, unsere Gesellschaft neu auszumalen und vorzustellen.« Er setzt deshalb auf die neue Generation, die nach 1994 geboren wurde. Denn bis dato seien theatrale Interventionen in Südafrika weitgehend Proteste gegen den Apartheid-Staat gewesen. Danach waren es die feierlichen Geschichten, eine Ära der Euphorie und der Verehrung von Nelson Mandela. Ab 1999 haben Künstler erneut begonnen, politische Geschichten zu schreiben – es ging um Aids, Gender und Umwelt. »Einige dieser Stücke«, konstatiert Mahomed, »funktionierten und einige scheiterten hoffnungslos. Die Geschichten, die funktionierten, waren jene von Künstlern, die mit echter Überzeugung geschrieben haben und die in diesem Bereich als Aktivisten tätig waren.« Auch er plädiert für mehr Toleranz als künstlerischen Wert: Ängste und Hoffnungen gelte es ernst zu nehmen, Theater ermögliche, Vorurteile zu befragen und es sei das Recht des Künstlers, auch mal mit Hass und Wut zu reagieren. Es liege in der Verantwortung der künstlerischen Leiter von Theaterhäusern und Festivalprogrammen, den kritischen Dialog mit den Mitteln der Kunst zu gestalten. Und er ist davon überzeugt, dass ein Kurator ein Kulturvermittler sein muss, »der die Kraft hat, die Werke der Gesellschaft mitzugestalten.«

Gestalten ist auch Yvette Hardies Stichwort. Sie ist Direktorin der ASSITEJ Südafrika, der internationalen Vereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche und als Theaterproduzentin mit der Praxis in der Theaterlandschaft ihrer Heimat vertraut. Theater sei Konfrontation und das sei der Ausgangspunkt für Stücke von Grootboom, aber auch von Mike van Graan und anderen Autoren. Sie hätten ein politisches Bewusstsein und schrieben »mit einer Dringlichkeit« über die aufkommenden Themen in der Gesellschaft. Bewährt habe sich in letzter Zeit vor allem auch das kollektive Entwickeln von Stoffen, um eine Vielzahl von Expertisen zu nutzen. Im Collonnades Theatre Lab sei so das Projekt »Truth in Translation« entstanden. Das Stück frage: »Ist es möglich, Vergangenes zu vergeben, um die Zukunft zu überleben?« Das Publikum wird in Workshops eingebunden, um einen tieferen Zugang zum Thema zu ermöglichen. Überhaupt sei Kulturpädagogik und künstlerische Bildung ein Schlüssel für die Zukunft des Theaters, getreu dem afrikanischen Sprichwort:

Das Theater der Postapartheid ist nah dran an der Gesellschaft

»Wenn du heute einen Baum pflanzt, kannst du stolz sein auf den Wald von morgen«. Kinder- und Jugendtheater ist deshalb eine von allen Theatermachern geschätzte Zielgruppenarbeit.

In Kapstadt kuratiert Hardie ein Festival, das in den Vormittagsstunden Angebote für Schulklassen anbietet. Performer dürfen sich ausprobieren, Publika dürfen nachfragen, werden mit einbezogen in den Prozess der Produktion oder können selbst kreativ werden. Das Ganze findet in der Kirche einer methodistischen Gemeinde im Stadtteil Observatory statt. Die künstlerische Arbeit ist in der Tat eine Beobachtungsstation: Wie geht's? Was macht's? Was soll's? Eigens für das Festival wurden Werkaufträge vergeben – für eine Schule des Sehens, zur Auseinandersetzung mit jugendspezifischen Themen. »Ukwakha« thematisiert die Komplexität von Beziehungen. Zwei Dutzend junge Menschen aus dem Township Khayelitsha – das Xhosa-Wort für »Neue Heimat« – tanzen, trampeln und turnen, schwarze Körper in weißer Unterwäsche mit Gummistiefeln. Durch die Nähe von Bühnenspiel und Zuschauerraum ist das theatrale Erlebnis ein besonders intensives, der Körpereinsatz der Künstler kommuniziert mit den Köpfen der Zuschauer. Sbonakaliso Ndabe hat das choreografiert und begeistert über eine Stunde lang: Wer mit wem? Wann und wann nicht? Was und wie? Konventionen werden konserviert und konterkariert, Gedanken und Gefühle sichtbar gemacht. Es ist aber nicht nur die Authentizität des gemeinschaftlichen Wirkens, es ist insbesondere die Ausstrahlung des Werks, aus dem Alltäglichen auszubrechen, zu reflektieren und Erkenntnisse darüber zu erzielen, das Individuelle in der Gesellschaft zu leben. Im Mai 2017 findet übrigens der Weltkongress der ASSITEJ zum ersten Mal in der fünfzigjährigen Geschichte des weltweiten Netzwerkes auf dem afrikanischen Kontinent statt – und zwar in Kapstadt.

Neu ist auch der dritte Ort der Konferenz: Das Soweto Theater mitten im großen Township in Südafrika, in dem die Apartheidspolitik die schwarzen Arbeiter und ihre Familien separiert hat. Aber schon von Anbeginn war diese Stadt nahe der Stadt auch eine Heimstatt kultureller Selbstverständigung – und dazu zählten auch der gesellschaftliche Protest und der politische Aufbruch. Gleich hinter dem Theaterkomplex ist das Denkmal, das an den Schüleraufstand 1976 erinnert, bei dem viele Hundert Demonstranten erschossen wurden. Das prägt auch heute noch die Protagonisten der ANC, den African National Congress, die politische Vertretung der schwarzen Mehrheit. Schon im Exil in London und Amsterdam hat Mongane Wally Serote von einem Theater geträumt. Der alte Kämpfer, dereinst neben Mandela der Mann für Kultur, ist Herr über drei Theatersäle und ein buntes Programm von Produktion und Präsentation. Selbstverständlich sei es die ewig alte Geschichte: Zu spät, zu klein, zu langsam! Serote hat als Abgeordneter mitgewirkt am »White Paper« der Regenbogennation, das eine Kulturpolitik für alle formuliert, aber noch immer der Realisierung harrt.

Und schon scharren die Jungen an der Tür zum Soweto Theater. Rund 100 Künstler der neuen Generation einer freien Szene stehen bereit, die Darstellenden Künste in Südafrika zu reformieren. Sie sitzen noch im Zuschauerraum, aber sie streben auf die Bühne. Lautstark fordern sie, nicht weiter zu reden, sondern zu handeln. Mit Hip-Hop-Songs machen sie sich Luft, mit Aushilfsjobs finanzieren sie ihre Wochenendworkshops. Sie sind die Digital Natives, die vernetzt agieren und weniger die Revolution romantisieren wollen. Sie sind in der Lage, endlich eine Zukunft zu gestalten, in der sie eine Rolle – im Leben wie im Theater – spielen können. Doch derweil wird im Johannesburger Baxter Theater noch ein altes Drama von Henrik Ibsen neu inszeniert. 2013 darf »Nora« zum Schluss aus der weißen Mittelklasse ausbrechen – und im Kapstädter Fugard Theater wird mit »District Six« nostalgisch vom multikulturellen Zusammenleben freigelassener Sklaven und Immigranten, Händlern und Arbeitern aus dem 19. Jahrhundert gesungen und gegen die menschenverachtende Politik des 20. Jahrhunderts gespielt. Die Generation des 21. Jahrhunderts ist aber schon auf neuen Wegen – in den Theater Südafrikas, gesellschaftlich gebildet, künstlerisch ambitioniert, mit dem Blick nach vorne – und das ist auch ein Prozess der Transformation.

FOTO: ROLF C. HEMKE

Das Soweto Theatre im gleichnamigen Township in der Nähe von Johannesburg

Wolfgang Schneider ist Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim und Inhaber des UNESCO-Chair »Cultural Policy for the Arts in Development«

Am Ball bleiben

TTIP Strategie- und Aktionskonferenz in Kassel

CAROLIN RIES

Einige Monate liegt die Großdemonstration gegen TTIP, CETA & Co. nun schon zurück. Am 10. Oktober 2015 trugen rund 250.000 Menschen in Berlin ihren Protest auf die Straße. Mittlerweile wurden außerdem über 3,4 Millionen Unterschriften im Rahmen der Selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative »Stop TTIP« gesammelt; 3,2 Millionen davon konnten am 9. November bereits dem EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz übergeben werden. Die Bevölkerung steht den sich in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen zunehmend kritisch gegenüber, was nicht zuletzt auf die kontinuierliche und unermüdliche Arbeit verschiedener breiter Bündnisse aus Umwelt- und Verbraucherschutz, Gewerkschaften und Globalisierungskritikern sowie Wohlfahrts- und Kulturverbänden zurückzuführen ist. Viel wurde erreicht, aber gestoppt sind TTIP, CETA & Co. noch lange nicht.

Um die Energie der freihandelskritischen Bewegung nicht versanden zu lassen, lud TTIP unfairhandelbar in Kooperation mit zahlreichen anderen Partnerorganisationen am 26. und 27. Februar 2016 zur »TTIP Strategie- und Aktionskonferenz« nach Kassel ein. Diesem Aufruf folgten rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – mit dem Ziel, sich über die Fortführung des Protests auszutauschen, kreative Ideen zu entwickeln und sich noch stärker zu vernetzen. Neben zahlreichen Workshops zu den Themenschwerpunkten der Freihandelsabkommen, den akteursbezogenen Perspektiven (z. B. kleine und mittlere Unternehmen, Kommunen, Gewerkschaften, u.v.m.) sowie zu konkreten Strategien und Aktionen wurde im Rahmen von drei zum Teil international besetzten Podien über das bisher Erreichte und die Zukunft des Protests informiert und debattiert. Vor allem der Blick über den nationalen Tellerrand im Rahmen des dritten Panels machte deutlich, worum es ganz zentral beim Widerstand gegen TTIP, CETA & Co. gehen muss: eine alternative Wirtschafts- und Handelspolitik, die nicht nur die eigenen Interessen berücksichtigt, sondern vor allem auch dafür sorgt, dass sich das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht verstärkt, sondern sich bestenfalls aufhebt.

Denn neben den berechtigten Befürchtungen, dass hierzulande Verbraucherstandards abgesenkt werden, genmanipulierte Lebensmittel das Angebot dominieren und die, auch kulturelle Daseinsvorsorge zunehmend und zu ihren Ungunsten verhandelt wird, ist es vor allem der globale Süden, der unter den Auswirkungen der bilateralen Handelsabkommen leiden wird. Sven Hilbig von »Brot für die Welt« veranschaulichte dies vor dem Hintergrund einer 2014 veröffentlichten Studie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu den Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Entwicklungs- und Schwellenländer. Prognostiziert werde zunächst ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes in vielen Ländern des globalen Südens, was jedoch, laut BMZ, durch einen Tourismusboom in diesen Ländern ausgeglichen werden könnte. Begründet wird dieser mit den vermeintlich steigenden Löhnen in der EU und den USA und einem entsprechend größeren Interesse an Fernreisen. Dass es sich bei TTIP, CETA & Co. jedoch nicht um »kostenlose Konjunkturpakete« (Sabine Stephan) handelt, ist hinlänglich bekannt.

FOTO: UWE HIKSCH

Die Teilnehmer der »TTIP Strategie- und Aktionskonferenz« im Februar 2016 in Kassel

Mit viel Zuspruch und Ermutigung für die europäische Bewegung im Gepäck war unter anderem auch Melinda St. Louis von Public Citizen, einer der größten Verbraucherschutzorganisationen in den USA, angereist. Sie bestärkte die Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland und Europa, sich weiterhin gegen Geheimverhandlungen, Investor-Schiedsgerichte und leere Wachstumsversprechen aufzulehnen. St. Louis blickte in ihrem Vortrag auf die Erfahrungen mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) zurück, das 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko geschlossen wurde. Auch die im Rahmen von NAFTA prophezeiten Arbeitsplätze blieben aus – im Gegenteil, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verloren ihre Jobs. Mit den Folgen von NAFTA habe – wenig überraschend – insbesondere Mexiko zu kämpfen.

Am Ende der Konferenz verabschiedeten die Konferenzteilnehmenden eine Abschlusserklärung, in der sie sich auf entschiedenen Widerstand gegen die Freihandelsabkommen verständigten und dazu aufriefen, die zahlreichen Aktionen, die für das Jahr 2016 und darüber hinaus geplant sind, aktiv zu unterstützen. Dazu zählen unter anderem die überregionale Demonstration in Hannover am 23. April 2016 anlässlich des Treffens von Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel bei der Hannover-Messe, zivilgesellschaftliche Lobbyaktionen gerichtet an Parteien und Parlamente, dezentrale große Demonstrationen im Herbst in mehreren Städten, der internationale Aktionstag zu TTIP und CETA am 5. November 2016 sowie ein Kongress über Alternativen in der Wirtschafts- und Handelspolitik Ende 2016 bzw. Anfang 2017.

All diese Aktionen können nur darauf abzielen, die Ratifizierung von CETA zu verhindern und den Vertragsabschluss über TTIP unmöglich zu machen. Denn, so Pia Eberhardt von Corporate Europe Observatory (CEO), »wir werden nie den Tag erleben, an dem die Obamas, Merkels und Junckers dieser Welt vor die Presse treten und sagen: Wir lassen es! Es war eine schlechte Idee!«

Die (Video-)Dokumentation der Podiumsdiskussionen und Workshops sowie die Abschlusserklärung der TTIP Strategie- und Aktionskonferenz sind unter ttip-aktionskonferenz.de zu finden.

Carolin Ries ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Vielfalt fördern

Das CETA-Abkommen und der Schutz der Kultur

EIN KOMMENTAR VON BERND LANGE

Seit 2009 verhandeln die EU und Kanada über das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA. Gegenwärtig entfallen 75 Prozent des gesamten Außenhandels Kanadas auf die USA und lediglich 11 Prozent auf die EU. Kanada bemüht sich um eine Diversifizierung seiner Handelspartner und hat daher ein sehr großes Interesse daran, ein umfassendes Handelsabkommen mit Europa abzuschließen. CETA wäre hinsichtlich der Liberalisierung und Integration der Märkte eines der fortschrittlichsten Abkommen mit Beteiligung der EU und zudem das nach dem Abkommen mit Südkorea zweitwichtigste bilaterale Handelsabkommen, gemessen am Umfang der Handelsströme.

Die EU hat neben diesem Handelsabkommen ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft (SPA) mit Kanada abgeschlossen, in dem die gemeinsamen Werte der EU und Kanadas verankert sind. Dieses sieht einen verbesserten Rahmen für die Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene in vielen Bereichen, wie etwa Außenpolitik und Sicherheitsfragen, Bildung, Verkehr und Energie, die Arktis sowie Wissenschaft und Technik vor. Diese beiden Abkommen, CETA und SPA, sollen die Beziehungen der EU zu Kanada in Zukunft gestalten.

Die öffentliche Meinung in Kanada ist beiden Abkommen gegenüber generell sehr positiv eingestellt, da Europa als Weltregion gilt, die sehr ähnliche Werte und Ideale vertritt. Kanada und die EU haben tatsächlich vieles gemeinsam, sowohl hinsichtlich des sozialwirtschaftlichen Modells als auch im Hinblick auf ihre Werte, etwa was die Stellung der Kultur in der Gesellschaft und die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt angeht. So weist zum Beispiel die Provinz Quebec eine starke regionale Identität auf und die politischen Vertreter sind sehr bemüht, die dort gesprochene französische Sprache, die französisch geprägte Kultur und das Zugehörigkeitsgefühl ihrer Bewohner zu bewahren.

Zudem besitzen sowohl die EU als auch Kanada eine dynamische Kulturindustrie. Der Kulturbereich, der die Bereiche Kunst, kulturelles Erbe, Film und Fernsehen, Musik, Mode, Videospiele, neue Medien und Werbung umfasst, macht in der EU etwa 2,1 Prozent des BIP und in Kanada etwa 3 Prozent des BIP aus. So ist es nicht verblüffend, dass der Kultur hier wie dort ein großes wirtschaftliches Gewicht beigemessen wird.

Der Text des CETA-Abkommens wurde auf der Website der Europäischen Kommission veröffentlicht und wird zurzeit in alle Amtssprachen der EU übersetzt. Das Abkommen wird nach diesem Schritt den Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung und dem Europäischen Parlament (EP), danach aller Voraussicht nach auch den nationalen Parlamenten – denn bei CETA wird es sich höchstwahrscheinlich um ein gemischtes Abkommen handeln – zur Ratifizierung vorgelegt werden. Das Europäische Parlament soll das Abkommen in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 erhalten. Nach der Ratifizierung durch die nationalen und regionalen Parlamente in den 28 Mitgliedstaaten wird das Abkommen in Kraft treten.

Das Europäische Parlament wird die mehr als 1.600 Seiten des CETA-Texts umfassend analysieren, um sicherzustellen, dass das Abkommen den Interessen und dem Willen der europäischen Bürger entspricht. Ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments wird CETA nicht in Kraft treten. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir im Verlauf des Ratifizierungsverfahrens in einen inhaltlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft und insbesondere mit der Kulturwirtschaft eintreten.

In der Präambel des Abkommens befindet sich ein Hinweis auf die gemeinsamen Werte, die die EU und Kanada in Bezug auf die Wahrung der kulturellen Vielfalt teilen. In den ersten Sätzen des Abkommens »bekräftigen« die EU und Kanada ihre »Verpflichtungen als Unterzeichner des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen und erkennen an, dass Staaten das Recht haben, ihre kulturpolitischen Maßnahmen beizubehalten, zu entwickeln und umzusetzen und ihre jeweilige Kulturwirtschaft unter anderem durch regulatorische Maßnahmen und mit finanziellen Mitteln zu unterstützen, um die Vielfalt des kulturellen Ausdrucks zu fördern und ihre kulturelle Identität zu bewahren« (Seite 3 des CETA-Vertragstextes vom Februar 2016, eigene Übersetzung).

Kanada hat umfassende Ausnahmeregelungen für die »Kulturindustrie« eingeführt, die damit vollständig aus dem Geltungsbereich des Abkommens ausgeschlossen wurde. Diese umfassende Ausnahmeregelung betrifft die Bereiche Veröffentlichungen, Musik, Kino, Radio, Fernsehen und Kabelfernsehen. Sie gilt für alle in dem Abkommen vorgesehenen Regelungen, unabhängig davon, ob sich diese auf Handel, Investitionen, Subventionen oder die Vergabe öffentlicher Aufträge beziehen – die Ausnahmeregelung wurde in mehreren Abschnitten des Abkommens festgehalten; auf Seite vier ist der Begriff »Kulturindustrie« definiert. Diese Ausnahmeregelung ist in der kanadischen Kulturindustrie auf breite Zustimmung gestoßen. Die Europäische Union hat gleichartige Ausnahmeregelungen für »audiovisuellen Dienstleistungen« in das Abkommen aufnehmen lassen – unter anderem auf Seite 1.384.

Obwohl die Zielsetzungen der EU und Kanadas hinsichtlich der kulturellen Vielfalt sehr ähnlich sind und von beiden Vertragspartnern aktiv vorangebracht werden, wird der Begriff »Kultur« selbst in dem Handelsabkommen nicht definiert. Die meisten Handelsabkommen beziehen sich auf die umfassendere Kategorie »Dienstleistungen in den Bereichen Freizeit, Kultur und Sport«, die unterschiedliche Arten (kultureller) Dienstleistungen umfasst. Einige EU-Mitgliedstaaten haben ein offensichtliches Interesse daran, ausländischen Unternehmen für einige dieser Dienstleistungen, wie etwa Presse und Medien, die Möglichkeit zu eröffnen, auf unseren Märkten tätig zu sein. Diese Regelungen wurden bereits in den 1990er Jahren getroffen, als die EU und ihre Mitgliedstaaten dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) beitraten.

Mit CETA wird jedoch eindeutig klargestellt, dass sich diese Regelungen nur auf eine geringe Anzahl kultureller Dienstleistungen beziehen und dass das Recht, Regelungen für diese und andere Dienstleistungen zu treffen, umfassend gewahrt bleiben sollte. So findet sich unter den Ausnahmeregelungen des Abkommens in Bezug auf Dienstleistungen die eindeutige Feststellung, dass sich »sowohl Deutschland als auch die EU […] das Recht [vorbehalten], hinsichtlich der Versorgung mit Dienstleistungen in den Bereichen Bibliotheken, Archiven und Museen und mit anderen kulturellen Dienstleistungen Maßnahmen jeder Art zu ergreifen oder beizubehalten« (Seite 1.303 und Seite 1.384, eigene Übersetzung). Deutschland geht sogar einen Schritt weiter als die anderen Mitgliedstaaten, denn es »behält sich das Recht vor, Maßnahmen jeder Art zu ergreifen oder beizubehalten, die die grenzüberschreitende Versorgung mit (kulturellen) Dienstleistungen verbieten, Unterhaltungsdienstleistungen wie etwa Theater, live auftretende Musikgruppen und Zirkustruppen, Bibliotheken, Museen und andere kulturelle Dienstleistungen, die unabhängig von ihrer Art der Produktion, Distribution oder Übermittlung eine Niederlassung für die Erbringung von Unterhaltungsdienstleistungen erforderlich machen« (Seite 1.384, eigene Übersetzung).

Hinsichtlich der in Handelsabkommen für den Bereich Kultur getroffenen Regelungen stellt sich zudem die Frage, ob staatliche Subventionen für den Kulturbereich auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene weiterhin möglich sein werden. Für das CETA-Abkommen ist ganz klar, dass von den staatlichen Stellen lediglich Transparenz über ihre Subventionszahlungen an den Kulturbereich gefordert wird (Kapitel sieben über Subventionen, Seite 35-37). Es besteht keine wie auch immer geartete Verpflichtung, deutschen bzw. europäischen Unternehmen einerseits und kanadischen Unternehmen andererseits in gleicher Weise staatliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Insgesamt kann die Kulturbranche in Deutschland hinsichtlich des Schutzniveaus, das CETA für diesen Bereich vorsieht, beruhigt sein. Von Anfang an war klar, dass sowohl die kanadischen als auch die europäischen Verhandlungsführer das gleiche Ziel verfolgten, nämlich den kanadischen und den europäischen Kulturbereich dort zu schützen, wo es nötig ist, und die kulturelle Vielfalt zu fördern. Umstrittene Bereiche sind also in anderen Teilen des Abkommens zu finden – und diese prüfen wir derzeit gewissenhaft auf Herz und Nieren.

Bernd Lange ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel (INTA)

Wen Sanktionen wirklich treffen...

Ist die aktuelle Russlandpolitik der Europäischen Union der richtige Weg?

BRUNO KRAMM

Unmittelbar nach einer kleinen Südamerikatournee habe ich mit meiner Band »Das Ich« im Februar für zwei Auftritte in Sankt Petersburg und Moskau gastiert. Seitdem die Sanktionen gegen Russland greifen und der Rubel ins Bodenlose gefallen ist – mittlerweile nur noch halb so viel wert wie noch vor einem Jahr –, ist die Zahl der Bandbesuche aus Westeuropa in Russland auf einem Stand wie vor 20 Jahren. Es wird immer schwieriger, die Kosten für Konzerte einzuspielen. Die Tourgeschichte meiner Band spricht hier Bände: Führte uns noch die letzte Tournee mit über zwanzig Veranstaltungen weit jenseits östlich des Urals bis an die mongolische Grenze in subkulturell so weiße Flecken wie Perm, Omsk, Tomsk, Nowosibirsk, Jekaterinburg und Irkutsk, so gastiert unsere aktuelle Tournee nur noch in den vergleichsweise westeuropäisch geprägten Metropolen Moskau und Sankt Petersburg. Die wirtschaftliche Situation in Russland ist durch die Sanktionen des Westens und die gesunkenen Rohstoffpreise so prekär geworden, dass sich nur noch wenige Musikfans Konzerttickets leisten können, geschweige denn gar zu ihren Lieblingsbands auf eine oft über Tausend Kilometer weite Reise aufmachen können.

Das Resultat: Nur noch wenige Botschafter für Individualität und subkulturelle Vielfalt finden den Weg zur jungen und offenen Generation Russlands. So sind die Leidtragenden der Sanktionen nicht nur Szenegänger und die Vielfalt einer so kulturhungrigen Jugend, sondern vor allem auch kleine unabhängige Konzertveranstalter, deren gerade erst aufgenommene geschäftliche Selbstständigkeit ein jähes Ende findet. Plattenläden, Szeneshops und andere alternative Kulturzentren des rebellischen und jungen Russlands müssen ihre Pforten sogar ohne jede Intervention der kulturfeindlichen Putin-Regierung schließen, denn wo keine Künstler, da keine Szene und auch keine Kundschaft. Stattdessen werden jetzt junge Menschen wieder mit linientreuer nationalistischer Heroisierung im Sinne der totalitären Putin-Regierung aufgeladen. Natürlich bedeutet all das für junge russische Undergroundbands und Kulturschaffende das Aus und die Restriktion für ihr künstlerisches Schaffen, denn die Tourneen bekannter europäischer Bands boten gerade für die regionalen Künstler eine Chance für Auftritte vor Ort und vielleicht sogar die Entdeckung für den Durchbruch im Westen. Neue junge Bands wie Otto Dix und Roman Rain, die im Zuge des regen kulturellen Austausches vor Jahren sogar auf dem so viel beachteten Wave-Gotik-Treffen in Leipzig auftreten durften, finden heute kaum noch den Weg nach Europa. Natürlich auch, weil das Klima im Westen für russischsprachige Künstler stark abgekühlt ist. Die Medienstrategie, die die Sanktionen begleitete, tat hier ihr Übriges.

Gleichzeitig erstarkt in der Isolation Russlands der Patriotismus, Nationalismus und Hass auf Minderheiten. Die Gefahr für Leib und Leben von Homosexuellen, Szenefans und anderen Minderheiten vor Willkür und Gewalt wächst stetig und die vor Jahren noch so verheißungsvolle Flamme der Vielfalt und Individualität erstickt im giftigen Klima der nationalistischen Isolation. Die Sanktionen und der westliche Ideologiezeigefinger stärken nicht nur die Abkapselung der russischen Jugendkultur, sondern legitimieren indirekt den stramm autoritären Kurs Putins, der mit jeder westlichen Sanktion ein Stückchen fester im Bärensattel sitzt. Nur 300 Kilometer von Sankt Petersburg mache ich eine Stippvisite in meiner zweiten Heimat Finnland. Seit den Sanktionen ist auch hier der rege Austausch mit Russland abgestorben. Entlang der Autobahn haben zahlreiche Hotels, Pensionen und Gaststätten geschlossen. Nur noch die alten kyrillischen Schriftzüge sind stumme Zeugen eines einst so regen Verkehrs zwischen dem Westen und dem Osten. In der Hafenstadt Kotka, einst Immobilienboom-Region der Ostsee, ist die Arbeitslosigkeit und Resignation gewachsen. Statt finnisch-russischer Kulturfeste liest man wieder die Tagebücher der Veteranen des Russland-Krieges und hofft jetzt auf den wirtschaftlichen Impuls der westlichen Mobilmachung. Der kulturelle Austausch russisch-finnischer Metal-Bands hingegen ist Geschichte.

Die Sanktionen treffen nicht nur Russlands Wirtschaft, sondern besonders auch den Kulturbereich

Bruno Kramm lebt als Musiker und Geschäftsführer einer Plattenfirma in Berlin, Bayern und Finnland. Er ist Landesvorsitzender der Piratenpartei Berlin und Spitzenkandidat für die Wahl zum Abgeordnetenhaus

Stark, stärker, am stärksten...

Bundesbildungsministerin Wanka verkündet Fortgang des Programms »Kultur macht stark«

CAROLIN RIES

Freudig spontaner Applaus, als Bundesbildungsministerin Wanka am 6. April 2016 in ihrer Eröffnungsrede der »Kultur macht stark«-Konferenz ankündigte, dass das Bundesprogramm fortgeführt wird. »Wenn es uns gelingt, möglichst vielen jungen Menschen durch kulturelle Bildungsangebote Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu geben, (...) dann haben wir etwas sehr Gutes auf den Weg gebracht«, so Wanka. »Dieses Programm kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Ich glaube, dass »Kultur macht stark« wichtig ist, wichtig für Deutschland. Und deshalb sage ich an dieser Stelle ganz pathetisch: Danke.«

Danke sagte sie zunächst den Programmpartnern, den 2012 von der Jury ausgewählten Verbänden und Initiativen für ihr außerordentliches Engagement, ohne das »Kultur macht stark« nicht zu einem solchen Erfolg geworden wäre. Ausschlaggebend für die Fortführung war nicht zuletzt auch das positive Votum des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Offenbar konnte das Parlament von der Bedeutung des Programms überzeugt werden. Davon zeugte zumindest die Anwesenheit des Berichterstatters des Haushaltsausschusses Swen Schulz, MdB (SPD) bei der Eröffnungsrede der Ministerin. Namentlich erwähnt wurden außerdem Kulturrats-Präsident Christian Höppner und Geschäftsführer Olaf Zimmermann, die als »kritische Begleiter« maßgeblich zum Gelingen des Programms beigetragen haben.

Noch im Dezember 2015 hatte sich der Deutsche Kulturrat mit seiner Stellungnahme »Kultur macht stark II jetzt auf den Weg bringen« für die Fortführung des Programms mit einem vergleichbaren Fördervolumen ausgesprochen und gefordert, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unbedingt an der Zusammenarbeit mit Verbänden und Initiativen festhalten sollte, um Breitenwirkung, Nachhaltigkeit und eine hohe fachliche Qualität zu erzielen. Ihre Expertise im Hinblick auf die Programmsteuerung und -umsetzung ist unverzichtbar für den Erfolg von »Kultur macht stark«. Olaf Zimmermann, vehementer Verfechter des Programms, zeigte sich äußerst erfreut über »den langen Atem des Hauses, der gerade in bildungspolitischen Fragen vonnöten ist«.

Ende des Jahres wird das BMBF die neue Förderrichtlinie veröffentlichen. Fest steht, dass sie sich erneut an Verbände und Initiativen richten wird. Diese haben im Laufe des Jahres 2017 die Gelegenheit, sich wiederum mit ihren Maßnahmekonzepten um Fördermittel zu bewerben. Noch nicht bekannt ist, welcher finanzielle Rahmen für die Neuauflage von »Kultur macht stark« zur Verfügung steht. Wünschenswert wäre eine ähnlich »historische« Summe in Höhe von 230 Millionen Euro, wie sie für den Förderzeitraum von 2012 bis 2017 veranschlagt wurde. Denn diese hatte Signalwirkung für die Bedeutsamkeit der kulturellen Bildungslandschaft und ihre Akteure. Deshalb ist es auch so wichtig, dass eine solch erfolgreiche Initiative nicht wieder im Sande verläuft, sondern Strukturen und Bündnisse, die in den vergangenen Jahren aufgebaut werden konnten, bestenfalls eine Weiterentwicklung und Verstetigung erfahren. Wenngleich Modellprojekte im Sinne der Innovation immer wieder ihre Berechtigung haben, weil sie Impulse setzen und Umdenken fördern, fehlt es in der kulturellen Bildung nach wie vor an verlässlicher Förderung. »Kultur macht stark« hat das Potenzial, nachhaltig in der Breite Wirkung zu entfalten. Wenn heute, wie die im Jahr 2015 veröffentlichte Evaluation des Programms gezeigt hat, Maßnahmen in 95 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte angeboten werden konnten, besteht eine gute Chance, im Laufe der nächsten Förderperiode auch Kinder und Jugendliche in nicht abgedeckten Regionen zu erreichen. Damit wäre das Ziel, Bildungsgerechtigkeit in Deutschland herzustellen, zwar noch lange nicht erreicht, aber wir können ihm einen großen Schritt näher kommen.

Kornelia Haugg, Leiterin der Abteilung »Berufliche Bildung; Lebenslanges Lernen« im BMBF, ermutigte die zivilgesellschaftlichen Organisationen, sich konstruktiv in die Entwicklung der Förderrichtlinie einzubringen. Die erarbeiteten Positionspapiere würden ernst genommen und – wenn möglich – berücksichtigt. Selbstverständlich gebe es Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung, die es zu beachten gelte.

Für die Jahre 2016 und 2017 stellt das BMBF jährlich zusätzlich fünf Millionen Euro für Projekte mit jungen Geflüchteten bis 26 Jahre zur Verfügung. Auch diese kulturellen Bildungsangebote müssen von einem Bündnis bestehend aus drei lokalen Partnern umgesetzt werden. Insbesondere die bereits im Programm aktiven Verbände und Initiativen sind aufgefordert, sich bis zum 9. Mai 2016 um Fördergelder zu bewerben. Weitere Informationen zur zusätzlichen Förderrichtlinie erhalten Sie unter www.buendnisse-fuer-bildung.de.

Carolin Ries ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates »Kultur macht stark II jetzt auf den Weg bringen« finden Sie unter www. kulturrat.de

FOTO: THOMAS KÖHLER / BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG

Johanna Wanka MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung, bei ihrer Eröffnungsrede zur »Kultur macht stark«-Konferenz

© UTA BELKIUS – BEARBEITUNG: © BELKIUS UND HYBRID SPACE LAB

Visualisierung der begrünten Schlossfassade (Vorlage: Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum; Architekt: Franco Stella mit FS HUF PG)

Coop. Humboldt Dschungel

Oder wie der gute Geist der Humboldts ins Schloss kommt

WIBKE BEHRENS,
UTA BELKIUS UND NOTKER SCHWEIKHARDT

Das Projekt Coop. Humboldt Dschungel – eine kritisch-künstlerische Intervention, bei der es um mehr geht als die Begrünung einer historisierenden Schlossfassade – soll einen breiten, politischen Diskurs um das Humboldt Forum befördern – es beantwortet keine offenen Fragen – es stellt neue.

Die Idee: Aus der Not eine Tugend machen und noch nicht finanzierte Fassadenteile temporär begrünen

Im Spiegel 47/2014 erschien der Artikel »Beton statt Barock«, in dem prognostiziert wurde, dass nicht genug private Spenden für die historisierende Barockfassade am Humboldt Forum zusammenkommen würden. Daraus entstand die Idee, aus der Not eine Tugend zu machen und statt öffentliches Geld für eine private Spendenkampagne auszugeben, die Lücken im »Barock« für eine temporär begrünte Fassade und den dringend nötigen Diskurs zu nutzen. Also die bisher finanzierten Fassadenteile zu montieren und die noch offenen Flächen attraktiv zu begrünen und sukzessive zu ergänzen – verbunden mit der Einladung, sich in der Zwischenzeit dem Bau inhaltlich anzunähern.

Eine derartige Gestaltung, so die Initiatoren, Uta Belkius und Notker Schweikhardt, verkörpert die interdisziplinären Denkansätze der Humboldt-Brüder und ihre Expeditionen und Forschungen in neuen Welten. Sie visualisiert die Vielgestaltigkeit der zukünftigen Ausstellungen und Projekte. Aus der Idee im Jahr 2014 hat sich Coop. Humboldt Dschungel formiert, mittlerweile ergänzt durch Wibke Behrens. Ein Think Tank, dessen Verantwortliche ihre beruflichen Kompetenzen, ihr kulturpolitisches Engagement und ihre Netzwerke nutzen, um unter der Verschlagwortung »Laboratorium I Natur I Kultur« die Herausforderung anzunehmen.

Das Spannungsfeld Stadtschloss-Replik versus Humboldt Forum ist noch nicht befriedet, die Fragen nach Inhalt, Anspruch, Funktion, Form und Zusammenspiel nicht beantwortet. Dieser Debatte wird hier Raum gegeben: In einem Prozess, einem orchestrierten Programm, welches die Interessen der Zivilgesellschaft zusammen mit Experten inszeniert. Themen wie Urbanistik, Partizipation, Museumskunde, Kunst, Kultur, Stadtgestaltung, Pädagogik, Politik und Gesellschaft stehen dabei im Fokus.

Parallel zur temporären Begrünung sollen, zusammen mit Stiftungen und Initiativen, Zugänge erarbeitet werden, die es Berlinerinnen, Berlinern und Gästen aus aller Welt ermöglichen, sich das Humboldt Forum nachhaltig zu eigen zu machen – durch begleitende Workshops, Veranstaltungen und künstlerische Interventionen.

Annäherung durch Partizipation – Kultur und Kreativität als Werkzeug.

Coop. Humboldt Dschungel entwickelte für diesen Weg bisher folgende Module:

- Die Grünfassade mit unterschiedlichen Pflanzengesellschaften repräsentiert Kulturen der Welt, künstlerische Interventionen nutzen die Außenhaut des Humboldt Forums als Erweiterung der Sammlungen. »Zur-Schau-Stellungen« historischer Artefakte sind dabei genauso möglich wie zeitgenössische Auseinandersetzungen mit dem Inhalt.
- Ein Dachgarten verbindet am Ort des späteren Dachcafés die Themen Natur, Ernährung und Pflanzen, macht diese begreifbar, erlebbar und knüpft an die Inhalte der Sammlungen an.
- Ein Humboldt-Pavillon dient als Laboratorium, Diskursort, Informationspunkt, Gewächshaus und Medienterminal.
- Der »Humboldt-Koffer aus Berlin« – ein via Internet vernetzter Container – geht auf den Spuren der Humboldts auf Weltreise. »Botschafter« berichten von dort live nach Berlin– »die Welt« informiert sich im Humboldt-Koffer über den aktuellen Stand des Forums.
- Workshops und Symposien begleiten das Projekt thematisch und binden Partner, Experten und Zivilgesellschaft in den Findungsprozess ein.
- Projektionen auf der Fassade sind assoziativ, kritisch, künstlerisch und diskursiv.

Die Ziele sind

- Skeptiker und Sympathisierende des »Barockschlosses« zu versöhnen. Ein gewollter Nebeneffekt für die Verantwortlichen der Schlossfassade soll dabei nicht unerwähnt bleiben: Für die noch nicht ausreichend erfolgreiche Spendenkampagne wäre diese Zwischennutzung eine zeitliche Entlastung – ebenso wie für die Entwicklung einvernehmlicher Nutzungskonzepte.
- Eine kulturelle Aufladung zu generieren, eine Ahnung zu vermitteln, dass das Humboldt Forum mehr sein kann bzw. muss als die Anhäufung von Museen und Repräsentanz.
- Künstlerische Spannungsfelder auszuhandeln: Symbol für eine Stadt mit historischen Wurzeln und modernen Zukunftsvisionen zu sein.
- Das Zusammenspiel von Kultur, Kunst und Wissenschaft im Inneren des Gebäudes nach außen zu stülpen: auch für eine schrittweise gesellschaftliche Aneignung und als ein urbaner Magnet.
- Den Leitbildern »Grüne Stadt« und »Kultur für Alle« an diesem als bedeutsam konnotierten Ort eine Sprache zu geben.

Uta Belkius und Notker Schweikhardt, MdA organisieren seit Anfang 2015 Veranstaltungen und Fachgespräche mit Akteuren aus Kultur, Architektur, Politik, Stadtentwicklung und Zivilgesellschaft. Coop. Humboldt Dschungel sind seit 2016: Uta Belkius, Notker Schweikhardt, Wibke Behrens. Unterstützt von der Belius Stiftung

Weitere Infos unter:
www.coop-humboldt-dschungel.de

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt abonnieren!

Abonnieren Sie jetzt für 18 Euro im Jahr inkl. Versandkosten!
Per Telefon: 030 . 226 05 280, Fax: 030 . 226 05 2811
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

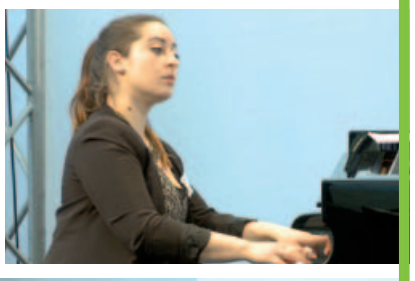
nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Frankfurter Musikmesse 2016
die nmz-Bühne mit Talks und Präsentationen

„Classic meets Future“ – so lautete der Name der gemeinschaftlichen Bühne von neuer musikzeitung, Deutschlandradio und dem Deutschen Musikrat, die sich wie bereits 2015 auch in diesem Jahr wieder mit einem gemeinsamen Stand auf der Frankfurter Musikmesse präsentierten. An diesem waren natürlich auch wieder die zahlreichen Partnerverbände der nmz vertreten, und das umfangreiche Programm an Podiumsdiskussionen und musikalischen Darbietungen beinhaltete wie immer hochaktuelle kulturpolitische Themen.

Einen Schwerpunkt bildeten Gespräche und Darbietungen der Initiative „Music in Africa“, einem gemeinsamen Projekt von Siemens Stiftung und Goethe Institut. Weitere Highlights am Stand der nmz auf der Musikmesse: die Verleihung des „Gordi“, des gordischen Knotens des Musiklebens, die Ehrung der Preisträger der Kategorie „Best Edition“ des Deutschen Musikverlegerverbandes sowie der Besuch des Musikers Christopher von Deylen, der als „SCHILLER“ im Sommer wieder auf Tournee gehen wird.



Alle Videos der Messe-Veranstaltungen wie immer kostenlos auf www.nmz.de

media

kostenlos unter:
www.nmz.de

Unbeirrbarer Streiter

Zum Tode von Thomas Olk

ANSGAR KLEIN

Am 4. März 2016 ist Prof. Dr. Thomas Olk, erster und langjähriger Sprecherratsvorsitzender des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Wir verlieren mit ihm einen leidenschaftlichen Denker, einen markanten Wissenschaftler und einen unbeirrbaren Streiter für eine aktive Bürgergesellschaft.

Mit außergewöhnlichem Engagement, wissenschaftlicher Exzellenz und hoher Diplomatie hat er den Weg des BBE über ein Jahrzehnt lang geprägt und durch sein couragiertes Wirken eine Politik der Förderung bürgerschaftlichen Engagements mitbegründet. Er war ein wichtiger Analytiker, ein Impulsgeber und oft auch ein Wegweiser. Der erste und langjährige Vorsitz des Sprecherrates des BBE (von 2003-2016) war eine seiner gelebten Rollen, die er, zu unser aller Glück, mit Fantasie, Hartnäckigkeit und Empathie ausgefüllt hat, so lange dies ihm gesundheitlich möglich war. Als er diese Aufgabe 2003 übernahm und letztlich 13 Jahre wahrnahm, hatte er schon 15 Jahre Arbeit für bürgerschaftliches Engagement hinter sich.

Im Jahr 1988 bearbeitete er, damals noch als Thomas Olk in Bielefeld, wo er auch habilitierte, neben dem Schwerpunkt »Jugendforschung« auch den »Formwandel des Helfens«. In seinen Publikationen diagnostizierte er einen Aufbruch vom »alten« zum »neuen« Ehrenamt, »ehrenamtliches Engagement außerhalb etablierter Träger« und einen »Strukturwandel des Ehrenamtes«. Damit waren wegweisende Begriffe geprägt, die an eine neue Ära der Verantwortungsübernahme für eine aktive Gesellschaft, später »Bürgergesellschaft« appellierten.

Auch im politischen Bereich wurde diese Aufbruchsstimmung wahrgenommen. Mit der Gründung der Stiftung Bürger für Bürger im Jahr 1995 gab es einen ersten ministeriellen Versuch, einem Aufbruch zur Bürgergesellschaft gerecht zu werden. Es folgte ab 1998 die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des XIV. Deutschen Bundestages, deren Mitglied Thomas Olk wurde. Diese Kommission wurde, auch dank seiner Mitwirkung, zu einem zentralen Meilenstein der engagementpolitischen Debatte in Deutschland. Mit der vorbildlichen, inklusiven Arbeit dieser Kommission und ihrem Abschlussbericht wurden bis heute wirkende Grundlagen der Engagement- und Demokratiepolitik gelegt. Eine der Empfehlungen der Kommission war die Gründung des BBE als trisektorales Netzwerk.

Es war konsequent, dass sich Thomas Olk der Verantwortung für dieses neuartige Netzwerk stellte. Er war einer der treibenden Gründungsväter, zugleich aber auch derjenige, der auch die Herausforderung der praktischen Verantwortung qua Amt nicht scheute. Nach seiner ersten erfolgreichen Wahl zum Vorsitzenden des Sprecherrates signalisierte er mit seinem optimistisch-herausfordernden Gesichtsausdruck, dass es jetzt erst richtig für die BBE‘lerinnen und BBE‘ler losgeht. Er sollte Recht behalten. Thomas Olk war und bleibt der »Mann der ersten Stunde«. In seiner Zeit als Vorsitzender hat Thomas Olk die Vision einer konzertierten Kooperation der vielen Verschiedenen im BBE nie aus den Augen verloren. Gleichzeitig verfolgte er die Stärkung von Engagement und Partizipation immer auch als eine Stärkung ihrer feld- und aufgabenspezifischen Eigenarten, Vielschichtigkeiten und unterschiedlichen Organisations- wie Kulturlogiken. Er war ein früher Diversity-Leader, ein Vorsitzender, der durch seine Moderation die BBE-Akteure ermutigen, stärken und zusammenführen konnte. Zugleich brachte er seine wissenschaftliche Expertise ins BBE ein, zum Beispiel mit den sogenannten »Schultagungen«, die durch fast alle Bundesländer tourten und bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Bildung verbreiteten.

Es ist wenige Monate her, dass Thomas Olk auf dem Jahresempfang des BBE die engagementpolitische Hauptrede hielt und er tags darauf, noch ein letztes Mal, als Sprecherratsvorsitzender die Mitgliederversammlung des BBE eröffnete. Analysierend, nach vorne gewandt, das Gestern nicht vergessend und bei aller feinen Ironie auch das klare Wort nicht scheuend: So durften alle, die dabei waren, ihn noch einmal beim BBE öffentlich erleben. Wir hofften vergeblich, dass es nicht das letzte Mal gewesen war. Sein Wirken ist uns Auftrag.

Am 4. März 2016 ist Thomas Olk im Kreise seiner Familie gestorben. Der BBE-Sprecherrat, Freundinnen und Freunde sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des BBE trauern mit seinen Angehörigen.

Ansgar Klein ist Gründungsgeschäftsführer (seit 2002) des BBE, Publizist und Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität

Ein Mann, der in Syrien sein Klavier draußen in die zerbombte Stadt stellt und spielt und singt. Ein Cellist, der in Bagdad auf der Straße sein Instrument streicht. Auf den Trümmern, die eine Autobombe hinterlassen hat. Wo Menschen starben erklingt Musik. Melancholisch, anklagend. So berührend, dass Soldaten, die dabei stehen, Tränen kommen. Eine direktere Verbindung von Politik und Kultur ist in diesen Zeiten kaum denkbar. Der Krieg, der dort tobt, wo uralte Kulturen zuhause waren, er nimmt keine Rücksicht aufs Weltkulturerbe.
Zwischen allem Terror war vielleicht die radikalste Botschaft der jüngsten Zeit die von den Musikern auf der Straße inmitten des Chaos. Der Cellist Karim Wasfi aus Bagdad trug sein Cello raus aus dem Konzertsaal. Er, der Dirigent des irakischen Nationalorchesters war kürzlich in Berlin zu Gast. Karim Wasfi gab Einblicke in die Beweggründe für sein Musizieren. Er will damit am Leben dranbleiben, Normalität leben. Zivilisation ist für Karim Wasfi der Weg, Terror zu schlagen.
Wer Frieden will, solle den Menschen zuallererst ihre Würde zurückgeben. Im Moment, als ihm klargeworden sei, dass Terroristen alle Elemente des menschlichen Lebens in ein Schlachtfeld verwandeln, habe er begonnen, die Schlachtfelder mit Harmonie zu durchdringen. Gegen Zerstörung setzt er auf Schönheit und die menschliche Kreativität. Jedes menschliche Leben ist für ihn ein Energiefeld. Und wenn Wasfi musiziert, tritt er in Kontakt mit Energiefeldern. Klang ist Kreativität. Schwingungen sind Elemente des Lebens; mit seinen Klängen kann er damit in Berührung kommen. Er kann so den Toten Respekt erweisen und die Lebenden inspirieren. Mit der universellen, kosmischen Sprache der Musik. Die Gewalt der Bomben ist für Wasfi nur eine kurzlebige Machtdemonstration. Die Macht der Schönheit und der Musik währt länger. Darum ist es Wasfi wichtig, vor Ort zu sein.
Darüber ist jedoch seine Familie zerbrochen. Seine Frau und seine Kinder sind in die USA ausgewandert; er fand es wichtiger, im Irak vor Ort zu bleiben, um dort zu musizieren.
Ein anderer hat es in Syrien versucht. Inmitten der Ruinen von Jarmuk bei Damaskus hat der gelernte Pianist Aeham Ahmad sein Klavier auf die Straße gestellt und gespielt und gesungen. Das Video ging um die Welt. Dann zündete ihm ein Terrorist sein Instrument an und Ahmad floh nach Deutschland, wo er auf dem Königsplatz in München mit den Sportfreunden Stiller und Herbert Grönemeyer und anderen ein Konzert vor 24.000 Menschen gab. Herbert Grönemeyer schenkte ihm ein Klavier. Ahmad bekam den Beethovenpreis und spielte für die Opfer der Kölner Silvesternacht. Terror bekämpfen mit Schönheit. Ein unglaubliches Konzept. Aber warum nicht? Der Krieg gegen den Terror hat immer nur neuen Terror hervorgebracht. Dieser Krieg, der seit der Zerstörung des World Trade Centers anhält, über 1,3 Millionen Opfer gefordert hat. 23.000 Bomben haben die USA allein im Jahr 2015 auf sechs muslimische Länder geworfen. Was hat es gebracht? Der Terror zwischen Paris, Brüssel und Ankara, so hieß es, zielt auf unsere Lebensweise, auf unsere Kultur. Doch ist unsere Kultur selber eine Kultur des Krieges. Was ist Krieg anderes als Terror, als Kulturzerstörung?
Was soll Kunst da ausrichten? Sie ist selbst Teil des Krieges: Marschmusik begleitet seit je die Truppen. Wagners Walkürenritt wurde im Vietnam-Film von Francis Ford Coppola zum Soundtrack für den Angriff der Hubschrauber-Armee, die den martialischen Eroberern den Strand zum Surfen freibombt. Überhaupt Wagner. Laut Hitlers Jugendfreund Kubizek äußerte Hitler erstmals den Wunsch, Politiker zu werden nach dem Besuch von Wagners Rienzi-Oper mit ihren Heil-Rufen. Als Hitler dann aber doch lieber Kunstmaler werden wollte, hat ihn die Akademie abgewiesen. So ging er enttäuscht in die Politik. Was wäre der Menschheit erspart geblieben, wenn die Kunstakademie Hitler aufgenommen hätte? Ein schlechter Maler mehr, ein Weltkrieg weniger?
Was kann also Kunst? Der Iraker Karim Wasfi ist jedenfalls überzeugt: Wenn Terroristen Bach und Brahms oder was auch immer hören, wird sich etwas in ihnen bewegen. Frieden durch die Künste. Das ist sein Projekt. Und Jahre schon leitet Daniel Barenboim das West-Eastern Divan Orchestra, das zu gleichen Teilen aus arabischen und israelischen Musikern besteht. Eine großartige Friedensinitiative. Sie ist erfolgreich. Aber was soll ein einziges Orchester ausrichten gegen die riesigen Orchester des Todes, die von den diversen Streitmächten dort aufgefahren werden?
Vielleicht braucht es mehr Utopie: Mal für ein paar Milliarden Euro Musikinstrumente statt ewig Panzer und Sturmgewehre. Statt Militärberater Musiklehrer. Schönheit statt Zerstörung. Wie sagte Wasfi? Wissen ist Macht, Weisheit ist eine Waffe. Musik und Wissenschaft helfen, Ängste zu überwinden.
Die fast 15 Jahre Krieg gegen den Terror waren ein schreckliches Terroristenzuchtprogramm. Warum also nicht mal die Partitur und die Instrumente wechseln?

Arnulf Rating ist Kabarettist

Hundert Mal Kultur

Zur kulturellen Bedeutung der Katholikentage in Deutschland

THOMAS STERNBERG

Das Zentralkomitee der Katholiken (ZdK) ist ein repräsentativer, bundesweiter Zusammenschluss von Ratsvertretern, Vereinen, Gruppen und Organisationen, den sogenannten »Laien«. Alle zwei Jahre, alternierend mit dem Evangelischen Kirchentag, veranstaltet das ZdK einen Katholikentag. Schauplatz ist jeweils eine andere Stadt in einem anderen Bistum. Im Jahr 2016 ist der 100. Deutsche Katholikentag zu Gast in Leipzig. 100 Deutsche Katholikentage, das ist auch ein großes kulturelles Erbe.

Der erste Katholikentag fand vom 3. bis zum 6. Oktober 1848 in Mainz als »Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands« statt. Begeistert von der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland vertraten katholische Laien die Auffassung, dass es ihr Recht und ihre Pflicht sei, als engagierte Christinnen und Christen an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken, für die eigenen Belange einzutreten und in diesem Sinne Initiative zu ergreifen – als ausdrucksstarke Gegenreaktion auf die als Unterdrückung empfundene Lage der katholischen Bevölkerung unter den protestantischen Regierungen des Wiener Kongresses. 1849 gab es gleich zwei Katholikentage und von da an beinahe jedes Jahr einen.

Die Geschichte der Deutschen Katholikentage war und ist eine Erfolgsgeschichte trotz mancher Schwierigkeiten bis hin zu jahrelangen politisch bedingten Unterbrechungen. So fanden kriegs- und verbotsbedingt in den Jahren 1914 bis 1920 und 1933 bis 1947 keine Katholikentage statt, ab 1950 dann alle zwei Jahre in den jeweils geraden Jahren. Als ein Einschnitt gilt der 82. Deutsche Katholikentag in Essen im Jahr 1968. Auch die katholische Kirche hatte ihre 68er. In der Folge der Bewertung der Empfängnisverhütung in der Papstenzyklika »Humane Vitae« erhob sich hier energischer Protest gegen die »Amtskirche«. 1978 war insofern ein Aufbruch, weil seit dieser Zeit besonders die Jugendlichen den Katholikentag als ihren Ort begreifen.

Die beiden Ökumenischen Kirchentage 2003 in Berlin und 2010 in München haben den längst ökumenischen Charakter der Katholiken- und Kirchentage verdeutlicht. Ungezählte Vereine, Organisationen, Institutionen und Aktivitäten sind aus den Katholikentagen hervorgegangen. Viele von ihnen existieren bis heute. Sie prägen das Gesicht der katholischen Kirche in Deutschland, nehmen Teil am gesellschaftlichen Diskurs und wirken nicht selten über die Grenzen unseres Landes hinaus. Nicht zuletzt hat die kirchliche »Eine Welt«- und Ökologie-Bewegung auf Katholikentagen öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Wie ein Brennglas bündelt und verdichtet jeder Katholikentag diese Fülle und Vielfalt des Engagements katholischer Frauen und Männer und die aktuellen Themenstellungen. Zugleich ist jeder Katholikentag ein fünftägiges Kulturfest. Es gibt nicht viele Veranstaltungen, die hiermit vergleichbar sind.

Katholikentage und Kultur

Katholikentage haben für die Kultur und ihre Akteure eine zunehmende Bedeutung gewonnen. Schaut man sich die historische Entwicklung seit der Säkularisation an, so kann man verschiedene Entwicklungen beobachten:

Die Säkularisation ab 1803 war der zentrale Einschnitt und bedeutete einen großen Verlust für das kulturelle Leben der katholischen Kirche. Sie verlor mit ihren Klöstern, Stiften und Besitzungen auch ihren einst mächtigen Einfluss im Bildungs- und Kultursektor. Im »Kulturkampf« waren es vor allem die Vereinigungen der Gläubigen, die zur katholischen Selbstbehauptung beitrugen und ein »katholisches Milieu« ausbildeten, das durch ihre Minderheitssituation im neuen Reich von 1871 gefördert wurde. Im 19. Jahrhundert wurde das kirchliche Vereinsleben, das sich auch zahlenmäßig rasant entwickelte, zu einem starken Träger einer spezifisch »katholischen« Kultur. Von der Wiege bis zur Bahre konnten Katholiken ihr Leben nach den Kriterien eines katholischen Selbstverständnisses gestalten.

Vor allem in den Jahren der Weimarer Republik hatte sich eine reiche, dezidiert katholische Literatur, Kunst und Kultur herausgebildet. Katholikentage waren in dieser Zeit vor allem die Orte der Selbstvergewisserung.

Musik spielte auf Katholikentagen zunächst vor allen Dingen in liturgischen Zusammenhängen eine große Rolle, später kamen dann auch Kunst, Film und Literatur als Themen hinzu. Sie sind heute fester Bestandteil der Programmgestaltung. Schon 1872 beschloss der Katholikentag in Breslau, dass künftig jeder Katholikentag eine Kunstausstellung anregen und ermöglichen solle. Waren diese zunächst noch von dem Willen zu einem christlichen Sonderweg geprägt, so öffneten sich diese Ausstellungen mehr und mehr den allgemeinen Tendenzen. Ein wichtiger Punkt dieser Entwicklung war die Ausstellung zum Berliner Katholikentag 1980 von Wieland Schmied unter dem Titel »Zeichen des Glaubens – Geist der Avantgarde«, die den christlichen Charakter einer Fülle von bislang kaum unter religiösem Aspekt betrachteter Werke und Künstler der klassischen Moderne verdeutlichte – ein Projekt, das er zum Katholikentag 1990 unter dem Titel »Gegenwart – Ewigkeit« auf die zeitgenössische Kunst ausweitete.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und die Deutsche Bischofskonferenz vergaben seit 1990 häufig im Rahmen der Katholikentage gemeinsam den Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken. Er wurde bislang in den Sparten Literatur (Andrzej Szczypiorski 1990), Architektur (Karl-Josef Schattner 1994), Musik (Petr Eben 1998), Film (Theo Angelopoulos 2001), Bildende Kunst (Gerhard Richter 2004), Drama (Tankred Dorst und Ursula Ehler-Dorst 2008), Architektur (Peter Zumthor) und Literatur (Ralf Rothmann 2014) vergeben.

In den letzten Jahrzehnten waren die Kulturprogramme stark durch das Leitwort des jeweiligen Katholikentags geprägt. Auch die Kulturprogramme waren und sind Spiegelbilder gesellschaftlicher Entwicklungen und Diskussionen. Sie umfassen Lesungen, Ausstellungen, Konzerte, Schauspiele, Kabarett und anderes mehr in Präsentation und Aktion. Musikalisch wird die ganze Bandbreite vor allem auch geistlicher Musik bis zu neuen Kompositionen aufgeführt. Zugleich entwickelten die Katholikentage eine spezifische Eventkultur mit hoher Attraktivität für junge Menschen. Das Genre des »Neuen Geistlichen Lieds« ist vor allem für diese Tage entwickelt, erprobt und popularisiert worden.

FOTO: MARKUS GEORG KREMSER

Beispielhafte Gestaltung eines Gottesdienstraumes für zeitgemäße Liturgien in einer Hamburger Messehalle

Katholikentag aktuell

Der 100. Deutsche Katholikentag findet in Leipzig in einer besonderen Situation statt: Dort stehen 20 Prozent Getaufte, mit nur 4,3 Prozent Katholiken, neben 80 Prozent Anderen, die zum größten Teil der Kirche und dem Christentum gegenüber indifferent sind. Ein besonderer Akzent liegt deshalb in Leipzig auf dem Dialog mit Nichtglaubenden. Eigene Programmelemente mit kostenfreien Veranstaltungen bringen Skeptiker, Atheisten, Gläubige und Interessierte zusammen.

Das Programm bietet mit seinen etwa 300 Kulturveranstaltungen zwischen dem 26. und 28. Mai allen in der Stadt Leipzig, den Kulturinteressierten aus der Region und natürlich den Teilnehmenden des Katholikentags viel Kultur. Darin sind die Sparten: Bildende Kunst, Film, Literatur, Musik, Tanz, Theater und Kabarett vertreten. Neben den eingeladenen Aktiven wurden aus über 200 Bewerbungen um die Mitwirkung im Programm 143 Gruppen und Einzelkünstler ausgewählt.

Als roter Faden zieht sich das Leitwort des Katholikentags »Seht, da ist der Mensch!« durch das Kulturprogramm: Neben überregional bekannten Kulturmenschen, wie z. B. Ulla Hahn, Autorin (München), Monika Grütters MdB, Staatsministerin für Kultur und Medien (Berlin), Freya Klier, Regisseurin, Schriftstellerin und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin (Berlin), Dieter Kosslick, Direktor der Internationalen Filmfestspiele Berlin, werden auch Künstlerinnen und Künstler, Ensembles und Chöre aus Leipzig und der Region erwartet. Als Beispiel seien genannt: die Gruppe Stilbruch, der Thomanerchor, die Schola Cantorum Leipzig und die Dresdner Kapellknaben sowie das Klezmer-Trio Rozhinkes.

Es ist gelungen, ein Ausstellungsprojekt zum Leitwort des Katholikentags mit Werken zeitgenössischer, internationaler Künstlerinnen auf den Weg zu bringen. Das »Ecce Homo« ist ein wichtiges Bildmotiv nicht zuletzt der jüngeren Kunstgeschichte. Von Mai bis Juni 2016 zeigen in der Leipziger Baumwollspinnerei Künstlerinnen und Künstler ihren Blick auf den Menschen. Die Ausstellung mit Fotografie, Malerei, Skulpturen, Video- und Installationskunst trägt auch den Titel »SEHT, da ist DER MENSCH!« Sie ist zweiteilig und als ökumenisches Projekt angelegt. 2017 wird sie im Rahmen des Reformationsjubiläums in Magdeburg in veränderter Form zu sehen sein.

Gesellschaftlich relevante Fragen

Annäherungen an menschliche Leiderfahrungen vermittelt eine weitere Ausstellung unter dem Titel »Passio – vom Leben gezeichnet, zu Wort gekommen«. Die Tanzpädagogin Kulkanti Barboza aus Münster übersetzt das christliche und das hinduistische Menschenbild in Text und Bewegung. Die Schriftstellerin Anna-Katharina Hahn wird über die Kunst sprechen, mit den Augen des anderen zu sehen. In einer Reihe von Filmen werden Themen aufgegriffen, die Gewissensentscheidungen und Zivilcourage erfordern. Auch einem Poetry-Slam dient das Leitwort als Impuls zu beflügelnder Kreativität. In Leipzig, einer Hochburg des Slam, werden dazu Slammer aus Österreich und aus ganz Deutschland erwartet.

Über 160 Musikveranstaltungen sind im Programm verzeichnet. Dazu kommen Bühnenauftritte und ein großes Straßenfest »Danke Leipzig« am Samstagabend. Zu den Highlights gehören drei Uraufführungen ganz unterschiedlicher Art: Aus Anlass des 100. Deutschen Katholikentags wird als Auftragskomposition am Donnerstagabend in der Nikolaikirche das Oratorium »Ecce homo« von Sir Colin Mawby, einem der bekanntesten zeitgenössischen englischen Komponisten sakraler Musik, uraufgeführt. Dem Stil »neue deutsche Gospel« zuzurechnen ist die Uraufführung eines Chorprojektes des Komponisten Gregor Linßen mit dem Titel »Psalm 2016«, auch am Donnerstagabend in der Oper. Am Samstagabend wird Olivier Messiaens Turangalîla-Sinfonie erstmals szenisch-tänzerisch aufgeführt. Bei der szenischen Umsetzung wirken Kinder und Jugendliche aus der Region mit.

In einem umfangreichen Filmprogramm werden aktuelle gesellschaftlich relevante Fragen thematisiert: Zivilcourage, der Alltag in Kriegsregionen, generationenübergreifendes Zusammenleben oder die Auseinandersetzung mit sexuellem Missbrauch. Ein besonderes Literaturprogramm darf in der Buch- und Literaturstadt Leipzig natürlich nicht fehlen: Autorinnen und Autoren aus Ost- und Westdeutschland, aus säkularem und religiösem Umfeld stellen ihre Sichtweisen auf alles Menschliche und zu verschiedenen Themen vor und präsentieren eigene Texte. Lesungen, Gespräche, Interviews, thematische Stadtführungen und Kreativangebote laden zum Mitgehen, Zuhören und Nachdenken ein.

Das komplette Katholikentagsprogramm, alle Zeiten und Veranstaltungsorte sind auf www.katholikentag.de/das_programm/kultur.html zu finden. Überzeugen Sie sich von der großen Palette kultureller Aktivitäten und besuchen Sie Leipzig: Der 100. Deutsche Katholikentag lädt dazu ein, den Menschen zu sehen mit seinem Glück, seiner Sehnsucht, seinem Leid und seinen Sorgen. Und jeder – egal welcher Religion, Konfession oder Weltanschauung er oder sie sich verpflichtet fühlt – ist dazu eingeladen, gemeinsam mit anderen nach Lösungswegen für die vielfältigen Probleme zu suchen.

Thomas Sternberg MdL ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)

Die Aktualität des Protestantismus in den Diskursen der Zivilgesellschaft

Anmerkungen zum Lutherjahr 2017

ANSGAR KLEIN

Das Reformationsjubiläum 2017 bietet einen guten Anlass, um sich der Bedeutung von Martin Luther und des Protestantismus auch aus Sicht der Zivilgesellschaft zu vergewissern.

Die überragende Bedeutung von Demokratie und Engagement für die Praxis der Kirchenorganisation in der Evangelischen Kirche ist hier sicherlich im starken Kontrast mit dem Zentralismus in der Katholischen Kirche zu nennen. Die Rolle der Frauen in der Kirchenorganisation ist ein weiterer Punkt der Differenz in den für die Zivilgesellschaft wesentlichen kirchenpolitischen Haltungen, ergänzt auch um die Haltung zu Lesben und Schwulen. Zeithistorisch präsent ist auch die bedeutende Rolle der Evangelischen Kirche als Schutzdach der Bürgerbewegung in der DDR. Die bedeutende Rolle beider Kirchen für die Solidaritätsbewegung ergänzt diese erste Annäherung.

Im historischen Rückblick ergibt sich freilich ein komplexes Bild, durchaus mit Widersprüchen. Ambivalent erscheint in ihren Folgen für die politische Kultur die Staatsnähe der protestantischen Kirche, die sich im Gefolge des Augsburger Religionsfriedens entwickelt hat und den jeweiligen Landesherren einen großen Einfluss ins kirchliche Geschehen gegeben hat. Die Anhänger der bekennenden Kirche gehörten in der Zeit des Nationalsozialismus in der Evangelischen Kirche eher zu einer Minderheit – groß war in der Evangelischen Kirche die Anpassung auch an den totalitären Staat. Die Tradition des Widerstands wie auch des zivilen Ungehorsams war jedoch auch hier lebendig – eindrucksvoll von Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer in sogenannte »Remer-Prozesse« in Braunschweig reaktualisiert als legitimer Widerstand gegen einen »Unrechtsstaat« auch mithilfe theologischer Expertise.

Das in der Debatte um das Widerstandsrecht gegen ungerechte Herrschaft angelegte Verständnis des zivilen Ungehorsams findet sich auch in der Haltung zu Protest und sozialen Bewegungen wieder. Akteure sozialer Bewegungen wie Martin Luther King oder in Deutschland etwa Theodor Ebert haben ihr Verständnis eines legitimen zivilen Ungehorsams immer auch aus den Traditionen des Protestantismus begründet. Im »Zivilen Friedensdienst« haben sich diese Traditionen wirkungsvoll ausgewirkt.

Kirchen und Religionsgemeinschaften sind heute mehr denn je aufgefordert, sich gemeinsam auf gemeinsame ethische Grundlagen und interreligiöse Toleranz zu verständigen und fundamentalistischen Tendenzen entgegenzutreten. Die frühen Erfahrungen staatlicher Verfolgung haben im Selbstverständnis protestantischer Assoziationen die Rolle von Menschenrechten und Bürgerrechten geschärft. Im Weltkirchenrat und an anderen Orten wird in diesem Sinne gehandelt.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Max Weber hatte die Bedeutung der protestantischen Ethik für den »Geist des Kapitalismus« betont. In Prozessen der Säkularisierung sind die tragenden Motive des Marktgeschehens in einer globalisierten Welt sicherlich profanisiert worden. Doch haben eine wachsende soziale Ungleichheit weltweit und die ökologischen Grenzen eines ressourcenintensiven Wachstums auch die Bedeutung des Protestantismus für den Diskurs um einen neuen Fortschrittsbegriff jenseits bloßen Wachstumsdenkens deutlich gemacht. Die Bewahrung der Schöpfung ist ein zentraler Gedanke des modernen ökologischen Verständnisses.

Auch ein gemeinsamer Diskurs mit der Zivilgesellschaft über soziale Bürgerrechte ist angesichts einer weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit dringend nötig. Für das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind auch die ethischen Impulse unverzichtbar, die – unlängst von Wolfgang Huber im Hightech Forum der Bundesregierung vorgetragen – unterscheiden zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit: Die Zivilgesellschaft benötig die ethischen Impulse beider Kirchen für eine verantwortliche Technikentwicklung.

Auch die Debatte um öffentliche Güter erfordert in den kommenden Jahren eine intensive Beteiligung der Kirchen. In einem modernen Verständnis von Engagementpolitik und Sozialpolitik gilt es den sogenannten »Welfare Mix«, also die Koproduktionen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, so zu entwickeln, dass dabei der Eigensinn des Engagements gewahrt und Instrumentalisierung oder Monetarisierung des Engagements vermieden werden. Derartige Koproduktionen, so das engagementpolitische Grundverständnis, sind für Engagierte, die ihre Zeit spenden und keine kommerziellen Anliegen haben, immer verbunden mit der Bedeutung der öffentlichen Güter, die durch das Engagement in Koproduktionen gestärkt werden. Die beiden christlichen Wohlfahrtsverbände zählen zu den größten Arbeitgebern Europas und sind zugleich wichtige Orte des Engagements. Im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) treffen sich die kirchennahen Organisationen zweimal im Jahr im Rahmen eines ökumenischen Arbeitskreises, um gemeinsame engagementpolitische Fragen zu erörtern. Dieses Forum ist von großer und wachsender Bedeutung, um die zivilgesellschaftliche Praxis und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

Ansgar Klein ist Gründungsgeschäftsführer (seit 2002) des BBE, Publizist und Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität

Von der Hypothese des gesunden Verstandes ausgehen

Der ungarische Literaturnobelpreisträger Imre Kertész – eine moralische Instanz – ist tot

REGINE MÖBIUS

In einer sich verändernden Gesellschaft wie der im heutigen Europa, die vor vielen Schwierigkeiten steht und sich durch ein unübersichtliches Gelände von Unwägbarkeiten den richtigen Weg sucht, ist die Stimme des klugen Beobachters, des Schriftstellers Imre Kertész, der am 31. März in Budapest starb, eine ernste Warnung und Mahnung. Er hat durch sein literarisches Werk den Alltag des Grauens innerhalb der intensivsten Form totalitärer Herrschaft – dem Konzentrationslager – in erschreckender Nüchternheit beschrieben und dadurch einer möglichen Bedrohung kultureller Werte bedrückenden Ausdruck gegeben.

Kertész erhielt 1997 den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung. Dass Literatur und Kunst überhaupt noch überdauere, verstehe sich nicht ganz von selbst, hatte er damals in seiner Dankesrede gesagt und er fuhr fort: »Schreiben kann nur bedeuten, von der Hypothese des gesunden Verstandes auszugehen – ein Umstand, der in unserer mit dem Wahnsinn der Ideologen, mit der Pest des Totalitarismus und der Ohnmacht der demokratischen Kräfte geschlagenen Epoche klar darauf hinweist, dass das Dasein der Literatur und der Kunst mit jedem Tag schwieriger wird, ja, dass ihre Situation dabei ist, gewissermaßen zu einer unnatürlichen zu werden.«

»Ich bin frei, wenn ich handle, wie ich nicht hätte sollen«

Die Auseinandersetzung mit den Romanen und Tagebüchern von Imre Kertész kann beim Leser ungeahnte Schichten zutage fördern, die bei ihm eine schreckenserregende Einsamkeit erzeugen. Dabei konfrontiert der Schriftsteller ihn mit etwas, wovon er wohl lieber nichts gewusst hätte. Dass nämlich jenes Unvorstellbare, was dort in den Lagern, auf den Schauplätzen im Roman eines Schicksallosen geschah, durchaus noch nicht das Ende ist und dass hinter den Kulissen aufgrund des verschwimmenden Geistes der Kultur vielleicht weiterhin ein Ungeist spukt, dessen Gefangene wir alle werden können. Und zwar immer auch dann, wenn wir nicht sehen wollen, sondern die trügerischen Kulissen, die schillernde Selbstvergessenheit unserer Welt als einzig existierende Wirklichkeit akzeptieren möchten. Diese Wahrheit ist es, die Imre Kertész unserem Wunsch nach möglicher Verschonung entgegensetzt.

Imre Kertész wurde am 9. November 1929 als einziges Kind jüdischer Eltern in Budapest geboren, 1944 als 14-Jähriger nach Auschwitz deportiert und von dort ins KZ Buchenwald. Nach Kriegsende und dem damit verbundenen Wunder des Überlebens arbeitete er als Journalist, Autor und als Übersetzer der Werke von Friedrich Nietzsche, Arthur Schnitzler oder Ludwig Wittgenstein.

1960 begann er die Arbeit an seinem großen Roman eines Schicksallosen. »Auch wenn ich von etwas ganz anderem spreche, spreche ich von Auschwitz«, schrieb er damals.

»Ich bin ein Medium des Geistes von Auschwitz. Auschwitz spricht aus mir.« ist in seinem Galeerentagebuch zu lesen, das Beobachtungen, Aphorismen und philosophische Betrachtungen aus seiner Zeit der inneren Emigration im sozialistischen Ungarn zwischen 1961 und 1991 enthält. Seine Arbeit als Schriftsteller wurde besonders nach dem ungarischen Aufstand von 1956 durch die kommunistische Kulturbehörde spürbar eingeschränkt.

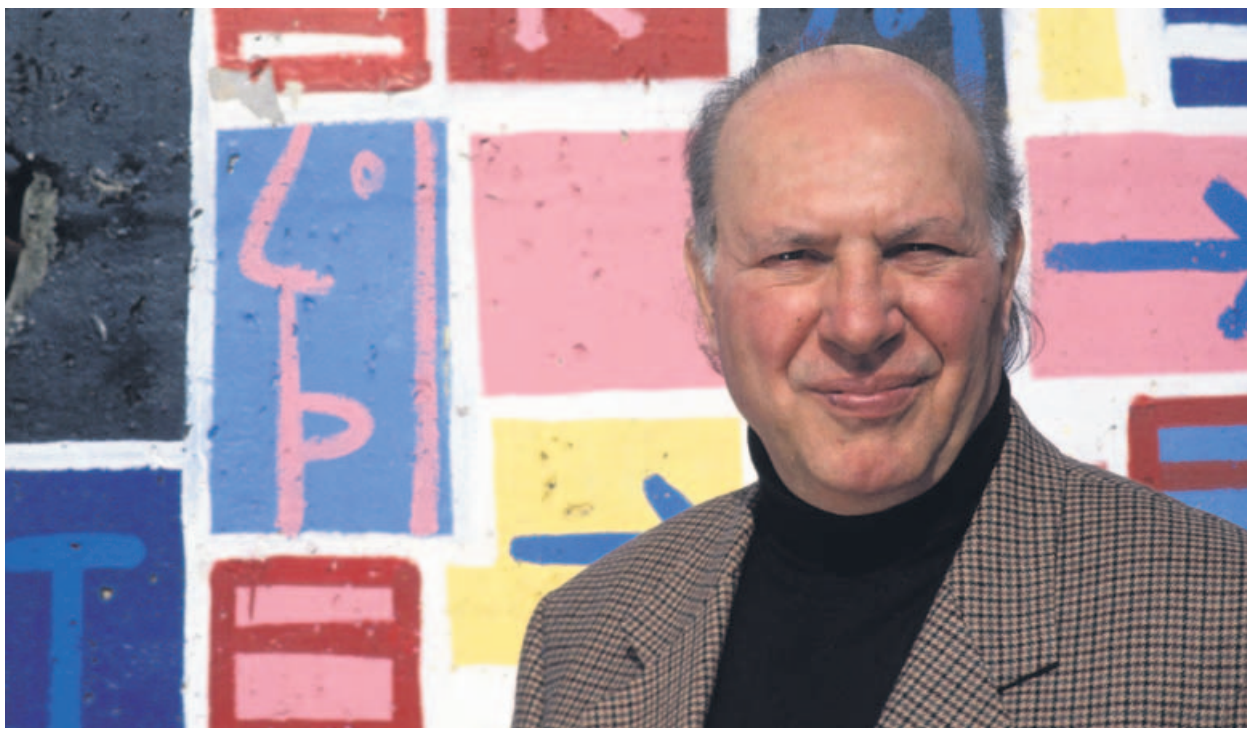


FOTO: PICTURE ALLIANCE / EFFIGIE / LEEMAGE

Imre Kertész

Ab 2001 lebte der Schriftsteller in Berlin und ging erst 2012, schwer erkrankt, zurück in seine Geburtsstadt.

Als Kertész 2002 den Literaturnobelpreis für sein Gesamtwerk bekam, war die Zustimmung ungeteilt. Er war eine literarisch-moralische Instanz. Die Begründung der Schwedischen Akademie in Stockholm hob hervor, dass der Holocaust-Überlebende in seinem Werk »die zerbrechliche Erfahrung des Einzelnen gegenüber der barbarischen Willkür der Geschichte behauptet«.

Bei einem Besuch der Gedenkstätte Buchenwald erinnerte er 2003 an seine Zeit als KZ-Häftling und schlug dabei den Bogen in die Gegenwart: »Gefordert ist damals wie heute der Mut zum Widerspruch und die Bereitschaft, schon den Anfängen extremistischer Tendenzen entgegenzutreten.«

Der Roman eines Schicksallosen bildet zusammen mit den Bänden Fiasko, Kaddisch für ein nicht geborenes Kind und Liquidation eine sogenannte »Tetralogie der Schicksallosigkeit«.

Imre Kertész war zu seinen Lesern nicht weniger schonungslos als zu sich selbst. Sein gesamtes schriftstellerisches Werk ist umklammert von Widersprüchlichkeit: Einerseits forderte er, sehen zu lernen, scharf und unerbittlich, und sei es gegen sich selbst – andererseits weiß er, dass sich der Einzelne mit diesem Sehen kaum erlösen kann, geschweige denn die Welt. Diese Einsicht gehört zum Schreckenserregenden seiner Bücher und ist wohl das Aufwühlende an Kertész' Literatur, die wenig Zweifel daran lässt, dass Auschwitz nicht eigentlich zu Ende und Kafka aktueller denn je ist. Durch das beschriebene Leid hindurch, die Leidenswege, das Höllische der Lager, die Schrecken der faschistischen Gesinnung, durch das jüdische Schicksal wird eine Sehnsucht nach unverletzter Freiheit geweckt. Aber was ist diese Freiheit? In Kaddisch für ein nicht geborenes Kind finden wir eine vielleicht überzeugende Antwort: »Ich bin frei, wenn ich handle, wie ich nicht hätte sollen. Freiheit heißt, der Versuchung zu widerstehen. Nicht nur der des Bösen, auch der Versuchung des Guten, (…)« Es ist ein Zeichen der Versöhnung, dass das persönliche Archiv Imre Kertész mit einem umfänglichen Gesamtwerk sich in der Berliner Akademie der Künste befindet.

Regine Möbius ist Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates und Stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbands deutscher Schriftsteller

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist.
Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

MAINZER KAMMERORCHESTER E.V., MAINZ, RHEINLAND-PFALZ

- Gründung: 1955
- Tätigkeitsfeld: Orchester
- Finanzierung: Mitgliedsbeiträge, Land Rheinland-Pfalz, Sponsoren und Konzerteinnahmen
- Homepage: www.mainzer-kammerorchester.de

FOTO: MAINZER KAMMERORCHESTER

1

Das 1955 von Günter Kehr gegründete Mainzer Kammerorchester präsentiert pro Jahr 30 bis 50 Konzerte in unterschiedlicher Besetzungsgröße – von Kammermusik über Barockensemble bis zur Sinfonietta-Stärke, meist ohne Dirigenten.
Das Ensemble spielt regelmäßig unter anderem in Mainz, im Kloster Eberbach, der Binger Rochuskapelle oder im Kurhaus Wiesbaden und ist neben der regionalen Präsenz auch bundesweit sowie international auf Konzertreisen. Das Jahresbudget des Orchesters von rund 100.000 bis 130.000 Euro setzt sich aus Konzerteinnahmen, Mitgliedsbeiträgen, Sponsoren-Unterstützungen und den Fördermitteln des Landes Rheinland-Pfalz (13.000 Euro) zusammen.
Der bisherige, ehrenamtlich tätige, Intendant und Geschäftsführer zieht sich nun aus Altersgründen aus seinem Amt zurück. Die benötigten Personalkosten für die Nachfolge dieser umfangreichen Tätigkeit kann das Mainzer Kammerorchester aus den vorhandenen Mitteln nicht finanzieren; diese Mittel sind bisher nicht gefunden.

MUSEUM MORSBROICH, LEVERKUSEN, NRW

- Gründung: 1951
- Tätigkeitsfeld: Museum für zeitgenössische Kunst
- Finanzierung: Stadt Leverkusen
- Homepage: www.museum-morsbroich.de

FOTO: MUSEUM MORSBROICH

3

Das im Schloss Morsbroich beherbergte Museum für zeitgenössische Kunst gehört nunmehr seit über 60 Jahren zu den bedeutendsten Häusern für Gegenwartskunst in Nordrhein-Westfalen. Die Sammlung umfasst mehr als 600 Werke der Malerei und Plastik sowie etwa 5.000 Arbeiten auf Papier, darunter Werke von Joseph Beuys, Gerhard Richter, Günther Uecker, Yves Klein oder Alexander Calder. Zehn bis zwölf Mal im Jahr zeigen wechselnde Ausstellungen das internationale Spektrum zeitgenössischer Kunst.
Um die Sparvorgaben der verschuldeten Stadt Leverkusen erfüllen zu können, schlagen Wirtschaftsprüfer der Prüfungsgesellschaft KPMG nun in einem Gutachten die Schließung des Museums vor.
Der Leverkusener Stadtrat hat sich bereits mehrheitlich gegen die Museumsschließung ausgesprochen. Bis Ende Juni muss die Stadt jedoch einen konkreten Vorschlag zur Umsetzung der Sparmaßnahmen vorlegen, da der Kulturhaushalt um insgesamt 1,1 Millionen Euro entlastet werden soll.

DEUTSCHE ZENTRALBIBLIOTHEK FÜR MEDIZIN (ZB MED), KÖLN/BONN, NRW

- Gründung: 1973
- Tätigkeitsfeld: Fachbibliothek
- Finanzierung: Bund und Länder
- Homepage: www.zbmed.de

FOTO: ZB MED

2

Das ZB MED – Leibniz-Informationszentrum Lebenswissenschaften an den Standorten Köln und Bonn ist die zentrale Fachbibliothek für Medizin, Gesundheitswesen, Ernährungs-, Umwelt- und Agrarwissenschaften in Deutschland.
Mit 1,6 Millionen Büchern und Zeitschriftenbänden im Bestand ist ZB MED mit seinem Fächerspektrum weltweit einzigartig und ein unverzichtbarer Teil des Wissenschaftsstandorts Deutschland. ZB MED versorgt Wissenschaft, Forschung, Studierende und sonstige Interessierte mit Fachliteratur und Information und ist Vorreiter im Bereich Open Access. Als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft wird ZB MED derzeit noch von Bund und Ländern finanziert. Als Ergebnis einer Evaluation der Arbeit von ZB MED hat der Senat der Leibniz-Gemeinschaft nun das Ende der Finanzierung durch Bund und Länder empfohlen. Begründet wird dies damit, dass es ZB MED in den vergangenen Jahren nicht in dem notwendigen Maß gelungen sei, sich auf die erheblichen Veränderungen im Fachinformationswesen einzustellen.

INSTITUT FÜR THEATERWISSENSCHAFT, UNIVERSITÄT LEIPZIG, SACHSEN

- Gründung: 1994
- Tätigkeitsfeld: Institut für Theaterwissenschaft
- Finanzierung: Freistaat Sachsen
- Homepage: theaterwissenschaft.gko.uni-leipzig.de

FOTO: CHRISTIANE RICHTER

4

Zwei Jahre lang war die Existenz des Instituts für Theaterwissenschaft an der Universität Leipzig gefährdet. Im März 2014 nahm Politik & Kultur das durch Sparauflagen des Landes von der Schließung bedrohte Institut erstmals in die Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen auf.
Eine Welle des Protests gegen die Gefahr der Schließung, prominente Unterstützer und Fürsprecher aus Politik, Kultur und Wissenschaft sowie ein überzeugendes Konzept für die Fortführung der Leipziger Theaterwissenschaft haben am Ende zum Erfolg geführt: Die Zukunft des Instituts ist gesichert.
Zum kommenden Wintersemester eröffnet das Institut für Theaterwissenschaft zwei neue Studiengänge, den Bachelor-Studiengang »Theaterwissenschaft transdisziplinär« und den Master-Studiengang »Theaterwissenschaft transkulturell – Geschichte, Theorie, Praxis«. Gleichzeitig nimmt das neugeschaffene »Centre of Competence for Theatre« seine Arbeit auf, das den Austausch von Kunst und Wissenschaft in Lehre und Forschung fördern soll.

BISHER VORGESTELLTE GEFÄHRDETE INSTITUTIONEN

Institution, Bundesland	Aktuelle Gefährdung	( ) = bei Erstaufnahme
Ateliers hinterm Hauptbahnhof, Karlsruhe, Baden-Württemberg	1	(1)
The English Theatre, Frankfurt am Main, Hessen	3	(3)
Projekte und Strukturen der kulturellen Bildung an hesischen Schulen	4	(3)
»Mechaje« - Jüdisches Theater Rostock, Meckl.-Vorpomm.	2	(2)
Die Wiesenburg, Berlin	1	(1)
Burghofbühne Dinslaken, NRW	3	(3)
Internationales Keramik-Museum, Weiden, Bayern	1	(1)
Kunst- und Kulturcafé am Campus, Essen, NRW	0	(0)
Belgisches Haus, Köln, NRW	0	(2)
Deutsches Museum, Bonn, NRW	1	(1)
Phonet. Sammlung der Martin-Luther-Univ. Wittenberg, S.-Anhalt.	3	(2)
Kultursendungen des Bayerischen Rundfunks, Bayern	0	(1)
KDH-Hallen/ Maschinenfabrik Humboldt, Köln-Kalk, NRW	2	(2)
Singer-Songwriter-Wettb. »Troubadour«, Berlin	0	(1)
Stadttheater Cöpenick, Berlin-Köpenick	1	(1)
Int. Studiengang Journalistik, Hochschule Bremen	1	(1)
Bachfestival Arnstadt, Thür.	4	(2)
Institut für Bildung, Medien und Kunst Lage-Hörste, NRW	0	(1)
Bibliothek am Berliner Platz, Erfurt, Thüringen	4	(1)
Theater- und Orchester GmbH Neubrandenburg/ Neustrelitz	2	(2)

Die vollständige Liste finden Sie unter www.kulturrat.de/rote-liste-kultur

Keilschrift versus Singen

Der Altorientalist Markus Hilgert im Porträt

ANDREAS KOLB

Markus Hilgert ist Altorientalist und Direktor des Vorderasiatischen Museums im Pergamonmuseum, Staatliche Museen zu Berlin. Für den Laien hört sich seine Berufsbezeichnung nach einem Leben in der Zurückgezogenheit von Lesesälen, am Studiertisch und im musealen Kontext an. Wie lebendig und heutig dieser Beruf sein kann und wie er im Falle von Markus Hilgert zur Berufung geworden ist, wird schnell offenbar, wenn man mit dem Altorientalisten Jahrgang 1969 ins Gespräch kommt. Bereits nach wenigen Sätzen hat er einen mit hineingezogen in eine faszinierende Welt der Altertümer, etwa wenn er schildert, wie er über die babylonische Prozessionsstraße geht und wie es ihn stets aufs Neue durchschauert, wenn er an deren Ende durchs Ischtartor tritt.

»Das ist ein ganz einzigartiger Moment bis heute für mich«, sagt er, »ich fühle mich dadurch dem Altertum, auch dem Raumerleben im Altertum näher. Zum anderen werde ich immer wieder von der Wucht der musealen Vision ‚umgeworfen', die 1928 von dem Architekten Walter Andrae realisiert worden war. Wie man zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit sehr schlecht erhaltenen Fundstücken aus Babylon eine solche Architekturrekonstruktion geschaffen hat, und diese auf einer Museumsinsel inszenierte – diese kreative Vision und diese Durchsetzungskraft nötigen mir Respekt ab.« Dabei ist Hilgert gerade selbst dabei, das Vorderasiatische Museum in der nächsten Dekade sowohl was die Vermittlung als auch was den wissenschaftlichen Anspruch angeht, in eines der weltweit modernsten Museen für den Alten Orient zu verwandeln.

© STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN – VORDERASIATISCHES MUSEUM / FOTO: OLAF M. TESSMER

Markus Hilgert

Altorientalistik hat weniger mit Archäologie als vor allem mit Texten zu tun. Markus Hilgert wusste schon als Grundschüler, dass er später einmal »etwas mit Sprachen machen möchte«. Im Gegensatz zu seinen Mitschülern begnügte er sich allerdings nicht mit dem Erwerb der deutschen Sprache und ihrer Schriftform. Seine große Faszination für die Kulturen des Altertums führte dazu, dass Hilgert bereits als 13-Jähriger damit anfing, Altägyptisch zu lernen. Mit 15, 16 kam die ernsthafte Beschäftigung mit der Orientalistik, vor allem Mesopotamien und er begann die Keilschrift zu studieren und zu erlernen.

Von 1976 bis 1990 war Hilgert aktives Mitglied der Limburger Domsingknaben und betrieb auch das Klavierspiel und die Kirchenorgel sehr intensiv. Bei den Limburger Domsingknaben erhielt er Unterricht in Chorleitung und Harmonielehre, kam durch Konzertreisen relativ früh von zu Hause weg und wäre der Musik zuliebe der Altorientalistik beinahe verloren gegangen. Der junge Hilgert dachte ernsthaft darüber nach, ob er in Richtung Kirchenmusik gehen sollte. Den Ausschlag gab schließlich die folgende Überlegung: »Würde ich Altorientalistik machen, könnte ich nebenbei die Musik behalten, während das andersrum vermutlich nicht so gewesen wäre; mit der Musik hätte ich mich nie so tief in den Orient einarbeiten können, wie ich es tatsächlich dann gemacht habe.«

Der Kulturgutschutz ist eine Herausforderung globalen Ausmaßes

Sein Schlüsselerlebnis war eine Reise nach Palmyra als Student in den 1990er Jahren. Die prominente Weltkulturerbe-Stätte mit ihrem relativ guten archäologischen Erhaltungszustand und die Lage in der Wüste hatten ihn derart beeindruckt, dass er sich definitiv für das Studium von Keilschrift und altorientalischen Kulturen entschied.

Von 1990 an studierte Hilgert Altorientalistik, Semitistik, Vergleichende Religionswissenschaften und Vorderasiatische Archäologie an den Universitäten Marburg, München und Chicago. Von da an durchlief er zügig verschiedene Stationen der wissenschaftlichen Karriere: von 1998 bis 2007 an der Universität Jena, von 2007 bis 2014 war er Professor für Assyriologie mit Schwerpunkt Sumerologie an der Universität Heidelberg. In diese Zeit fällt auch seine Tätigkeit als Vorsitzender der baden-württembergischen Expertenkommission zur »Situation der Kleinen Fächer«, die ihren Abschlussbericht am 26. März 2015 veröffentlichte (siehe auch Leitartikel der P&K 2/2016).

Seit 2015 ist Hilgert Mitglied im Expertenteam des »Emergency Safeguarding of the Syrian Cultural Heritage Project« der UNESCO. Und damit ganz in der Gegenwart der Altorientalistik angekommen. Angesichts der unermesslichen humanitären und kulturellen Katastrophe in Ländern wie Irak, Syrien, Jemen oder Libyen fühlt man sich in diesen Tagen wie ein ohnmächtiger Zuschauer eines erbarmungslosen Zerstörungswerkes an Menschen und ihrer kulturellen Identität. Doch der Schein trügt. »Wir sind keineswegs hilflos!«, sagt Hilgert und schlägt ein 12-Punkte-Programm für nachhaltigen Kultur- und Naturgutschutz in Krisensituationen vor. Welche vorbeugenden Maßnahmen, aber auch welche konkreten Reaktionen auf akute Bedrohung darin vorgeschlagen werden, ist in Hilgerts Artikel »Wir sind nicht hilflos« in Ausgabe November-Dezember dieser Zeitung (6/2015, Seite 7) nachzulesen. »Wir müssen erkennen«, sagt der Autor, »dass der Kulturgutschutz eine Herausforderung globalen Ausmaßes ist.«

Betrachtet man öffentliche Sammlungen archäologischer Objekte, wird schnell offensichtlich, dass diese, wenn nicht im kolonialen Kontext, so doch zumindest in einem Kontext machtpolitischer Asymmetrie entstanden sind. »Kernaufgabe von Museen wie dem Vorderasiatischen Museum ist es«, so Hilgert, »mit dieser historischen Hypothek umzugehen.« Für den Direktor des Vorderasiatischen Museums bedeutet dies, lückenlose Provenienzforschung für die archäologischen Bestände zu betreiben und zu versuchen, den Herkunftsländern gegenüber auskunftsfähig und rechenschaftsfähig über den Weg der Objekte in die Sammlungen zu sein. »Kommunikation auf Augenhöhe ist für mich die Überwindung der kolonialen oder imperialen Asymmetrie. Mit dieser Grundhaltung leisten wir langfristig vielleicht sogar den größten Beitrag zur nachhaltigen Sicherung unseres gemeinsamen Kultur- und Naturerbes.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Lesen bildet.

Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Arbeitsmarkt Kultur: Vom Nischenmarkt zur Boombranche

ISBN: 978-3-934868-28-1
322 Seiten für € 18,80

Disputationen: Reflexionen zum Reformationsjubiläum 2017

2. erweiterte Auflage!
ISBN: 978-3-934868-29-8
200 Seiten für € 14,80

Islam · Kultur · Politik Über ein kulturpolitisches Spannungsfeld

ISBN: 978-3-934868-31-1
404 Seiten für € 18,80

Kulturpolitik auf den Punkt gebracht: Kommentare und Begriffe von Olaf Zimmermann

ISBN: 978-3-934868-32-8
139 Seiten für € 9,80

TTIP, CETA & Co.: Die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Kultur und Medien

2. erweiterte Auflage!
ISBN: 978-3-934868-39-7
308 Seiten für € 18,80

Altes Zeug: Beiträge zur Diskussion zum nachhaltigen Kulturgutschutz

ISBN: 978-3-934868-38-0
348 Seiten für € 18,80

Politik & Kultur

Es werde Licht

Über das Anthropozän, ein neues geologisches Zeitalter.
Seiten 19 bis 28

FOTO: NASA GSFC

THEMA

Vom Einfluss der menschlichen Kultur auf die Natur

Das Anthropozän oder warum der Rückgang der Schmetterlingspopulation eine Kulturfrage ist

OLAF ZIMMERMANN

Wie kann ich mir selbst die Idee des Anthropozäns erklären? Für einen schon in seiner Jugend durch »Raumschiff Enterprise« geprägten Menschen ist der Vergleich zur Obersten Direktive der Föderation der vereinigten Planeten vielleicht hilfreich: Die Oberste Direktive enthält, wie natürlich jeder einigermaßen gebildete fernsehschauende Mensch unserer Tage weiß, ein verbindliches Nichteinmischungsprinzip in die internen Angelegenheiten anderer Zivilisationen. Ganz besonders, solange diese noch keine Warp-Technologie entwickelt haben, also ihr Sonnensystem aufgrund ihres Unvermögens deutlich schneller als das Licht zu fliegen, nicht verlassen können. Solche »Prä-Warp-Zivilisationen« genießen den besonderen Schutz ihrer kulturellen und geistigen Entwicklung vor Einflüssen aus höher entwickelten Zivilisationen. Die oberste Direktive schließt ein prinzipielles Verbot aller Maßnahmen ein, die geeignet sein könnten, die natürliche Entwicklung einer »Prä-Warp-Zivilisation« zu verändern, selbst wenn dies unter den besten Absichten oder unbemerkt geschähe.

Solch eine Direktive gibt es auf der Erde unserer Tage nicht. Im Gegenteil, die Beeinflussung von Kulturen untereinander ist nicht nur zulässig, sie ist über Jahrtausende sogar der vielleicht stärkste Antrieb für die kulturelle Entwicklung, wenn es auch immer wieder Phasen in der Menschheitsgeschichte gab und gibt, in der eine Nichteinmischung, was oft Nichtvermischung meint, gewünscht wird. Die PEGIDA-Bewegung unserer Tage gehört dazu.

Doch bei der Idee des Anthropozäns geht es nicht um die Beeinflussung verschiedener Kulturen untereinander, sondern um die Einflüsse der menschlichen Kultur auf die Natur, also unsere Umwelt. Gerne nennen wir diese Umwelt natürlich, obwohl gerade dieses Attribut wegen des überall auf der Erde bemerkbaren Einflusses des Menschen schlicht irreführend ist. Bei dem Wort »natürlich« assoziieren wir sofort »ursprünglich«, »unberührt«, »rein«, »sauber«, also zumindest nicht künstlich. Doch dieses Ideal von natürlicher Natur ist eine Fiktion, überall, wo die menschliche Kultur ihre Spuren hinterlassen hat, ist die Unberührtheit dahin. Heute sind diese menschlichen Kulturspuren in den tiefsten Tiefen der Meere, auf den höchsten Bergen und sogar im »ewigen« Eis zu finden.

Der unter den Anthropozänforschern bitter geführte Streit, seit wann die menschliche Kultur den letzten Fleck unberührte Natur berührt hat, interessiert mich wenig. Ich finde es viel spannender, die Auswirkungen dieses heute nicht mehr ernsthaft zu bestreitenden Umstands auf Kultur und Natur zu diskutieren.

Kultur, vom lateinischen cultura »Bearbeitung«, »Pflege«, »Ackerbau«, bezeichnet im weitesten Sinne alles, was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt, im Unterschied zu der von ihm nicht geschaffenen und nicht veränderten, also natürlichen Natur. Wenn es diese Natur aber jetzt nicht mehr gibt und wir Menschen überall unsere Finger im Spiel haben, ist alles Kultur.

Für mich ist dieser Befund nicht, wie in manchen Diskussionen zum Anthropozän zu verfolgen, moralisch zu bewerten. Die Idee, dass mit weniger kultureller Beeinflussung die Natur »besser«, weil »unberührter« sei, ist aus der Sicht eines Menschen doch eher eine akademische, denn eine praktische Frage. Ohne Zweifel wäre die Natur ohne den Menschen nicht Kultur, aber so weit geht dann die Naturliebe auch des größten Umweltschützers wohl doch nicht. Das bedeutet aber gerade nicht, dass der Mensch keine Verantwortung für seine Umwelt hätte. Gerade weil er der universelle Gestalter ist und obwohl er diese Gestaltung auch nicht einfach abstellen kann, ist er für sein Tun, also die Art und Weise der Gestaltung mit all ihren Auswirkungen, verantwortlich. Er trägt Verantwortung für das Artensterben, die Erderwärmung und den Raubbau an den Schätzen der Natur. Eine Kultur, die im Zeitalter des Anthropozän die Umwelt zerstört, zerstört sich selbst.

Wäre die Natur ohne kulturelle Beeinflussung durch den Menschen »besser«?

Doch was bedeutet das für einen Kulturverband wie den Deutschen Kulturrat? Es ändert die bislang schön aufgeteilten Verantwortlichkeiten. Die einen kümmern sich um die Natur, die anderen um die Kultur. Die einen sind Naturwissenschaftler, die anderen Kulturwissenschaftler, die einen sind Umweltpolitiker, die anderen sind Kulturpolitiker, die einen engagieren sich in Umweltverbänden, die anderen in Kulturverbänden. Diese Aufteilung ist nicht mehr zeitgemäß. Wir müssen im Zeitalter des Anthropozän mehr Verantwortung übernehmen, denn auch der dramatische Rückgang der Schmetterlingspopulation ist eine Kulturfrage.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Vom Parasitismus zur Symbiose

Zu den Hauptebenen des Anthropozän-Konzepts

REINHOLD LEINFELDER

Willkommen im Anthropozän, so der Titel unserer derzeit laufenden Sonderausstellung am Deutschen Museum in München (siehe S. 27) – aber ist uns das Anthropozän auch wirklich willkommen? Ist das Anthropozän nicht schlecht – die Beschreibung allen Übels, das die Menschheit dieser Erde angetan hat? Oder ist es gut? Oder liefert es nur die positivistische Rechtfertigung für noch stärkere Eingriffe, also dafür etwa mit atmosphärischer Sonnenabschattung oder Verklappung von CO2 den Klimawandel aufzuhalten, also wieder schlecht? Solche Fragestellungen, die wir teilweise auch mit dem »Anthropozän-Projekt« am Haus der Kulturen der Welt aufgegriffen hatten, zeigen wieder einmal, wie sehr wir versucht sind, Neues und Unbekanntes möglichst sofort in binäre Kategorien wie »gut oder schlecht«, «richtig oder falsch» einzuteilen. Dabei wird das vielleicht Spannendste am Anthropozän-Konzept übersehen, nämlich die Herausforderung in unserer Vorstellung solche Dualismen aufzugeben zugunsten eines vielfältigen Spektrums von Einteilungen, Denkansätzen und Problemlösungen. Dabei müssen – auch hinsichtlich der notwendigen Fokussierung von Konzeptkritik – die unterschiedlichen Ebenen des Anthropozän-Ansatzes allerdings auseinandergehalten werden – mit anderen Worten, wir müssen wissen, worüber wir jeweils reden und debattieren.

Das Anthropozän-Konzept ist in mindestens drei Hauptebenen zu gliedern. Die ersten beiden, die Erdsystem- und die geologisch-stratigraphische Ebene sind rein wissenschaftlich, die dritte, nennen wir sie die »Verantwortungsebene«, ist ein gesellschaftliches Derivat aus den beiden ersten.

FOTO: NORADOA / FOTOLIA.COM

Rebstöcke in der Region »La Rioja« in Spanien

Die Geburtsstunde der Anthropozän-These ist – ohne hier auf historische Vorläufer (z. B. die Geologen Antonio Stoppani und Vladimir Wernadski) eingehen zu können – eine Tagung der Erdsystemwissenschaftler im Jahr 2000 in Mexiko. Auf Basis vorliegender Daten der Erdsystemwissenschaften – diese beschäftigen sich mit Wechselwirkung zwischen Lithosphäre, Pedosphäre, Hydrosphäre, Biosphäre, Atmosphäre und zunehmend den Soziosphären bzw. der Anthroposphäre – stellte Crutzen die These auf, dass die Menschheit das Erdsystem in einer Weise verändert hat, die diese Veränderungen unumkehrbar macht. Nur noch knapp ein Viertel der eisfreien festen Erde kann als Ur-Natur angesehen werden, d. h. der weitaus größere Teil ist durch menschliche Einwirkung geprägt, was zunehmend auch für die Meere gilt. Wir tragen ganze Berge ab, schneiden Täler ein, lassen Seen entstehen oder austrocknen, regulieren den Lauf von Flüssen und Strömen, sogar den Meeresspiegel heben wir an. Unsere Jahresproduktion an Plastik – die teils als Abfall in den Weltmeeren endet – entspricht in etwa der Biomasse aller lebenden Menschen. Wir homogenisieren mit unseren wenigen Nutzpflanzen die Pflanzenwelt. Durch den von Menschen verursachten CO2-Ausstoß wirken wir massiv auf das Klima ein.

Das alles ist zwar grundsätzlich bekannt, das globale Ausmaß und die Unumkehrbarkeit dieser Prozesse aber weitgehend verdrängt. Die zweite, ebenfalls von Crutzen formulierte These betrifft die geologische Relevanz und globale Überlieferungsfähigkeit dieser Erdsystemänderungen: Auf dieser Grundlage hielt Crutzen es für notwendig, eine neue erdgeschichtliche Epoche auszurufen. Die eingehende Untersuchung dieser beiden Thesen bildet den wissenschaftlichen Kern des Anthropozän-Konzepts. Die Internationale Stratigraphische Kommission, die offizielle geologische »Behörde« der Stratigraphie, hat zur Prüfung der Thesen eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe (zu der der Autor gehört) eingerichtet, die gegebenenfalls auch eine formale geologische Definition vorschlagen wird. Um einheitliche Referenzpunkte für den Austausch über Geschehnisse vergangener erdgeschichtlicher Zeiten zu haben, bedienen sich Geowissenschaftler und Erdsystemforscher der Stratigraphie. Basierend auf einer ganzen Reihe von Untersuchungen ist die Mehrheit der Arbeitsgruppe derzeit dafür, den Beginn des Anthropozäns auf die Mitte des 20. Jahrhunderts zu datieren; von diesem Zeitpunkt an sind neue bzw. nun dominant auftretende »Technofossilien« wie Plastikpartikel, elementares Aluminium, Betonrelikte, Aschepartikel aus industriellen Verbrennungsprozessen global in den Sedimenten nachweisbar, daneben auch radioaktiver Fallout aus Atomwaffentests. Auch andere Vorschläge zur Grenzziehung werden diskutiert, etwa der Beginn des Neolithikums, das Zeitalter der »großen Entdeckungen« oder die ersten Jahrzehnte der Industrialisierung um 1800. Die erdsystemische und die stratigraphisch-geologische Sicht, eigentlich zwei unterschiedliche Ansätze, konnten inzwischen zu einer äußerst fruchtbaren Kooperation beider Wissenschaftsgruppen zusammengeführt werden. Aber auch viele weitere Fachdisziplinen aus Kultur-, Sozial- und Geisteswissenschaften sind eingebunden. Durch die integrierte Betrachtungsweise ergibt sich etwa die Möglichkeit, historische Daten aus der Archäologie und der Geschichtsforschung eng mit der Entwicklung der Erde zu korrelieren. Da nicht alle historischen Fakten durch den Menschen auch aufgezeichnet wurden, existiert ein großer Mehrwert: Die Anthropozän-Geologie macht die Ausbreitung von Nutzpflanzen, das Ausbringen giftiger Schlacken oder den Impact von Plastik völlig unabhängig von historischen Aufzeichnungen nachvollziehbar.

Aus dem wissenschaftlichen Befund resultiert die dritte, ebenfalls bereits von Paul Crutzen mitgedachte Ebene, die Verantwortlichkeit der Menschheit, gleichsam als Imperativ zum Handeln: Wenn es schon kaum mehr unberührte Natur gibt und wir mit unserem kumulativen Tun ein dominanter Erdsystemfaktor und eine geologische Kraft geworden sind, gibt es keinen wirklichen Unterschied mehr zwischen Natur und Kultur. Die Menschheit muss sich als dem Erdsystem zugehörig begreifen. Wir können nicht vom Erdsystem, sondern nur mit dem Erdsystem leben. Wir sind nicht von einer Umwelt umgeben, sondern wir leben in einer von uns entscheidend geprägten »Unswelt«… Wenn wir zu dieser immensen geologischen Kraft geworden sind, wenn wir das Erdsystem an den Rand eines möglichen Kippens gebracht haben – im Sinne von kaum mehr vorhersagbaren raschen Änderungen, dann müssten wir es doch schaffen – das ist die gute Nachricht – auf Basis unseres Wissens die Erde gleichsam »wissensgärtnerisch« so zu gestalten, dass innerhalb eines funktionsfähigen anthropozänen Erdsystems Gerechtigkeit für gegenwärtige und künftige Generationen erreicht wird. Die eigentliche Herausforderung des Anthropozän-Konzepts ist damit ein völliges Umdenken: Alles, was ich und andere tun, wirkt sich auf das Erdsystem aus, oftmals in ganz unerwarteter und nicht vorhersehbarer Form. Jeder einzelne und alle Gemeinschaften sind in der Verantwortung. Die Politik oder auch die Wirtschaft alleine können unsere erdsystemische Integration nicht gewährleisten. Die Nutzung der Erde durch alle verpflichtet eben auch alle zu einer verträglichen, nachhaltigen, ja vielleicht sogar in gewisser Weise mehrenden Nutzung. Der Gegensatz von menschlichen Notwendigkeiten versus Eigenwert der Natur (also anthropozentrisch versus bio-/physikozentrisch) zeigt sich durch das Anthropozän-Konzept als aufgelöst. Wenn das Wohl der Menschheit vom Wohl der Natur abhängt, und umgekehrt das Wohlergehen der Natur vom erdsystemverträglichen Handeln der Menschen, dann wäre aus dem anthropozentrischen Parasitismus eine echte Symbiose von Mensch und Natur geworden.

In die Zukunft führt kein vorgegebener schmaler Pfad, vielmehr darf vieles gedacht, erprobt und vielleicht auch umgesetzt werden, solange sich die globalen Entwicklungswege der Menschheit innerhalb der planetaren Leitplanken bewegen

Wie wäre dieses Ziel zu erreichen? Könnte diese systemische Verbundenheit mit der Natur nicht über eine Erneuerung von Bildern aus kulturellen Traditionen veranschaulicht werden? Bilder, die – abseits jeder Öko-Romantik – zu Bewusstsein bringen, dass fossile Energieträger endlich sind und ebenso auch andere Rohstoffe wie etwa Eisen, Aluminium und das für die Ernährung unabdingbare Phosphat, oder dass auch die Grundbausteine für Plastik, Beton, Elektronik einen erdgeschichtlichen Entstehungsprozess durchgemacht haben. Es sollte bewusst werden, dass die kulturelle und soziale Entwicklung der Menschheit, die Sesshaftigkeit und Ausdifferenzierung menschlicher Gesellschaften überhaupt nur unter den stabilen Umweltbedingungen in der Nacheiszeit, dem Holozän möglich waren. Apokalyptische Narrative sind allerdings kein Lösungsansatz, sie schüren eher Ohnmachtsfantasien als zum Handeln zu motivieren. Kultur, Bildung, Wissenschaften und Entrepreneure sollten mit neuen optimistischen Narrativen, Verortungen, Interventionen, Experimenten und Prototypen der Politik und der gesamten Gesellschaft helfen, neue und vielfältige Lösungsansätze zu entwickeln. Wie begegnen wir existierenden Problemen? Welche Reparaturmöglichkeiten haben wir? Liegt die Lösung im Verzicht, ist weniger doch mehr? Oder wäre gar eine neue Überflussgesellschaft die Lösung, sofern unser ganzes Wirtschaften nach dem Vorbild der Natur im Sinne einer Kreislaufwirtschaft funktioniert und die dafür notwendige Energie erneuerbar ist? Oder sind vielmehr völlig neue Hightech-Ansätze das probate Mittel? Möglicherweise überschreitet vieles davon noch unser Vorstellungsvermögen, weshalb wir manches versuchsweise ausprobieren sollten. So könnte spielerisch betont werden, dass jeder von uns das Steuerrad der Globalisierung z. B. in der Küche selbst in der Hand hat. Viele Wege können in ein zukunftsfähiges Anthropozän führen. Um sie zu finden, sollten wir Vorstellungen von möglichen Zukünften entwickeln und ansatzweise auch erproben. Dazu möchte das im Entstehen begriffene Haus der Zukunft in Berlin beitragen, indem es Lust auf Zukunft macht, die Gestaltbarkeit der Zukunft aufzeigt, wahrscheinliche, mögliche und vor allem auch wünschbare Zukünfte im Anthropozän diskutiert, visualisiert und partizipativ erarbeitet. Dabei wird die enge Kooperation von Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft unterstrichen. Das Anthropozän-Konzept liefert dafür ein sinnvolles, breites Experimentierfeld: In die Zukunft führt kein vorgegebener schmaler Pfad, vielmehr darf vieles gedacht, erprobt und vielleicht auch umgesetzt werden, solange sich die globalen Entwicklungswege der Menschheit innerhalb der planetaren Leitplanken bewegen.

Reinhold Leinfelder ist Geologe, forschte und lehrte an den Universitäten Mainz, Stuttgart, München (LMU) und Berlin (HU, FU). Er war Generaldirektor der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns (2003-2005) sowie des Museums für Naturkunde Berlin (2006-2010). Seit September 2014 ist er Gründungsdirektor der Haus der Zukunft gGmbH in Berlin

www.reinhold-leinfelder.de,
www.hausderzukunft-deutschland.de

Die Geologie der Menschheit

Michael Müller im Gespräch mit Paul J. Crutzen

Im Jahr 2000 haben Sie vorgeschlagen, die heutige Erdepoche Anthropozän zu nennen. Was ist Ihr Fazit heute?
Ich habe Zweifel, ob wir schon bereit sind, das Anthropozän als geoökologischen Fakt anzuerkennen. Die Debatte findet fast nur unter Naturwissenschaftlern statt, viel zu wenig in der Politik und in der Gesellschaft. Vor allem bei den Sozial- und Geisteswissenschaftlern ist noch viel zu tun.

Was verstehen Sie unter Anthropozän?
Ich finde den Begriff überzeugend, dennoch ist die Frage nicht einfach zu beantworten. Am Anfang fand der Vorschlag wenig Beachtung. Das änderte sich Ende des letzten Jahrzehnts, auch weil sich die Fakten globaler Umweltgefahren nicht mehr leugnen oder ignorieren lassen. Das Anthropozän ist ein Begriff, der sowohl die Rolle des Menschen als Verursacher der Naturzerstörung beschreibt als auch allen Menschen eine neue Qualität von Verantwortung abverlangt. Natürlich in unterschiedlicher Form, denn die aktuellen Einflüsse wie die historischen Belastungen sind unterschiedlich. Dennoch ist es eine globale Herausforderung, die alle Menschen betrifft. Aber selbst in der Forschung wird das Thema kaum diskutiert und zu wenig darüber gearbeitet. Für die meisten ist Anthropozän noch immer ein unbekanntes, fremdes Thema.

Warum greift die Politik, die doch ständig die Herausforderungen der Globalisierung beschwört, diese Debatte nicht auf? Ist sie überfordert, weil sie nicht auf der Höhe der Zeit ist? Gibt es zu wenige Verbindungen der Politik mit der Wissenschaft?
Ich denke, es ist eine Kombination von allem. Es tut mir leid, dass ich das sagen muss: Der Vorschlag Anthropozän kam im Jahr 2000 unabhängig voneinander von Stoermer und mir. Ich habe ihm sofort geschrieben, dass ich den Vorschlag gut finde und er mit dem Vorschlag nicht allein steht. Noch bekannter wurde die Idee zwei Jahre später durch meinen Aufsatz in Nature »The Geology of mankind«. Leider hat es keine richtige Debatte darüber gegeben. Das hat mich enttäuscht. Damals gab es nur eine Reihe von Artikeln in unterschiedlichen Fachzeitschriften. Auch in den Gremien der Vereinten Nationen wurde der Vorschlag Anthropozän aufgegriffen, aber nicht systematisch. Leider gab es auch von dort zu wenig Druck. Ich bin froh, dass sich das jetzt ändert. Es ist sehr gut, dass immer mehr über die Fragen geredet wird.

Was war für Sie der Auslöser für ihren Vorschlag? Der Klimawandel und was noch?
Natürlich zuerst der Klimawandel, aber auch allgemein der Einfluss des Menschen auf die natürliche Umwelt. Mir geht es aber vor allem um das Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren, die auf den Menschen zurückgehen. Auf dieser Arbeit bauen auch die Arbeiten der Kommission von Johan Rockström auf, die die planetarischen Grenzen untersucht hat. Dort haben wir neun Dimensionen ermittelt. In vier davon sind die Belastungsgrenzen bereits überschritten: beim Klimawandel, Stickstoffeintrag und Artensterben und bei der Landnutzung. Nur in einem Bereich, beim stratosphärischen Ozonabbau, gibt es durch das Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und Halonen Verbesserungen.

Das zeigt: Viele Fakten sind bekannt, dennoch verschlechtert sich der Zustand der globalen Ökologie. Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen Wissen und Handeln?
Die Feststellung ist richtig. Über den anthropogenen Klimawandel wissen wir immer mehr. Seit den Arbeiten der Enquete-Kommission »Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung« des Deutschen Bundestages haben sich die Kenntnisse dramatisch verdichtet. Immer mehr Treibhausgase werden in der Atmosphäre abgelagert, seitdem haben sich die CO2-Emissionen verdoppelt. Die Lösung kann kein »weiter so« sein und auch keine Politik, die nur die nationalen Interessen und kurzfristiges Wirtschaftswachstum sieht. Die Erkenntnis des Anthropozäns fordert uns heraus, hat aber, weil sie so ernsthaft ist, Schwierigkeiten, aufgenommen und akzeptiert zu werden. Auch weil der Mensch träge und bequem ist. Sie ist eine gewaltige kulturelle Herausforderung. Hinzu kommen handfeste, vor allem wirtschaftliche Interessen. Alles das kommt zusammen.

Der Aufstieg der europäischen Moderne baut auf Aufklärung und Vernunft auf. Es gab lange Zeit einen fast unbändigen Glauben an den technischen Fortschritt. Warum wird so wenig auf die kritische Naturwissenschaft gehört?
Es wird auf uns Wissenschaftler schon gehört, auch der Klimawandel wird heute viel und in allen Gesellschaften besprochen. Das Thema gehört zur Konvention der politischen und öffentlichen Debatte, aber es bleibt weitgehend folgenlos, weil es von der Gesellschaft ein radikales Umdenken verlangt. Auch die Journalisten gehen bei dem Thema oftmals nicht in die Tiefe. Und sie haben meist nicht die Zeit, sich intensiver mit den wissenschaftlichen Fakten und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen zu beschäftigen. Recherchejournalismus gibt es kaum noch.

Im Dezember fand in Paris die jährliche UN-Klimakonferenz statt, zum 21. Mal.
Mehr war nicht zu erwarten. Das Ziel, den Klimawandel möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist richtig. Aber seine Verwirklichung bleibt unklar, vieles im Pariser Vertrag muss geklärt werden. Ich bleibe skeptisch, aber es muss zu einem Durchbruch kommen. Michael, bist Du optimistisch?

Seit wir über den Klimawandel Bescheid wissen, haben sich die Gegenkräfte formiert. Ich sehe kaum Fortschritte. Wir brauchen Pionierländer und Regionen, die eine Vorreiterrolle übernehmen. Auch Deutschland muss anderen zeigen, dass es geht. Tatsächlich aber bremst die Bundesregierung den unbedingt notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien, was mit dem Klimaschutz nicht vereinbar ist.
Ja, es könnte und müsste Deutschland sein, noch besser die Europäische Union. Das wäre was. Europa könnte stolz darauf sein, den Klimaschutz voranzubringen. Aber der Widerstand wird vor allem in Osteuropa größer. Es heißt, dass wir uns das finanziell nicht leisten können. Dabei ist die Verlängerung des heutigen Zustands für alle, vor allem für künftige Generationen noch viel teurer. Wenn man logisch denkt, kann man nur zu diesem Ergebnis kommen. Aber wahrscheinlich wird zu wenig darüber nachgedacht.

FOTO: DRMONOCHROME / FOTOLIA.COM

Der Abschnitt »JinShanLing« der Chinesischen Mauer

Woher kommt der stärkste Widerstand?
Das sind Trägheit, Ignoranz und natürlich wirtschaftliche Interessen, von all dem etwas. Vieles wird nur aus einer kurzfristigen Sicht gesehen, bei der der ökonomische Vorteil entscheidend ist. Dagegen ist es schwer, das ökologisch Notwendige durchzusetzen und einen grundlegend anderen Weg zu gehen.

Gibt es nicht doch Ausnahmen? War das Verbot von FCKW und Halonen zum Schutz der Ozonschicht nicht ein positives Beispiel, dass es anders geht?
Das ist richtig. Es war natürlich wichtig, den Ozonabbau zu stoppen. Aber im Vergleich zum Klimawandel ist er ein »einfaches Thema«. Am Klimawandel sind alle beteiligt und er betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche und unser Wirtschaftssystem. Der Widerstand ist viel größer. Dabei wird seit mehr als 100 Jahren über den Klimawandel geforscht, seit Svente Arrhenius 1896 eine erste quantitative Berechnung erstellt hat. Meine Schlussfolgerung heißt: Wir müssen Strategien finden, in denen der Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit und Innovationen Hand in Hand gehen. Vor allem müssen wir erreichen, dass der Umbau gerecht zugeht.

Gibt es Versäumnisse der Wissenschaft? Was muss sie tun, um stärker in die gesellschaftliche Debatte hineinzukommen?
Wir brauchen die engere Zusammenarbeit zwischen Natur- und Sozialwissenschaften. Die Sozialwissenschaft muss sich für naturwissenschaftliche Fragen stärker interessieren und sich einmischen – und auch umgekehrt. Leider gibt es bei den Naturwissenschaftlern nur wenige, die sich für Sozialwissenschaft interessieren. Und wenn bei dieser Einseitigkeit auch noch die Ökonomie in entscheidenden Fragen dominiert und andere Fragen, wie das Bevölkerungswachstum oberflächlich oder angstbeladen mit in den Topf geworfen werden, ohne tiefer die Zusammenhänge zu erfassen, kommen wir nicht voran. Ich bedauere, dass die Ökologie zwar in aller Munde ist, aber doch nicht die Bedeutung erreicht, die ihr gebührt. Dabei kann gerade die Ökologie zum Schlüssel für die Lösung grundlegender Probleme werden. Ökologie bedeutet nämlich, längerfristig zu denken, Kreisläufe zu beachten und zu fördern, ein Gleichgewicht zu bewahren. Also verantwortungsvoll mit unserer Erde umzugehen. Das ist die Schlüsselfrage im Anthropozän, denn das globale Jahrhundert ist die Menschenzeit mit einer sehr viel höheren Verantwortung der Menschen.

Was heißt das für die Wissenschaft?
Es wäre gut, wenn die Wissenschaft, auch die Max-Planck-Gesellschaft, mehr als bisher ihr sehr hohes wissenschaftliches Potenzial auch dafür nutzt, wie eine ökologisch verträgliche Gesellschaftsordnung aussehen kann. Für die meisten Wissenschaftler ist es immer noch sehr schwer, über die reine Wissenschaft hinaus zu denken in eine, die auch gesellschaftlich relevant ist. Wir Wissenschaftler müssen zu einer Verbindung von Natur- und Sozialwissenschaft kommen.

Das haben Sie in ihrer wissenschaftlichen Arbeit immer gemacht. Das ist das, was Sie auszeichnet. Bei den Folgen des Atomkrieges, dem Abbau der Ozonschicht, beim Klimawandel, mit dem Anthropozän.
Danke. Das wollte ich auch. Mein Verständnis von Wissenschaft fragt nach der Verantwortung des Menschen. Richtig. Als ich jung an der Universität in Stockholm war, begann ich die Fragen des stratosphärischen Ozons zu studieren, auch die Klimafragen. Damals sagten viele Forscher: Dagegen können wir wenig machen, wir sind den Naturkräften ausgeliefert, weil wir viel zu klein sind. Das sagt heute keiner mehr. Aber das hat 50 Jahre gedauert. Heute besteht die Gefahr, dass die Menschen künftig zum Klimawandel sagen werden, die Wissenschaftler haben Recht gehabt, aber wir haben nicht rechtzeitig reagiert. Beim Klimawandel ist das besonders problematisch, weil die Menschen bisher erst reagieren, wenn sie die Folgen spüren. Dann ist es aber zu spät, denn der Klimawandel zeigt sich rund 40 bis 50 Jahre zeitversetzt. Und er ist eine globale Herausforderung, bei der aber zumindest lange Zeit die Hauptverursacher oftmals nicht die Hauptbetroffenen sind. So trägt Afrika als Kontinent am wenigsten zum Klimawandel bei, ist aber heute schon besonders stark betroffen durch die Ausbreitung der Wüsten und Trockenheit und die Verschlechterung der Landwirtschaft.

Haben Sie herzlichen Dank für das Gespräch.

Paul Josef Crutzen, der mehr als 20 Mal mit dem Doktortitel ausgezeichnet wurde, ist Meteorologe. Er war von 1980 bis 2000 Direktor am Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz und erhielt 1995 für seine Arbeiten im Gebiet der Atmosphärenchemie den Nobelpreis für Chemie. Damit erhielt er als erster Wissenschaftler den Nobelpreis im Bereich Umweltforschung. Michael Müller ist Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands

Das Zeitalter der Menschen

Der Kapitalismus, die Technologieentwicklung und die Nutzung fossiler Energien haben den Planeten in eine neue Zeit geführt

BERND SCHERER

Wir leben in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen. Ich erwähne hier drei Phänomene, die zunächst scheinbar nichts miteinander zu tun haben:

- Im Nahen Osten errichtet die Terrorbande des IS einen eigenen Staat. Ihre ökonomischen Ressourcen bezieht sie dabei wesentlich aus dem Zugang zum Erdöl, ein Rohstoff, der in den letzten Jahrzehnten immer wieder regionale wie globale Konflikte befeuert hat. Immer mehr Menschen verlassen die Region mit dem Ziel Europa.
- Überschwemmungen gefährden immer häufiger am Wasser liegende Großstädte. Dies führt zu einer neuen Form von Gentrifizierung in den Städten. Trockene, gesicherte Lagen werden teurer. Steigende Bodenpreise vertreiben ärmere Teile der Bevölkerung aus diesen Siedlungsgebieten, wie zum Beispiel den brasilianischen Favelas. Umgekehrt vertrocknen vormals fruchtbare Ackerbaugebiete, weil der Regen ausbleibt. Verteilungskämpfe um das übriggebliebene Ackerland bis hin zur Migration in reichere Länder sind die Folge.
- Wir erleben in unseren westlichen Gesellschaften eine von den Finanzmärkten und Ökonomien getriebene Dynamik, die sich immer stärker in die emotionalen Haushalte der Menschen einschreibt. Ermüdungssymptome und Burnout werden als Folgen diagnostiziert.

Obwohl diese Phänomene scheinbar sehr verschieden sind, liegen ihnen doch Entwicklungen zugrunde, die auf tiefgreifende Veränderungen im Erdsystem zurückzuführen sind. Diese lassen sich unter anderem an diagrammatischen Kurven ablesen, die zunächst lange horizontal verlaufen und dann steil ansteigen. Sie besitzen eine dramatische Form, und verweisen auf eine ungewöhnliche Entwicklung im Erdgeschehen. Sie bilden nämlich wesentliche Parameter der Erdentwicklung ab: Vom Bevölkerungswachstum über das Wachstum des BSP, ausländische Investitionen, Bau von Staudämmen, Verbrauch von Dünger, Verbreitung der McDonalds Restaurants, weltweite Transporte, internationaler Tourismus bis hin zum Rückgang des Regenwaldes und der globalen Biodiversität.

Als die Erdsystemwissenschaftler Will Steffens und Paul Crutzen diese Kurven miteinander in Beziehung setzten, wurde die Idee geboren, eine neue Epoche in der Erdgeschichte auszurufen: das Anthropozän, das Zeitalter des Menschen. Denn es ist ein entscheidendes Merkmal all dieser Entwicklungen, dass sie vom Menschen induziert sind und damit den menschlichen Fußabdruck auf der Erde repräsentieren. Da all diese Kurven nach 1945 dramatisch ansteigen, sprechen die Erdwissenschaftler auch von der »big acceleration«.

Wir verändern die Welt schneller, als wir die Veränderungsprozesse verstehen. Daraus ergibt sich ein Sinndefizit

Der Ausdruck der »big acceleration« trifft den Kern der Sache. Die Grundlage für diese Entwicklung besteht in der Verbindung von drei Elementen: Ein Kapitalismus, der es erlaubt über Kredite die Zukunft für die Gegenwart zur Verfügung zu stellen; eine wissenschaftlich getriebene Technologieentwicklung, die unser Denken in Objektwelten materialisiert und der Eingriff in die planetarische Zeit der Erde durch die Nutzung fossiler Energien. Das Zusammenspiel dieser Kräfte katapultierte uns buchstäblich in eine neue Zeit- und Raumdimension. Menschliches Handeln gestaltet den ganzen Planeten um. Es dringt bis in die letzten Ecken vor. Schon jetzt sind die Eingriffe des Menschen pro Jahr größer und umfassender als die aller anderen Naturkräfte zusammen. Der Mensch ist die größte Naturkraft. Gleichzeitig schreibt er sich durch sein Tun in die geologische Zeit ein. Die Eingriffe verändern den Planeten nicht für Generationen, sondern für hunderttausende von Jahren. Menschheitsgeschichte wird Erdgeschichte. An die Stelle der Historiker treten Geologen.

Das Haus der Kulturen der Welt hat sich mit diesen Veränderungsprozessen in den letzten Jahren als Kulturinstitution befasst. Im Folgenden soll an einigen Beispielen verdeutlicht werden, was diese grundlegenden Transformationen für unser Verständnis der Welt und unser Handeln in der Welt bedeuten:

Das Gerechtigkeitsproblem

Als Naturkraft tritt der Mensch durchaus als Spezies auf, aber nicht als politisch und gesellschaftlich Handelnder. Die Akteure sind Individuen, Gesellschaften, Staaten, Firmen etc. Ein Blick auf die Entwicklung der letzten zweihundert Jahre zeigt, dass bezüglich der Gesellschaften Europas, Amerikas, Afrikas, Asiens eine große Asymmetrie in der Ausbeutung der Ressourcen bestand. Diese Asymmetrie besteht bis heute wenn auch teilweise verändert fort. Ein Anstieg des Meeresspiegels bedeutet z. B. für eine Stadt wie Kalkutta etwas anderes als für eine Stadt wie New York. Oft werden immer noch Lösungsvorschläge für Probleme, die der Norden verursacht hat, so entwickelt, dass sie die Probleme des Nordens lösen auf Kosten von Entwicklungen in der südlichen Hemisphäre. Da sich die Transformationen regional unterschiedlich auswirken, wird es auch regional sehr unterschiedliche Lösungen geben: Klimatische Veränderungen in kälteren Zonen haben andere Auswirkungen als in wärmeren Zonen; Gesellschaften an der Küste sind anders betroffen als solche in den Bergen. Hieraus leitet sich eine weitere Forderung ab: An der Lösung des Problems müssen alle Gesellschaften beteiligt werden, da sie alle unterschiedlich von dem beschriebenen Wandel betroffen sind.

Ein Vertrag mit der Natur

Ein Blick auf die Diagramme der großen Beschleunigung lässt erkennen, dass die Gleichgewichte des Holozäns durch menschliches Tun außer Balance geraten sind. Der Mensch ist dabei Täter und Opfer zugleich. Nur die relative Stabilität der natürlichen Prozesse konnte den Eindruck erwecken, dass der Mensch als Hauptakteur vor einer natürlichen Kulisse agiert, dass Natur als frei verfügbare Ressource einfach ausgebeutet werden kann.

Nun schlägt die Massivität der Eingriffe auf den Menschen selbst zurück. Er muss erfahren, dass er nur ein Teil komplexer Stoff- und Energieflüsse ist. Das heißt aber auch, dass wir nicht nur materiellen und kulturellen Veränderungen unterworfen sind, sondern dass auch unsere Kategorien, mit denen wir die zuvor relativ stabile Welt beschrieben und verstanden haben, ins Wanken geraten. Wir müssen unsere Sichtweise und unser Verhalten der Natur gegenüber grundlegend ändern. Statt eines Wissens über die Welt, geht es um ein Wissen in der Welt. Diente der Gesellschaftsvertrag zu Beginn der Moderne dazu, die Konflikte zwischen den Akteuren der Gesellschaft zu lösen, so ist nun ein weiterer Vertrag erforderlich, ein Natur- oder Erdvertrag, der unsere Beziehung zur Umwelt regelt. Dinge, Pflanzen und Tiere sind Teil der Gerechtigkeitsdebatte.

Neue Formen der Wissensproduktion

Die Unterscheidung zwischen Naturwissenschaften einerseits und Kultur- und Sozialwissenschaften andererseits beruht auf der von uns in der Neuzeit hergestellten Trennlinie von Natur und Kultur. Diese Trennlinie wurde aber gerade durch die anthropozänen Prozesse aus der Balance gebracht. Es muss also darum gehen, das Zusammenspiel zwischen materiellen und kulturellen Prozessen jenseits der etablierten Disziplinengrenze genauer in den Blick zu nehmen, neue Begrifflichkeiten zu entwickeln.

Hinzu kommt, dass wir in den letzten zwei Jahrhunderten unsere Wissensproduktion über die Disziplinen mehr und mehr fragmentiert haben. Institutionelles Wissen wird in Disziplinen hergestellt, die ihre eigenen Methodologien und damit Weltzugänge entwickelt haben. Durch die anthropozänen Prozesse sind aber Entwicklungen in Gang gesetzt worden, die unter anderem neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaftlern notwendig machen.

Gleichzeitig führt das anthropozäne Denken vor Augen, dass die Wissenschaften und die Kultur nicht Teil einer Komfortzone sind, aus der heraus sie die Welt beobachten und beschreiben können. Vielmehr sind sie Teil der Prozesse, mit denen sie sich auseinandersetzen. Das heißt, die Wissenschaften erzeugen die Welt mit, die sie beschreiben. Sie operieren gerade nicht in wertfreien Räumen. Deshalb erscheint es notwendig, dass neben einem Naturvertrag auch ein neuer Vertrag von Wissenschaft und Kultur mit der Gesellschaft und der Natur geschlossen wird.

Zeit

Die anthropozäne Welt erzeugt einen Zeitbegriff, der sich grundlegend von dem modernen Zeitverständnis unterscheidet. Durch die permanente Entwicklung technologischer Infrastrukturen und dem Verbrauch der fossilen Energien definieren wir zunehmend die Zukunft, d. h. die Zukunft liegt mehr und mehr hinter uns und die Vergangenheit in Form der von uns geschaffenen Welt vor uns. Politisch bedeutet dies eine ungeheure Herausforderung: einerseits wechseln sich die Innovationszyklen, die neue Generationen von Infrastrukturen erzeugen – z. B. in der digitalen Welt, Robotik, Genmanipulation – in immer schnellerem Tempo ab, gleichzeitig greifen sie in die Tiefenstrukturen des Planeten und unseres Lebens immer stärker ein, mit den entsprechenden Langzeitfolgen.

Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sehen sich mit ungeheuren Herausforderungen konfrontiert. Ihre Aufgabe ist es, die Sinnsysteme für eine Welt zur Verfügung zu stellen, die sich in einer nicht gekannten Dynamik verändert. Diese Welt war und ist anwendungsgetrieben. Wir verändern die Welt schneller, als wir die Veränderungsprozesse verstehen. Es gibt einen Anwendungsüberschuss und ein Sinndefizit. Wir müssen die kulturellen Institutionen stärken, damit sie ihrer Aufgabe, Maßstäbe und Orientierungen für die gesellschaftliche Entwicklung bereitzustellen, nachkommen können.

Angesichts der Herausforderung durch das Anthropozän muss es darum gehen, eine Haltung zu entwickeln, die weder depressiv die Menschheit als Opfer der Klimakatastrophe versteht, noch der Illusion unterliegt, den Menschen als Herrscher des Planeten zu inthronisieren. Vielmehr geht es darum, aus der Erkenntnis heraus, dass menschliches Leben Teil der materiellen Kreisläufe auf dieser Erde ist, neue Möglichkeitsräume im Wahrnehmen, Denken und Handeln zu entwickeln. Imagination und Kreativität sind gefordert.

Bernd Scherer ist Intendant des Hauses der Kulturen der Welt

Panelreihen der Photovoltaikanlage und Solarpark in Arnsberg in Nordrhein-Westfalen

Solarpark auf dem Gelände des ehemaligen Militärflughafens Alteno in Luckau in Brandenburg

FOTOS: PICTURE ALLIANCE / ZB / EUROLUFTBILD

FOTO: PICTURE ALLIANCE/ROLF HAID

Angeschwemmter Plastikmüll an einem Kiesstrand auf der Insel Lastovo in Kroatien

Umweltpolitik für die Menschenzeit

Leben im Anthropozän

KAI NIEBERT

Die Umweltbewegung hat in den letzten Jahrzehnten viel erreicht: Sie hat die Zahl der Schutzgebiete in Deutschland ausgeweitet, den Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert und den Ausstieg aus der Atomenergie wiederholt durchgesetzt. Sie hat es geschafft, Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik als Zukunftspolitik zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Debatte werden zu lassen. Gleichzeitig erleben wir jedoch, wie – als Folge ungebremsten Wachstums – der Artenschwund auch in Deutschland dramatische Ausmaße angenommen hat, der Flächenverbrauch viel zu groß ist und keine Antworten auf den bereits überschrittenen Peak Oil gefunden sind. Doch die Beobachtungen gehen weiter: Seit Beginn der Industrialisierung sind so viele neuartige Mineralien in so kurzer Zeit in Umlauf gekommen wie seit 2,4 Milliarden Jahren nicht; der Stickstoffeintrag in der Biosphäre durch synthetische Dünger ist in der Erdgeschichte ohnegleichen: Schiffe und Flugzeuge überschreiten artengeographische Barrieren und verändern den Lauf der Evolution.

Demnächst wird die Menschheit wohl auch offiziell in eine neue Erdepoche eintreten: Die Anthropocene Working Group der Internationalen Stratigraphischen Kommission will 2016 ihr Urteil fällen, ob der Mensch die Warmzeit verlassen und die Menschenzeit betreten hat. Die offizielle Anerkennung des Menschen als geologische Kraft könnte es sein, die neben der physischen Unmöglichkeit unendlichen Wachstums auch Verantwortung des Menschen auch politisch auf die Agenda setzt. Eine wichtige Erkenntnis, mit der dem Menschen seine Gestaltungs- und Zerstörungskraft vor Augen geführt wird, ist die große Beschleunigung: Spätestens seit den 1950er Jahren weisen alle Daten zur (Über-)Nutzung natürlicher Ressourcen steil nach oben, nur leicht gebremst durch kleinere und größere Wirtschaftskrisen. Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände sehen hier eine gute Argumentationsgrundlage, um wissenschaftlich basiert politischen Handlungsdruck zu erzeugen.

Das Anthropozän zeigt eindrücklich auf, wie unser Denken an seine Grenzen gerät: Einerseits wird ein dringliches Handeln beschworen, damit die planetaren Grenzen nicht weiter überschritten werden und so eine unkontrollierbare Dynamik in den Umweltveränderungen angestoßen wird. Andererseits wird der Mensch zu einer geologischen Kraft erhoben und tritt damit aus dem erdgeschichtlichen Wimpernschlag des – in geologischen Zeitskalen nur sehr kurzen – Holozäns heraus. Um den von ihm selber angeschobenen Veränderungen der Erdsysteme gerecht zu werden, müssen Politik und Gesellschaft lernen, in neuen Zeitskalen zu denken. Beispiel Atomkraft: Aufgrund der langen Halbwertszeiten vieler radioaktiver Substanzen fordert die deutsche Gesetzgebung eine sichere Lagerung des Atommülls über eine Million Jahre. Eine Million Jahre entsprechen etwa 40.000 Generationen. Politik im Anthropozän heißt somit, nicht nur die eigene Legislatur oder gar die eigene Generation im Blick zu haben. Es werden mit dem Anthropozän Zeitspannen offensichtlich, die die Zeitskalen des Menschen um mehrere Zehnerpotenzen übersteigen.

Nicht wenige Wissenschaftler argumentieren, dass das Anthropozän nach dem zweiten Weltkrieg begann: Seit den 1950er Jahren weisen sowohl die wirtschaftlichen Aktivitäten als auch ihr Einfluss auf die Erdsysteme exponentielle Veränderungen auf. Diese Beobachtung ist als great acceleration, als große Beschleunigung in die Literatur eingegangen. Die große Beschleunigung bringt allerdings auch eine andere Brisanz ans Licht: Während die wissenschaftliche Evidenz einen exponentiell zunehmenden Einfluss des Menschen auf die Erdsysteme aufzeigt und damit in der Tat die Dringlichkeit politischen Handelns unterstreicht, wird gleichzeitig die homöopathische Wirkung bisheriger Politik deutlich: Die Daten der großen Beschleunigung zeigen eindrücklich auf, dass die bisherige Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, die in den 1970er Jahren Fahrt aufnahm und mit dem Erdgipfel in Rio Anfang der 1990er Jahre an Schwung zunahm, daran keinen Deut ändern konnte. Wenn es zu einer Abschwächung der globalen Trends kam, dann waren ökonomische Krisen die Ursache: Die Ölkrisen der 1970er Jahre, der Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur im Osten oder auch die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 waren es, die die Kurven des Ressourcenverbrauchs leicht abflachen ließen. Die politischen Erfolge von Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbänden konnten, so wichtig sie lokal auch gewesen sein mögen, die Beschleunigung des Ressourcenverbrauchs nicht aufhalten, sondern ihn höchstens räumlich oder zeitlich verlagern.

Deutlich werden dabei die Grenzen der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung, wenn sich Politik, Zivilgesellschaft wie auch Wissenschaft nur in ihren jeweils begrenzten Disziplinen und Sphären organisieren: Solange das Umweltministerium mit einem Budget von 3,8 Milliarden Euro versucht die Umweltqualität zu verbessern, das Wirtschafts- und Arbeitsministerium aber 52 Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen ausschütten, solange Umweltverbände nachhaltig-vegan-biologische Lebensstile propagieren und nicht die Ansprüche der Caritas im Blick haben, die Menschen überhaupt erst einmal satt zu bekommen und solange die Umweltwissenschaftler in einem Hörsaal die planetaren Grenzen aufzeigen, aber gleichzeitig keinen Einfluss auf die Betriebswirtschaftler im Nachbarhörsaal haben, die weiterhin Wachstumsmodelle lehren, wird eine Gesellschaft, die sich vom Wachstumszwang befreit und nachhaltig wird, nicht Realität werden.

Unsere nicht mehr soziale, sondern kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert nur aus einem Grund: Sie ist auf permanenter Ausbeutung aufgebaut. Entweder wir beuten die Natur aus, indem wir sie mit CO_2, Müll oder Schadstoffen verschmutzen oder wir beuten die Menschen aus, indem wir sie für Hungerlöhne arbeiten lassen, oder wir beuten die Zukunft aus, indem wir einen ökologischen wie sozialen Schuldenberg hinterlassen. Alle drei Ansätze sind nicht zukunftsfähig. Durch unsere technischen Errungenschaften glaubten wir, der Natur entkommen zu können. Ressourcenausbeutung wurde ein Problem für Umweltverbände und Ungerechtigkeit eines für Gewerkschaften und Sozialverbände.

Diese Entwicklungen zeigen, dass es Umwelt-, Natur- und Tierschutz noch immer – vielleicht auch mehr denn je – braucht. Aber ihre Aufgabe hat sich verändert. Es geht heute nicht mehr unbedingt darum, Anerkennung dafür zu schaffen, dass Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik einen Platz in der Gesellschaft finden. Heute geht es darum, zu einer Gestaltungsbewegung zu werden und für wirksamen Umwelt-, Natur- und Tierschutz zu streiten. Doch wie kann der Umwelt-, Natur- und Tierschutz zu einer wirksamen Gestaltungsmacht werden? Die im Deutschen Naturschutzring organisierten Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände haben mehr Mitglieder als alle großen Volksparteien zusammen. Dieses Potential gilt es nun zu nutzen. Die Umweltverbände waren schon einmal in der Lage, gesellschaftliche Großprojekte wie den Atomausstieg oder die Energiewende zu initiieren. Erfolgreich waren sie aber immer nur dann, wenn sie sich mit anderen gesellschaftlichen Kräften zusammengeschlossen haben. Damit ein nachhaltiges Anthropozän kein Eliteprojekt für eine kleine Umwelt-, Natur- und Tierschutzcommunity bleibt, ist eine faire Ressourcenverteilung Voraussetzung.

Das Anthropozän zeigt eindrücklich auf, wie unser Denken an seine Grenzen gerät

Das Anthropozän ist mehr als eine neue Sau, die durchs wissenschaftliche wie politische Dorf getrieben wird. Es heißt anzuerkennen, dass nichts, was wir tun, ohne Folgen bleibt. Global wie lokal zeigt das Anthropozän, dass ein Nischendenken nur mangelhafte Lösungen bringt. Herausforderungen wie Klimawandel, Energiesicherung oder auch Landschaftsverbrauch können nicht isoliert gelöst werden. Nur wenn wir das Zusammenspiel der planetaren Grenzen wissenschaftlich erfassen und politisch akzeptieren, lässt sich das Anthropozän zu einem Zeitalter der Nachhaltigkeit gestalten.

Die Anerkennung, dass der Mensch zu einem geologischen Faktor geworden ist, der den Planeten grundlegend umwälzt, hebt den Dualismus zwischen Natur und Mensch auf. Hier hält das Anthropozän insbesondere für Umweltverbände eine kulturelle Herausforderung bereit: Hier wird der Mensch in der Regel als schlecht und die Natur als gut insinuiert. In einem Zeitalter, in dem er als Leitfossil noch lebendig ist, hebt sich dieser Gegensatz auf: Der Mensch muss als integrativer Bestandteil der heutigen Natur aufgefasst werden.

Sein Wirtschaften und Handeln muss mit den natürlichen Systemen verträglich werden. Das werden wir nur erreichen, wenn wir auch unser Bild davon verändern, was Nachhaltigkeit eigentlich ist: Es war der größte Fehler der Umweltbewegung, eine Idee von Nachhaltigkeit zu akzeptieren, in der Ökologie, Ökonomie und Soziales scheinbar gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Immer, wenn es ernst wird, drängt das Streben nach Wirtschaftswachstum die Umwelt und den Menschen an den Rand. Um aus der Wachstumsabhängigkeit auszubrechen, müssen wir Nachhaltigkeit als ein Wirtschaften verstehen, das den Menschen heute und morgen dient, Armut und Hunger beseitigt. Aber das kann nur innerhalb der planetarischen Grenzen stattfinden.

Kai Niebert ist Präsident des Deutschen Naturschutzrings

THEMA

Die Naturvergessenheit der Moderne

Eine Herausforderung an unsere Kultur

MICHAEL MÜLLER

Die Idee der Aufklärung entstand in Europa um 1700 und wurde zu einer geistigen und sozialen Reformbewegung. Sie säkularisiert die in ihr aufbewahrte Lichtmetaphorik (Erleuchtung) in eine höhere Einsicht und stellt dem finsteren Mittelalter das neue, hellere Zeitalter der Moderne entgegen. Daraus wurde die große europäische Idee des Fortschritts, die sich in den letzten 200 Jahren weltweit durchsetzen konnte. Fortschritt verhieß Macht über die Natur und die Wechselfälle des Lebens, er versprach Freiheit von den Zwängen, die zuvor als gottgegeben akzeptiert waren, weil der Mensch sein Schicksal selbst in die Hand nahm. In dieser Idee hallt eine theologische Weltsicht nach, in der Gott durch die kulturelle Vernunft, das Urteil der Geschichte und den Rückblick künftiger Generationen ersetzt wurde.

Die große Hoffnung auf eine rational begründete und sicher fortschreitende Welt, wie sie Gottfried Wilhelm Leibniz Ende des 17. Jahrhunderts definiert hat, nistete sich tief im modernen Gesellschaftsbild ein. Danach läuft alles im Sinne einer schrittweisen Vervollkommenbarkeit ab, wenn sich – aufklärerisch gesprochen – die Menschheit Tag für Tag für mehr »Befreiung« einsetzt. Im 18. Jahrhundert war das die Entfaltung der Humanität, die in den Ideen von Johann Gottfried Herder oder Gotthold Ephraim Lessing beschrieben wurde. Dahinter stand die Überzeugung, dass sich die Menschheit durch eine fortschreitende Weltkenntnis von den Grundübeln des Lebens befreien könne – von Leid und Schmerz, von Elend und Krankheit.

Das zentrale Ziel der europäischen Moderne war die Emanzipation des Menschen und die Befreiung aus Unfreiheit und Unterdrückung. Mit der Französischen Revolution wurden die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit epochal. Diesseits und jenseits des Atlantiks gab es eine weitgehende Übereinstimmung: Die französische Aufzählung von Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung wurde in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung durch die Trias life, liberty and the pursuit of happiness ergänzt. Mehr noch: Die europäische und neoeuropäische Moderne schuf die Voraussetzungen für die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft und der Nationalstaaten.

Zur materiellen Grundlage der weiteren Entwicklung wurde die systematische Entfaltung und Nutzung der Produktivkräfte. Der Drang, Grenzen zu überschreiten und Neues zu entwickeln, wurde zum Ausdruck menschlicher Freiheit. Diese okzidentale Dynamik, umgesetzt durch Technik und Wirtschaftsordnung, brachte Europa und seine Ableger in aller Welt in eine führende Rolle. Kein anderer Kulturkreis hat einen derartigen geschichtsphilosophischen Optimismus hervorgebracht, der auf eine bessere Zukunft für alle ausgerichtet ist. Max Weber beschrieb das als »europäischen Rationalismus mit aktiver Weltbeherrschung«.

Eine Transformation von der einfachen zur reflexiven Modernisierung ist notwendig

Im 19. und 20. Jahrhundert fokussierte sich das Fortschrittsdenken auf das Wachstum von Wirtschaft und Technik, nicht aus Selbstzweck, sondern als strategischer Hebel für die Vorwärtsbewegung der Gesellschaft. Dennoch wurde das Mittel zum Ziel. Zentral für diesen evolutionären Determinismus war die Industrielle Revolution, die eine bis dahin unvorstellbare Steigerung der Wirtschaftsleistung möglich machte. In der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ging es primär nicht um die Gestaltung der Produktions- und Lebensweisen, sondern um die Veränderung der Produktionsverhältnisse, vor allem der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel.

Tatsächlich liefert die Geschichte der europäischen Moderne eindrucksvolle Beispiele von Fortschrittlichkeit: Die Verbesserung der Gesundheit und Nahrungsversorgung, eine höhere Lebenserwartung, mehr soziale Sicherheit, die Erleichterung und Entlastung des Menschen im Alltagsleben oder die umfassende Verfügbarkeit von Wissen und Informationen – die Liste der Innovationen, die unser Leben bestimmen und bereichern, ist lang. Und mithilfe der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien gelang es, Zug um Zug soziale Schutzschichten gegen die Interessen des Kapitals aufzubauen, vor allem im Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit.

Doch heute werden wieder negative Folgen deutlich, vor allem durch die Zerstörung und Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen. Der vom Menschen verursachte Klimawandel, der »ökologische Fußabdruck«, das Überschreiten planetarischer Grenzen oder Peak-Oil und Peak-Water sind dafür herausgehobene Beispiele. Kurz: Die Industriegesellschaft ist eine Produktionsgesellschaft, aber sie ist auch zu einer Industrieproduktionsfolgengesellschaft geworden, die ihre eigenen Grundlagen zerstört. Das ist der Unterschied zwischen der ersten – einfachen – und der zweiten – reflexiven Modernisierung.

Der bisherige Zielpunkt für Fortschritt, die Fixierung auf ein hohes wirtschaftliches Wachstum, ist fragwürdig, wie insbesondere die ökologischen Gefährdungen zeigen. In unserer Welt mit endlichen Rohstoffen und überlasteten Senken ist die Vorstellung eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums absurd. Denn:

1. Die traditionelle Fortschrittsidee versteht die Natur nicht als Mitwelt, sondern als etwas, das beherrscht werden müsse.
2. Sie ignoriert, dass Wertvermehrung auch Wertvernichtung sein kann. Alle ökonomischen Prozesse haben den doppelten Charakter, wonach zwar monetär bemessene Werte produziert, aber gleichzeitig Stoffe und Energie verbraucht und der Schutz der Natur missachtet werden.
3. Die moderne Steigerungsprogrammatik (schneller, höher, weiter) missachtet die Endlichkeit der Erde und ihrer Ressourcen. Das spitzt sich zu, durch die nachholende Industrialisierung und das anhaltende Bevölkerungswachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die diesen Entwicklungspfad nachahmen.

Damit stellt sich eine doppelte Herausforderung: Ohne eine fortgesetzte Modernisierung der Moderne und die Entfaltung von mehr Demokratie werden die erreichten Fortschritte untergraben, selbst Prozesse der Dezivilisierung sind möglich, die sich derzeit an der Ausbreitung eines neuen und alten Nationalismus zeigen. Die ökonomische Dynamik treibt nämlich, wie auch die Finanzkrise gezeigt hat, über den gegebenen Rahmen hinaus. Es kommt zur Entbettung der Wirtschaft aus gesellschaftlichen Bindungen. Die Marktgesellschaft löst massive Erschütterungen aus. Gier, Machtstreben und ein permanenter Verwertungszwang verursachen ökonomische Krisen, wachsende soziale Ungleichheiten und ökologische Katastrophen. In dem Gedankengebäude der ersten Moderne zeigen sich nicht nur Schwachstellen, sie ist auch unvollendet geblieben, was an den globalen ökologischen Krisen und dem Überschreiten planetarischer Grenzen deutlich wird. Politik und Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft stehen vor qualitativ neuen Herausforderungen, der sozial-ökologischen Transformation in die zweite Moderne.

Die Naturvergessenheit der Moderne

Im Kern liegt die Ursache für die Probleme in der Gleichsetzung von Wachstum und Fortschritt, die nur möglich wurde, weil die Naturvergessenheit ein gedankliches Fundament der ersten Moderne ist. Das hat tiefgehende Wurzeln. Die Entgegensetzung von intelligenten Menschen und nicht denkfähiger Natur findet sich bereits im späten Mittelalter. So in der Forderung nach Experimenten, in denen der Mensch die Natur auf die Erforschbarkeit des Lebens hin zurichtet. Das war damals sogar ein kühner Gedanke, denn im jüdisch-christlichen Monotheismus herrschte die Vorstellung vor, in der Natur trete das Böse zu Tage. Schöpfer und Schöpfung seien voneinander getrennt.

Der Gegensatz Mensch – Natur wurde in der Folge weiter radikalisiert. Der französische Aufklärer René Descartes forderte, dass der Mensch mittels der methodischen Anwendung von Wissenschaften Herr und Besitzer der Natur (maître et possesseur de la nature) werden müsse. Geist und Denken einerseits und Natur andererseits wurden dabei als Gegensätze verstanden: Einerseits das Immaterielle (res cogitans), das allein dem Menschen gehöre, und andererseits das Materielle (res extensa), das uns umgibt und von Descartes in das Bild einer Maschine gefasst wurde. Das Funktionieren der Natur wurde als eine sich selbst regulierende Maschine beschrieben.

Auch John Locke beschrieb den Naturzustand als wenig erstrebenswert. Bei ihm steckten zwei Grundannahmen dahinter: Zum einen die Aufspaltung von Subjekt und Objekt als erkenntnistheoretische Leistung der Neuzeit. Danach war die Natur etwas dem Menschen Gegenüberstehendes. Daraus abgeleitet wurde zum anderen die Natur zur Ressource für menschliche Zwecke. Die Aussage Francis Bacons, man müsse der Natur ihre Geheimnisse entreißen, war der Auftakt zu einem Naturverständnis, das die Erde als bloßen Gebrauchs- und Verbrauchsgegenstand sah, ganz so wie Bacon es in seiner Utopie Neu-Atlantis beschrieben hat. Die Erdbewohner müssten alles nutzen, was aus der Natur herauszuholen sei. Dafür müsse sie auf die Folterbank der Experimente gespannt werden. Nur so könnten der Natur – wie einer Hexe – die Geheimnisse und Gesetze entrissen werden.

Diese Subjekt-Objekt-Entgegensetzung beinhaltet eine tiefe Entfremdung des Menschen von der Natur. Bis heute sprechen wir fälschlicherweise von der Umwelt, die tatsächlich die natürliche Mitwelt ist. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass Bacon als intellektueller Wegbereiter der Industriellen Revolution gesehen wurde, die aus drei wesentlichen Faktoren entstand: die Nutzung fossiler Energien (Kohle), die systematische Neuorganisation von Arbeit in Fabriken sowie die maschinelle Verarbeitung von immer mehr Rohstoffen in der Massenproduktion. Durch die Ausbeutung von Mensch und Natur wurde eine deutliche Steigerung der Produktivität möglich. Während der Mensch sich mithilfe der Gewerkschaften und Arbeiterparteien gegen die Auswüchse der Industriellen Revolution zu wehren und zu schützen begann, blieb die Natur wehrlos, ja wurde lange Zeit nicht

Fortsetzung auf Seite 25

FOTO: LEONOR / PHOTOCASE.DE

Kapruner Stausee Mooserboden

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA

Luftbild einer Baumschule bei Baden-Baden in Baden-Württemberg

Fortsetzung von Seite 24

einmal als schutzbedürftig angesehen, weil sie als bloßes Hilfsmittel gesehen wurde.

Nach Bacon muss der Mensch die Natur besiegen, Descartes nannte Entdeckungen siegreiche Schlachten gegen die Natur. Die ökologischen Krisen der Gegenwart – Klimawandel, die Überlastung durch Stickstoffeinträge, die absehbare Knappheit bei Rohstoffen oder die Zerstörung der Biodiversität – sind im Kern das Ergebnis der falschen Entgegensetzung Mensch – Natur. Allerdings wurde der Gedanke, die Natur stehe dem Menschen feindlich gegenüber, bereits in der Reformation und Gegenreformation brüchig. Dazu trug auch die Entwicklung der Malerei bei, insbesondere die aufstrebende Landschaftsmalerei im 17. Jahrhundert, die eine lebendige Darstellung der Natur zeigte, die mit menschlicher Geistigkeit zu tun hatte.

Eine Gegenposition war auch der Johann Wolfgang Goethe zugeschriebene Text Die Natur, obwohl bei Goethe auch andere, widersprüchliche Aussagen zu finden sind: »Wir sind von ihr umgeben und umschlungen – unvermögend aus ihr herauszutreten, und unvermögend tiefer in sie hineinzukommen. … Sie spricht unaufhörlich mit uns und verrät uns ihr Geheimnis nicht. Wir wirken beständig auf sie ein und haben doch keine Gewalt über sie«.

Heute zeigt sich die Erschöpfung der utopischen Energie in dem wachsenden Zweifel am Fortschritt. Technik wird auch verbunden mit Zerstörung, Manipulation und Herrschaftsausübung oder als Instrument eines Eindringens in Freiheitsräume. Nicht von ungefähr sind die großen negativen Utopien des 20. Jahrhunderts in diesen Themen angesiedelt (Jewgenij Samjatin, Aldous Huxley, George Orwell). Dennoch wurde Schritt für Schritt Wachstum zu einer Ersatzreligion, die Niklas Luhmann als bloße Suggestion bezeichnet hat.

Erst mit einem Paukenschlag, der düsteren Weltprognose von Denis Meadows aus den Rechenmaschinen des MIT für den Club of Rome zu Beginn der siebziger Jahre, wurden die Limits of Growths weltweit zum Thema. Zwar hatten zehn Jahre vorher schon Rachel Carson im stummen Frühling die grenzenlose Vergiftung der Natur beschrieben und vier Jahre zuvor der Richta-Report der Prager Akademie der Wissenschaften eine Ausrichtung auf mehr Lebensqualität statt auf extensives Wachstum gefordert. Aber erst mit dem Club of Rome wurden die ökologischen Grenzen in einer Weise aufgezeigt, die die Idee des Fortschritts nachdrücklich erschüttert hat.

Die Kultur: Unverzichtbarer Bündnispartner für eine Transformation

Was bleibt? Die Erfahrung der letzten 200 Jahre ist, dass der Mensch schon auf Erden sein Glück finden kann, wenn die Selbstproduktion von Gesellschaft (Alain Touraine), die durch die technisch-ökonomische Dynamik vorangetrieben wird, für eine soziale, heute aber auch ökologische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft genutzt und mehr Demokratie verwirklicht wird. Fortschritt ist nämlich nicht nur Prinzip des geschichtlichen Erkennens, sondern auch Gegenstand einer offenen, von Menschen planbar gestalteten Zukunft. Schon allein die Akkumulation des Wissens und die technischen Errungenschaften machen eine höhere Qualität des Lebens möglich. Das erfordert die Umsetzung ökologischer Effizienz, Entschleunigung, Vorsorge, Kreislaufdenken und auch Verzicht.

Dann darf Fortschritt aber nicht »Wachstum, Wachstum über alles« sein und diesem Ziel – wie bei den geplanten Freihandelsabkommen – soziale, ökologische und kulturelle Errungenschaften unterordnen. Diese Form von Fortschritt ist normativ blind. Auch die Verteilung von Zuwächsen allein ist längst an Grenzen geraten. Zu drängend sind die Probleme externalisierter Folgekosten: Für die Natur, das soziale Zusammenleben, die kulturelle Identität, die politisch-demokratische Ordnung. Wachstum erscheint immer häufiger als bloße Restgröße eines einstmals emphatischen Fortschrittsbegriffes, der im Menschen mehr als nur einen Kunden oder Konsumenten sieht. Auch dadurch ist die Funktionsfähigkeit einer Vielzahl gesellschaftlicher und sozialer Systeme so stark von Wachstum abhängig geworden. Hinzu kommt: Die technisch-ökonomische Macht hat solche Ausmaße erreicht, dass sie das gesicherte Vorauswissen der Menschen weit übersteigt. Wie der anthropogene Klimawandel deutlich macht, macht das sogar die reale Gefahr der Selbstzerstörung möglich. In der Konsequenz bedeutet das: Unser Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert der Gewalt und Verteilungskämpfe auf einer »ungleichen, überbevölkerten, verschmutzten und störanfälligen Welt« (Brundtland-Bericht) oder es wird zu einem Jahrhundert der Nachhaltigkeit, in dem ökologische Verträglichkeit mit sozialer Gerechtigkeit und einer Ausweitung der Demokratie verbunden wird. Doch bisher wurde eine Politik der Rückkehr zum menschlichen Maß nicht in Gang gesetzt.

Deshalb ist eine sozial-ökologische Transformation von der ersten zur zweiten Moderne – von der einfachen zur reflexiven Modernisierung – notwendig, deren strategischer und konzeptioneller Ausgangspunkt der gerechte und solidarische Schutz von Mensch und Natur ist. Sie muss politisch organisiert und durchgesetzt werden. Dabei geht es nicht um Teilantworten oder einzelne Reformen, sondern um eine grundlegende Reform unseres Gesellschaftsmodells hin zu einer reflexiven Modernisierung. Dies ist eine Herausforderung an unsere Kultur, um die Kraft der Freiheit und Demokratie, von Vernunft und Verantwortung zu nutzen. Der Kulturrat hat mit seinen Protesten gegen die Freihandelsabkommen, die zur alten, niedergehenden Welt gehören, einen wichtigen Schritt getan. Weiter so.

Michael Müller ist seit 1995 Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands. 1983 bis 2009 war er für die SPD im Bundestag und von 2005 bis 2009 Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt

Überleben oder untergehen

Implikationen des Anthropozäns für die Theater

ULRICH KHUON

Theater ist im Allgemeinen ein langsames Medium. Insofern hat es der noch junge Begriff des Anthropozäns, den Paul Crutzen Anfang des Jahrtausends prägte, bisher kaum auf die Bühne geschafft. Erst allmählich werden die kulturellen und philosophischen Implikationen des zunächst geowissenschaftlichen Terminus für die Theater sichtbar. Doch in der Langsamkeit des Mediums liegt zugleich seine Chance. Dass das Deutsche Theater Berlin die kommende Spielzeit mit einer Adaption von Max Frischs »Der Mensch erscheint im Holozän« eröffnet, ist Ausweis dieses Doppelgesichts, aktuelle Debatten nicht (nur) abzubilden, sondern sie im Durchgang durch die (Literatur-)Historie zu rekontextualisieren.

Frisch erzählt in seinem Text aus dem Jahr 1979 von einem alten, isoliert lebenden Mann, dessen Tessiner Tal nach starken Regenfällen von der Außenwelt abgeschnitten ist. Der alte Mann muss begreifen, dass all seine Ordnungen und Systematiken angesichts der Naturvorgänge bedeutungslos werden. Vor dem Hintergrund der These, wir lebten in der »Menschenzeit«, ist der Gegensatz zwischen gleichmütiger Natur und vergänglicher Kultur, der die Erzählung durchzieht, ein inzwischen überholter. »Natur – das ist in Zukunft vor allem Menschenwerk«, sagt Christian Schwägerl, der die Idee des Anthropozäns Ende 2011 mit einem Vortrag im Deutschen Theater vorstellte. »Die Menschheit kratzt nicht nur an der Oberfläche der Natur, sondern verändert sie tiefgreifend, global und langfristig – so sehr, dass sich das zu einer geologischen ‚Erdepoche des Menschen' summiert.«

Und doch: Gerade der letztendliche Gleichmut in Frischs Erzählung erinnert avant la lettre an einen anderen Gedanken der Anthropozän-Theoretiker: dass der Mensch lernen müsse, sich als lediglich eine Art unter weiteren Arten zu verstehen. Eine Art allerdings, deren Technologie entweder das Überleben der einen, neuen, hybriden Natur ermöglicht oder aber den eigenen Untergang herbeiführen wird.

Eine Variante solcher – aus humaner Perspektive – Dystopie umreißt Dietmar Dath in seinem Roman »Die Abschaffung der Arten«, den Kevin Rittberger 2009 für das Deutsche Theater adaptiert hat: der Entwurf einer Welt nach dem Menschen. Dass sich dieses »Zeitalter nach der Langeweile« in Daths literarisch und theoretisch hochavanciertem Versuch als zuerst menschliches Projekt erweist, ist eine Volte, die die Verfechter des Anthropozäns erfreuen müsste.

Ulrich Khuon ist Intendant des Deutschen Theaters Berlin

Wegweisende Ideen verfolgen

Die Rolle des Anthropozän im Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)

PETER WEIBEL

Als Teil der Ausstellung »Exo-Evolution« (30.10.2015–28.02.2016) zeigte das ZKM | Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe unter anderem die Installationen »Closing the Carbon-Cycle« (2015) von Geoffrey A. Ozin und »Retooling Evolution: Nature at Work« (2015). Ozin beschäftigt sich mit den Problemen des Klimawandels, der Verschmutzung der Luft durch den vermehrten CO2-Ausstoß, also eines der nachhaltigsten Veränderungen auf dem Planeten Erde durch die Einwirkung des Menschen. Inspiriert durch die Photosynthese möchte er den Sauerstoff (Oxygen) aus CO2 (Kohlenstoffdioxid) zurückgewinnen und unter Heranziehung von Sonnenenergie synthetische Treibstoffe produzieren. Mit dieser Mischung aus Nanotechnologie und Chemie könnte eine Lösung sowohl des Energie- wie des Klimaproblems erzielt werden.

Ein anderes Beispiel für eine durch den Menschen veränderte Umwelt bietet »Retooling Evolution«, die in Kooperation zwischen dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und der Firma Heurisko entstanden ist. In Echtzeit werden für den Besucher sichtbar Mikroorganismen gezüchtet, die in der Lage sind, problematische Chemikalien aus der Umwelt zu entfernen. Die Arbeit »Submarine for Conversion of Plastics and Biomass« (2015) von Peter Fend und Ocean Earth besteht aus dem Konzept zur Gewinnung von Methan und Wasserstoff durch die Umnutzung russischer Atom-U-Boote, die Plastikmüll und Braunalgen aus dem Meer ernten sollen. Die Ozeane werden vor Pollution geschützt und gleichzeitig zu Quellen erneuerbarer Energien.

Ausstellungen bieten die Möglichkeit, Ideen zur Lösung des Energie- und Klimaproblems aufzuzeigen

Zur Verdeutlichung der Absichten der Ausstellung »Exo-Evolution« wurde auch eine Arbeit präsentiert, die ab 2013 vom Haus der Kulturen der Welt in Berlin im Umfeld des Anthropozän-Projekts produziert wurde: »Anthropocene Observatory #4 The Dark Abyss of Time« von Armin Linke, Territorial Agency, Anselm Franke, und anderen.

Mit den Ausstellungen »Reset Modernity!« von Bruno Latour und »Territorial Agency: Museum of Oil« ab April 2016 verfolgt das ZKM weiterhin die wegweisenden Ideen der Anthropozän-Forschung, die sie bereits mit Ausstellungen wie »Surroundings Surrounded« von Olafur Eliasson (2001) aufgegriffen hat.

Peter Weibel ist Vorstand des ZKM | Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe

Allmacht in Demut

Handeln im Anthropozän

RÜDIGER KRUSE

Was soll politisch daran sein, wenn Wissenschaftler feststellen, dass die Sedimente, die auf den Menschen zurückzuführen sind, so signifikant sind, dass sie einen Abschnitt der 4.500.000.000 Jahre alten Erdgeschichte definieren? Alles.

Das Anthropozän ist politisch ein so tiefer Einschnitt wie die Evolutionstheorie. Die Evolutionstheorie negiert nicht den Schöpfer, sie stellt uns in eine Reihe mit den Mitgeschöpf(t)en. Das Anthropozän stellt fest, dass wir uns die Erde untertan gemacht, also den biblischen Auftrag erfüllt haben. Es ist vollbracht, wir Zauberlehrlinge stehen vor unserem Werk. Und anders als der Schöpfer am Ende der Genesis kann über uns nicht so recht gesagt werden: Und sie sahen, dass es gut war. Menschenwerk halt. Beeindruckend, bedrückend, bedrohlich, begeisternd. Es gibt gute Gründe zu sagen, es ist noch nicht fertig. Darin liegt die Chance.

Die Bestimmung von Erdzeitaltern ist bisher politisch nicht relevant gewesen. Kreidezeit? Holozän? Nur das Leugnen der Erdgeschichte wäre politisch von Bedeutung. Mit dem Anthropozän wird das, wird alles anders. Epoche, Periode, Ära, Äon, Holozän, Quartär, Känozoikum, Phanerozoikum ,- die Beschäftigung mit diesen Begriffen kann ein Politiker als interessantes Hobby angeben, für seinen Alltag hat es keine Relevanz. Auch die Frage, ob das Anthropozän nun eine Epoche, eine Periode oder gar eine Ära ist, ist etwas für Feinschmecker. Als Politiker an einer solchen Debatte an einem Abend teilzunehmen hat etwas anregendes, es ist ideal für einen guten Salon, aber das war's dann auch.

Entscheidend ist aber: Mit dem Anthropozän gibt es keine Entschuldigung mehr, keine Relativierung, keine Rettung vor uns selbst. Der Rest unserer Unschuld, den wir irgendwie aus dem Paradies noch mit herüber genommen haben, der an uns haften blieb, ist verloren. Das Feigenblatt, das uns exkulpierte, ist fort. Wir sind nackt. Aber nicht in diesem üblichen Sinne, wo Nacktheit für Blöße, für Schwäche, für Ausgeliefert- und Verlorensein steht, sondern im Sinne von roh, brutal, unverhüllt. Es lässt sich nicht mehr verstecken, wir sind es, wir sind die Herren der Welt (nicht – wie bislang – des Universums). Ja, wir reisen selbst auf dem Raumschiff Erde mit, aber wir sind die Piloten. Wir entscheiden, was auf dieser Erde, was mit dieser Erde passiert. Vulkanausbrüche und Erdbeben sind die letzten Naturgewalten, die von uns unbeeinflusst Schicksal spielen. Wir sind wie Phaeton, der sich das Lenken des Sonnenwagens von Helios ausbedang, von der Bahn abkam und größte Zerstörung über die Welt brachte. Er wurde durch einen von Zeus geschleuderten Blitz gestoppt. Auf Zeus können wir lange warten. Wir müssen den Wagen selbst stabil in der Bahn halten. Es gibt also keine Rettung, wenn nicht durch uns selbst. Die Natur als Sehnsuchtsort, als Antipode zum Moloch der Metropolen, die da unbeeinflusst um uns existiert, die gibt es nicht mehr. Weder rettend noch bedrohend. Sie ist kein Zufluchtsort mehr, keine Alternative, sie ist auch nicht mehr das Bedrohliche, dem man die menschliche Existenz abtrotzen muss. Ihre Wälder bieten keinen Schutz mehr, aus ihren Wäldern kommen keine gefährlichen Kreaturen mehr, die unser Überleben infrage stellen könnten. Am anderen Ende der Meere fällt man schon lange nicht mehr herunter, noch liegt dort ein neuer Kontinent, auf dem wir ein besseres Leben starten könnten. Alles entdeckt, alles erobert, alles mit einer Schicht unserer Wirkungsmacht überzogen.

Ob die Meere genügend Fische für uns hergeben, bestimmen wir, nicht die Natur. Wenn große Seen oder selbst Meere austrocknen, dann ist das kein Naturereignis, sondern Kollateralschaden unseres Handelns. Die Festlegung eines Zeitalters des Menschen ist keine Ermächtigung, die Selbstermächtigung ist längst erfolgt. Sie ist die Zuweisung der kompletten Verantwortung. Ist das Blasphemie? Nein. Die Welt entwickelt sich nicht entlang eines göttlichen Plans. Gott, wie wir durch den Karfreitag wissen, leidet mit uns, aber er bestimmt uns nicht. Er greift nicht ein. Also taugt auch dieser Exkulpierungsversuch nicht. Man kann eben alles delegieren, nur nicht die Verantwortung. Verantwortung zu übernehmen fällt umso schwerer, je mehr Ort und Zeit des Handelns mit Ort und Zeit der (Neben-)Wirkung auseinanderfällt. Wenn wir heute Kohle verbrennen, dann sichert das hier und jetzt die Energieversorgung und trägt zugleich dazu bei, dass in einigen Jahrzehnten flache Küstenregionen überflutet werden. Daran ändert das Anthropozän nichts. Aber es verstärkt das Bewusstsein, verantwortlich zu sein. Es macht uns klar, dass es nicht einen übergeordneten Regelungsmechanismus gibt, kein System, das unsere Einflüsse kompensieren könnte. Dieses Ausmaß an Verantwortung, das nahezu aus der Allmacht folgt, macht demütig. Oder wahnsinnig. Ich bin gegen Wahnsinn in der Politik.

Rüdiger Kruse ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Hauptberichterstatter für Kultur und Medien im Haushaltsausschuss und Beauftragter für maritime Wirtschaft der CDU/CSU-Fraktion

FOTO: READYTOGO / FOTOLIA.COM

Luftaufnahme New York City mit Blick auf den Central Park

FOTO: PICTURE ALLIANCE / PIXSELL

Aquakultur in der Adria – Thunfischzucht vor der kroatischen Insel Ugljan

Willkommen im Anthropozän

Eine Sonderausstellung im Deutschen Museum

NINA MÖLLERS

Der Mensch als Teil der Natur, als ihr Veränderer, vielleicht sogar ihr Zerstörer? Keine wirklich neue Idee, mag man denken. Und doch ist das Anthropozän als Konzept, Perspektive und geologischer Begriff etwas Neues, ja in mancherlei Hinsicht gar etwas Revolutionäres, denn es begreift den Menschen als einen bio- und geologischen Akteur, der imstande ist, die Erdgeschichte zu verändern. Damit steigt der Mensch auf in die Riege anderer geologischer Mächte wie dem Vulkanismus oder der Plattentektonik.

Die Idee des Anthropozäns ist nicht unumstritten. Menschliche Hybris, technologischer Größenwahn, kapitalistisches Hegemoniebestreben – dies sind nur ein paar Vorwürfe, die Skeptiker äußern. Nicht zu Unrecht, denn wie genau das Anthropozän aussieht und was wir Menschen aus ihm machen, ist noch völlig offen. Dass wir unseren Heimatplaneten bereits stark verändert haben, steht jedoch außer Frage. Dreiviertel der eisfreien Landoberfläche befindet sich nicht mehr in ihrem ursprünglichen Zustand. 70 Prozent der erdweiten Pflanzenaktivität entstammt heute menschlichen Zuchtpflanzen, 90 Prozent der erdweiten Biomasse machen wir Menschen und unsere Nutztiere aus. Durch Landwirtschaft und (Ab-)Bautätigkeit lagert der Mensch fast 30 mal mehr Sediment und Gestein um, als es im Schnitt der letzten 500 Millionen Jahre ohne sein Zutun der Fall war. 50 Millionen Kilometer Erdöl- und Erdgasbohrlöcher sind bislang gebohrt worden; das entspricht der Länge des Erddurchmessers – mal 3937. Der Bedarf an Süßwasser hat sich zwischen 1930 und 2000 versechsfacht und der Gehalt an Kohlendioxid und Methan in der Atmosphäre war seit 400 000 Jahren nicht höher.

Natürlich hat der Mensch seine Umwelt schon immer verändert. Doch erst mit der großflächigen Industrialisierung und Technisierung kam es zu einer Globalisierung im doppelten Sinn: Heute treten die Effekte menschlichen Tuns auf der ganzen Welt auf und sie erreichen in ihren Auswirkungen globale Ausmaße. Bekannt gemacht wurde der Begriff durch den Atmosphärenchemiker und Nobelpreisträger Paul J. Crutzen, der im Jahr 2000 zusammen mit dem Biologen Eugene Stoermer die Idee einer neuen Epoche beschrieb, die auf das Holozän folgt und durch tiefe Eingriffe des Menschen in die Natur gekennzeichnet ist. Ob sich diese Eingriffe in geologisch nachweisbarer Form niederschlagen und wann dieser neue Zeitabschnitt beginnen würde, wird derzeit in der internationalen Geologen-Gemeinschaft leidenschaftlich diskutiert.

Darüber hinaus ist das Anthropozän längst zu einem Kulturbegriff geworden. Ob in anderen Wissenschaften, Kunst, Literatur oder Politik – die Idee irritiert, fasziniert und polarisiert. Dass wir unsere Umwelt arg strapazieren und Strategien der Nachhaltigkeit wichtiger denn je sind, ist dabei nicht neu. Doch das Konzept des Anthropozäns vermag es, bislang isoliert oder parallel zueinander betrachtete Phänomene und Probleme zu bündeln und miteinander in

Heute treten die Effekte menschlichen Tuns auf der ganzen Welt auf und erreichen globale Ausmaße

Beziehung zu setzen. Und es trägt der nicht unwesentlichen Tatsache Rechnung, dass wir zwar in einer Reihe mit anderen erdsystemischen Akteuren wie den Cyanobakterien stehen, anders als diese jedoch Bewusstsein über unser Handeln besitzen. Gewollt oder ungewollt, der Mensch ist nun am Steuer – im »driver's seat« wie es im Englischen heißt. Doch wohin geht die Reise?

Das lotet seit Dezember 2014 eine große Sonderausstellung mit dem Titel »Willkommen im Anthropozän. Unsere Verantwortung für die Zukunft der Erde« im Deutschen Museum in München aus. Diese weltweit erste große Ausstellung zum Thema, die in Kooperation mit dem Münchner Rachel Carson Center for Environment and Society entstanden ist, präsentiert auf 1.400 qm das Anthropozän anhand ausgewählter Themen wie Urbanität, Mobilität, Natur, Evolution, Ernährung und Mensch-Maschine-Interaktion. Historische Exponate vermitteln unseren Weg ins Anthropozän, aktuelle Forschungsergebnisse und Projekte stellen die Herausforderungen und mögliche Lösungen vor und künstlerische Übersetzungen regen zum Nachdenken an. Dass sich mit dem Deutschen Museum gerade eines der größten Technik- und Wissenschaftsmuseen der Welt dem Anthropozän widmet, ist kein Zufall. Ohne Technologien der Landwirtschaft, des Bergbaus oder des Verkehrs – um nur einige zu nennen – sind die Veränderungen, die wir im Anthropozän diskutieren, gar nicht denkbar. Es ist nicht zuletzt die Ambivalenz von Technik – auf der einen Seite Urheberin vieler Umweltprobleme, auf der anderen Seite unabdingbarer Teil bei der Suche nach Linderung und Lösungen –, die das Anthropozän prägt und die gesamtgesellschaftlich, ja global, diskutiert werden muss.

Auf die Einleitung folgt in der Ausstellung deshalb ein 20 Meter breites und 3,50 Meter hohes Objektregal. Ein Dutzend Artefakte verschiedener Technologien, darunter ein Lanz Traktor von 1921, das Indoeuropäische Telegraphensystem von Siemens & Halske von 1867, ein Apple Computer von 1984 oder Haarföhne aus den 1920er bis 1960er Jahren, repräsentieren markante technische Wegmarken auf dem Weg ins Anthropozän. Ihre Anordnung in einem komplett mit Pappe verkleidetem Regal, bespielt mit skizzenhaften Symbolen und Graphiken, beleuchtet den Systemcharakter von Technik. Als Teil eines menschengemachten soziotechnisch-ökologischen Systems basieren diese und andere Technologien auf der Nutzung natürlicher Ressourcen, deren massive Verwendung die Erde stetig verändert.

Den Hauptteil der Ausstellung bilden sechs Themenplatten, die, wie Puzzleteile im Raum arrangiert, zusammen ein Ganzes ergeben. Die Platten stehen in einem direkten Bezug zueinander, ihre »Bruchkanten« legen »geologische Spuren« frei, die die behandelten Themen an die geologische These rückbinden. Viele der auf den Platten diskutierten Fragen mögen auf den ersten Blick gar nicht so neu erscheinen: Was essen wir? Wie bewegen wir uns und was reist mit uns? Wie werden unsere Städte in der Zukunft aussehen? Übernehmen Maschinen mithilfe von unsichtbaren Algorithmen langsam die Kontrolle? Was ist eigentlich Natur? Und wie weit werden und wollen wir noch in die Evolution eingreifen? Angesichts wachsender Wechselwirkungen zwischen der Bio-, Geo- und Soziosphäre, zwischen globalen und lokalen Handlungen sowie zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft erhalten diese Fragen aber eine neue Relevanz. Vielfältige Interaktionen, Komplexität und verschwimmende Grenzen sind expliziter Konzeptionsgedanke der Ausstellung. Deutlich wird dies unter anderem in der Auswahl der Exponate: Neben Objekten technischer und naturwissenschaftlicher Provenienz finden sich naturkundliche, ethnologische und künstlerische Objekte. Auf der Themenplatte Evolution verdeutlichen Schädel und Dermoplastiken am Beispiel unseres »besten Freundes«, dem Hund, die lange Geschichte menschlicher Züchtung. Dem »Verändern« steht das »Abschaffen« gegenüber: Das große, bunte, gehäkelte Korallenriff ist in einer partizipativen Kunstaktion auf Föhr entstanden und vermag es auf besondere Weise, die für die maritimen Ökosysteme verheerende Ozeanversauerung in den Fokus zu rücken.

Für das Anthropozän sind das globale Kollektiv und das lokale Individuum gleichermaßen bedeutsam. Ein prägendes Motto der Ausstellung lautet deshalb: Du bist anthropozän! Die anthropozäne Erde macht uns alle zu globalen Akteuren, egal wie klein wir unseren Wirkungsradius einschätzen mögen. Die auf den Platten dargestellten Themen spielen mit diesem Modus des Herein- und Herauszoomens. So zeigen im Comic-Stil gezeichnete Filme auf der Ernährungsplatte die globalen Entstehungs- und Wirkungsketten von Lebensmitteln, die wir täglich konsumieren und die uns eine persönliche Meinung abverlangen: Welche Ernährungsweisen und Lebensmittel können wir uns angesichts der immer weiter steigenden Weltbevölkerung bei gleichzeitiger Flächenkonkurrenz in der Landwirtschaft leisten? Wie stehe ich zu In-vitro-Fleisch und kann ich meinen Ekel vor Insekten – in Asien, Afrika oder Südamerika häufig fester Nahrungsbestandteil – überwinden?

Auch wenn viele Phänomene des Anthropozäns auf das zerstörerische Potenzial der Menschen verweist, verdeutlicht die Ausstellung auch ihre einzigartigen kreativen und geistigen Fähigkeiten. Aus dieser Spannung heraus erwachsen die Möglichkeit und die Verantwortung, das Anthropozän zu gestalten. Im finalen Teil der Ausstellung werden die Besucher und Besucherinnen deshalb dazu eingeladen, zu Gärtnern einer künstlichen Papierblumenlandschaft zu werden, in der sie ihre Wünsche, Hoffnungen, Ängste und Ideen miteinander teilen. Es gibt keine Anweisungen, was aufzuschreiben ist. Klar ist aber: Wir sind alle Teil des Anthropozäns und haben Anteil an seiner Gestaltbarkeit – selbst dann, wenn wir uns entscheiden, nichts zu tun.

Nina Möllers arbeitet als promovierte Historikerin am Deutschen Museum und dem Rachel Carson Center for Environment and Society. Sie ist leitende Kuratorin und Projektmanagerin der Sonderausstellung »Willkommen im Anthropozän. Unsere Verantwortung für die Zukunft der Erde« (bis 30.09.2016)

Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen: N. Möllers, C. Schwägerl, H. Trischler, Willkommen im Anthropozän. Unsere Verantwortung für die Zukunft der Erde, München 2015, ISBN 978-3-940396-48-8

THEMA

Menschen können auch positive Fußabdrücke hinterlassen

Zum Konzept des Anthropozän

MONIKA GRIEFAHN

Die gute Nachricht ist: Der Mensch kann gestalten. Die Diskussion um die Frage, wann das Anthropozän begonnen hat und ob man das derzeitige Zeitalter wirklich offiziell so nennen sollte, dreht sich in der wissenschaftlichen Debatte allerdings vornehmlich um die gestaltenden negativen Einflüsse des Menschen. Ob es nun um die Einschleppung von Krankheiten in die »neue« Welt zu Beginn des 17. Jahrhunderts geht, die die indigene Bevölkerung zum Aussterben brachte, ob es der Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert ist, das Artensterben von Tieren und Pflanzen im rasanten Tempo oder die Klimaänderungen, die Paul Crutzen dazu brachten, den Begriff zu Beginn des Jahrtausends zu prägen – all diese Entwicklungen sind auf negative Handlungen des Menschen zurückzuführen. Vergessen wir dabei aber nicht: Der Mensch hat auch viele gute Sachen gestaltet.

Der Mensch unterscheidet sich von allen anderen Lebewesen dadurch, dass er ein kulturelles Wesen ist. Das bedeutet, er kann Dinge gestalten. Er braucht aber auch die Möglichkeit dazu. Wie hat er seine Fähigkeiten genutzt – abseits der oben angeführten Beispiele weniger rühmlicher Taten? Er hat Medikamente gegen Krankheiten erfunden. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen war noch nie so hoch wie heute – und die Menschen blieben auch noch nie so jung. Ein 70-Jähriger gehörte vor noch wenigen Generationen zum alten Eisen. Heute wird er häufig als »Bestager« umworben, sogar in Unternehmen, denn er verfügt über wertvolle Erfahrungen und ist noch fit genug, sich innovativ einzubringen. Sicher gibt es Ausnahmen und körperlich fordernde Berufe, so dass Menschen beim Eintritt in die Rente auch erschöpft sind. Der Trend aber geht dahin, dass die »neuen Alten« sehr agile Teile der Gesellschaft sind. In Europa sind wir bis jetzt in den letzten 70 Jahren im Wesentlichen nicht untereinander in kriegerischen Auseinandersetzungen gewesen. Eine Zeit lang hat die Aufklärung gewirkt.

Und der Mensch hat Kultur erschaffen: Werke voller Poesie in Text und Ton, Malerei und Plastik, er verleiht der Gesellschaft Ausdruck durch Theater und Filme. Es ist Kultur, die über Jahrhunderte bleibt, wie wir an Barockmusik oder selbst Kirchenchorälen sehen. Der Mensch ist Teil der Erde, der Natur. Das heißt, es muss auch seine Möglichkeiten nutzen, für die Erde nützlich zu sein, einen positiven Fußabdruck zu hinterlassen. Hier gibt es noch viel zu tun, aber viele gesellschaftliche Trends, ein Umdenken an vielen Stellen in Politik und Wirtschaft, eine junge Generation, die Sinn und Erfüllung in dem finden will, was sie tut, weisen doch darauf hin, dass das Anthropozän eine negative und eine positive Seite hat.

Kreativität im gesellschaftlichen Kontext entscheidet mit, ob Menschen mit den Herausforderungen, die sie sich selbst geschaffen haben – Krieg, Ressourcen- und Klimazerstörung – fertig werden. Das, was wir Menschen besitzen, nämlich unsere Kreativität, muss dafür sehr früh entwickelt werden, und sie muss dann nicht nur für künstlerische Ausdrucksformen eingesetzt werden, sondern für den Zusammenhalt der Menschen, den Erhalt der Ressourcen und die Lebensperspektive zukünftiger Generationen. Für ein Leben mit umfassender Qualität. Wenn man in der Literatur zum Anthropozän stöbert, bleiben jedoch die Lösungen für ein zukünftiges Leben – oder gar glückliches Leben – häufig unerwähnt. Dabei gibt es viele Pioniere, die Wege für ein positives Lebensgefühl gehen und Perspektiven für Menschen zeigen.

Eine wichtige Gruppe an Pionieren, hauptsächlich in der Wissenschaft und Wirtschaft, ist jene, die nach dem Cradle to Cradle-Prinzip arbeitet:

Cradle to Cradle,»Von der Wiege bis zur Wiege«, ist ein Designkonzept, das die Natur zum Vorbild hat. In der Natur sind alle Produkte eines Stoffwechselprozesses für einen anderen Prozess von Nutzen. Das Laub eines Baumes beispielsweise ist Nahrung für ihn selbst und andere Pflanzen. Aus einer verschwenderischen Fülle von Kirschblüten entsteht eine neue Generation von Kirschbäumen. Jedes Produkt, mag es noch so sehr als Abfallprodukt erscheinen, ist nützlich.

Von Menschen gemachte Produkte nach der Cradle to Cradle-Konzeption funktionieren genauso. Sie sind darum eine wichtige Antwort auf die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Sie werden im Hinblick auf ihren gesamten Lebenszyklus entwickelt. Stoffströme für sämtliche Güter zirkulieren in technischen oder biologischen Kreisläufen. Ein T-Shirt zum Beispiel, dessen Produktionsprozesse keine schädlichen Bestandteile enthalten und das biologisch abbaubar ist, kann kompostiert werden. Es geht in den biologischen Kreislauf zurück und ist ein biologischer Nährstoff. In einem technischen Kreislauf können entsprechend ausgewählte Materialien zirkulieren. Was in einem Lebenszyklus theoretisch Abfall ist, wird in einem anderen, gleichwertigen Lebenszyklus wichtiger Nährstoff.

Ziel des Cradle to Cradle-Konzepts (kurz C2C) ist eine umfassende Verbesserung der Produkte sowie eine Nutzung der Rohstoffe so, dass sie für alle Menschen auch in Zukunft reichen. In Cradle to Cradle-Qualität sind Produkte

- hochwertiger und praktischer für den Nutzer
- gesund für alle, die mit dem Produkt in Berührung kommen
- von Vorteil für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft

Cradle to Cradle basiert auf drei innovativen Prinzipien:

- Jedes Produkt ist so konzipiert, dass es ein Nährstoff für ein anderes Produkt ist: Abfall = Nährstoff.
- Jedes Produkt wird durch die ständig vorhandene Kraft aus der Sonne erzeugt, also mithilfe erneuerbarer Energien.
- Jedes Produkt trägt zur Vielfalt bei – sei es im Hinblick auf Konzept, Kultur oder Biodiversität.

Die Grundlage einer nachhaltigen Gesellschaft, die auch das Wirtschaften nach Cradle to Cradle umfasst, ist eine Kultur der Partizipation, der Empathie und Fairness, der Vielfalt und Schönheit. Diese Begriffe orientieren sich an den ureigenen Bedürfnissen des Menschen, und nur, wenn diese Bedürfnisse erfüllt werden, können Menschen zu einer Form der Nachhaltigkeit kommen, die diesen Namen verdient und die dauerhaft umsetzbar bleibt. Denn nur etwas, das den Bedürfnissen der Menschen entspricht, wird von ihnen freiwillig und mit Lust umgesetzt.

Das Konzept Cradle to Cradle enthält eine zeitgemäße kulturelle Dimension: die Wandlung der Besitz- zu einer Service-Gesellschaft. Es geht davon aus, dass, wenn wir die richtigen Dinge tun, Produkte richtig und von umfassender Qualität herstellen (ökonomisch, ökologisch, sozial und kulturell), dass dann alle etwas davon haben. Dieses Konzept ist mithin geeignet, den Zwang zu Besitztum aufzubrechen und eine deutliche kulturelle Veränderung in der Gesellschaft zu stützen.

Die Kultur des Besitzens war sicherlich nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem der Bevölkerung alles genommen wurde, eine logische Schlussfolgerung. In einer Zeit, in der häufige Umzüge, Arbeitsplatzwechsel, auch Partnerwechsel, dem Leben immer wieder neue Wendungen geben, ist die Kultur des Besitzens aber eher hinderlich. Das zeigt sich auch in Trends, dass immer weniger Menschen wertvolles Geschirr sammeln oder schwere Eichenschränke kaufen. So gesehen ist der Zeitgeist günstig, um zu einer Kultur des Gebrauchens und des Nutzens zu kommen. Es ist ein gesellschaftlicher Wandel, der nicht zum Verzicht auffordert, sondern zu intelligenten Lösungen. So bleiben

Grundlage von Nachhaltigkeit ist eine Kultur der Teilhabe, der Empathie und der Fairness

Produkte, die nach dem C2C-Prinzip hergestellt worden sind, im Eigentum des Herstellers. Er hat folglich ein Interesse, nur Materialien zu verwenden, die er auch wieder nutzen kann. Er leiht die technischen Geräte nur aus. So kauft der Nutzer, der Verbraucher, 1000 Waschgänge für seine Waschmaschine, der Hersteller tauscht sie danach entweder aus oder verkauft dem Nutzer weitere 1000 Waschgänge. Verbraucher besitzen dann nicht mehr eine Maschine voller Materialien, die für ihn nur Sondermüll werden, sondern er nutzt sie nur noch.

Es ist die große Aufgabe der Politik, den entsprechenden demokratischen Rahmen für die Beschleunigung dieses Trends zu schaffen. Und es ist die große Aufgabe der Kultur, diesen Rahmen einzufordern und ihn mit Leben zu füllen in einer Weise, die einer demokratischen Gesellschaft guttut.

Kulturschaffende und kulturelle Einrichtungen sind damit grundsätzlich politisch, denn sie gestalten das, was Menschen von den anderen Lebewesen unterscheidet. Und deshalb tragen Kultur und Kulturpolitik dazu bei, die Möglichkeiten zu entwickeln, dass Menschen einen positiven Fußabdruck auf der Erde hinterlassen und sie nicht zerstören. Kreativität ist Motor und Ansporn, kann Entwicklungen negativ – aber auch positiv – befördern. Kultur und Kulturpolitik können neue Leitbilder entwickeln und sie mithilfe der kulturellen und kulturpolitischen Akteure transportieren, in die Gesellschaft transmittieren und so Werte und Ansichten, grob gesagt: Kultur verändern. Das Leitbild des Verzichts und des Zerstörens kann mithilfe von Kultur und Kulturpolitik durch das Leitbild des Gebrauchens statt Verbrauchens ersetzt werden.

Das zu erstrebende Leitbild müsste

- den Menschen als aktiven Teilnehmer im Naturprozess definieren
- den lustvollen Konsumenten darlegen, der aber die Produktion von Müll ablehnt
- Effizienz und Sparen nicht als eine Lösung präsentieren, sondern als Hilfe bei der Verfolgung der richtigen Lösung
- Nicht nur an die Moral der Menschen appellieren, sondern auch an seine Intelligenz und Klugheit, an die Lust zum neu Entdecken und neu Erfinden der Welt, die er selbst täglich hervorbringt.

Kulturpolitik muss aber auch generell das fördern, was den Menschen sich als kreativen, nachhaltig denkenden und handelnden Menschen entfalten lässt. Das heißt, sie muss die Fähigkeiten, Probleme zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu finden, nach ethischen Grundsätzen zu handeln, eigene Initiativen mit Handlungsmöglichkeiten anderer Menschen zu verbinden, fördern. »Quer« denken und Lösungen finden, das schaffen wir nur mit einer offenen Kultur.

Und damit blicken wir auf die Möglichkeiten und nicht auf die Gefahren: Willkommen im Anthropozän! Lassen Sie uns gemeinsam einen positiven Fußabdruck hinterlassen.

Monika Griefahn ist Ministerin und Bundestagsabgeordnete a.D. und Gründerin und Geschäftsführerin des Instituts für Medien, Umwelt, Kultur (IMUK)

Künstliche Palmeninsel in Dubai

FOTO: PICTURE ALLIANCE / MILAGROPRESS / MAXPPP

Erfreuliche Profilschärfung

Die Verleihung des achten Deutschen Computerspielpreises

FELIX ZIMMERMANN

FOTO: GISELA SCHOBER / GETTY IMAGES

Alexander Dobrindt, MdB, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, und Dorothee Bär, MdB, Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, bei der Verleihung des Deutschen Computerspielpreises

Es war als bebte die Erde, als der 3,20 Meter hohe Koloss über den blauen Teppich stampfte, den man anlässlich der Verleihung des achten Deutschen Computerspielpreises (DCP) in der BMW Welt in München verlegt hatte. Es zog die Blicke an, dieses metallene Ungetüm, das aus leuchtenden Zylindern Rauch schoss, während es für die Kameras posierte. Ein Autobot aus dem auch im Kino erfolgreichen Transformers-Universum stahl den pompös in Szene gesetzten BMW-Maschinen im ungekannt glamourösen Ambiente des Museums- und Ausstellungskomplexes die Schau. In einem Ford Mustang nachempfundenen Kostüm steckte ein Cosplayer, einer von vielen an diesem Abend, darunter Lara Croft aus der Tomb Raider-Reihe und Rufus aus den Deponia-Spielen, um nur einige Computerspielcharaktere zu nennen: Die Ausrichter, das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), der GAME Bundesverband (GAME) sowie der Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU), hatten zahlreiche Kreative gebucht, die Figuren aus Film und Spiel in Kostüm und Verhalten aus der Fiktion in die Wirklichkeit zu übertragen suchen. Ein in doppelter Hinsicht kluger Schachzug: Die leidenschaftlichen Kostümbauer, Maskenbildner und Schauspieler, kurz: Cosplayer, belebten den diesjährigen Computerspielpreis ungemein, waren Unterhalter und Ausstellungsstück zugleich. Damit warf man geschickt ein Schlaglicht auf die Diversität der Computerspielbranche, deren kreatives Potential sich eben nicht in der Entwicklung der Spiele selbst erschöpft, sondern vielfältige Auseinandersetzungen mit Charakteren und Inhalten auch außerhalb des Digitalen stimuliert. Waren im letzten Jahr noch einige wenige Cosplayer bei der Verleihung in Berlin gewesen, hatte man die Beteiligung dieser vielfach noch als Freaks verkannten Künstler diesmal zu einem zentralen Element gemacht. Deutsche Youtube-Stars wie LeFloid, Sarazar und Pietsmiet, mit dem man am Abend zuvor live einige nominierte Produktionen gespielt und über die Online-Plattform Twitch gestreamt hatte, standen mit ihren mehreren Millionen Fans für einen weiteren essenziellen Zweig der breitgefächerten Branche.

Als die Verleihung im Auditorium der BMW Welt begann, war die Stimmung ausgelassen, Alexander Dobrindt, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dorothee Bär, Staatssekretärin bei diesem Minister, und die Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, die an diesem Abend Gastgeberin war, scherzten noch in der ersten Reihe, die Halle war gut gefüllt. In diesem Jahr wurden alle 14 Preise während der Gala vergeben; im letzten Jahr hatte man einige Preise bereits im Vorfeld überreicht, um die Gala am Abend zu straffen. Moderatorin Annett Möller machte dann auch keinen Hehl daraus, dass die Preisverleihung unter einem strengen Zeitregiment stand, vieles wirkte hektisch und im Verlauf des Abends wurden den Preisträgern immer kürzere Redezeiten zugestanden. Die Unruhe übertrug sich auch auf das Publikum und als beim Auftritt der Band MIA auch noch die Cosplayer vermeintlich ungeplant auf die Bühne kamen, schien sich bei den Verantwortlichen eine kaum nachvollziehbare Panik vor dem Zeitplanungs-GAU breitzumachen. Die obligatorischen Gruppenfotos mussten jetzt noch schneller abgearbeitet werden. Eine stärkere Gelassenheit hätte der Preisverleihung gutgetan. Dass alle 14 Kategorien am Abend vertreten waren, ist deren Bedeutung nur angemessen und sollte unbedingt beibehalten werden.

Gekürzt werden könnte bei den allerdings wohl unumgänglichen Reden, bei denen aus der japanischen Entwicklerikone Shigeru Miyamoto schon einmal Miyamato, aus dem Brettspiel »Die Siedler von Catan« schon einmal »Die Siedler von Catar« wurde. Der bedeutungsvoll als »Bundesdigitalminister« angesagte Alexander Dobrindt bezeichnete den Preis als »Highscore der deutschen Gamesbranche«, bevor er die größten Fortschritte des Preises im Vergleich zum letzten Jahr referierte. Von 385.000 Euro wurden die ausgeschütteten Preisgelder um ca. 22 Prozent auf 470.000 Euro erhöht. Dieser erneute Anstieg ist zweifellos positiv hervorzuheben, der kontinuierliche Einsatz des BMVI und der Verbände

Das kreative Potenzial der Computerspielbranche erschöpft sich nicht in der Entwicklung von Spielen

GAME und BIU sehr wichtig. In einer Pressemitteilung Anfang April erst hatte der BIU diagnostiziert, dass »der dynamischste Kultur- und Medienmarkt in Deutschland«, so Geschäftsführer Maximilian Schenk, 2015 um 4,5 Prozent auf 2,81 Milliarden Euro Umsatz mit Computerspielen und Hardware gewachsen sei. Dieser ökonomischen Bedeutung der Computerspielbranche sind die Preisgelder damit ohne Frage noch nicht angemessen, vor allem wenn man den mit fast drei Millionen Euro dotierten Deutschen Filmpreis in den Blick nimmt. Erhöhte Fördergelder für die Computerspielbranche können dabei ein Mittel sein, um das Missverhältnis zwischen Deutschland als Absatzmarkt und Deutschland als Produktionsstandort für Computerspiele zu bekämpfen; ein Missverhältnis, das es in der deutschen Filmbranche, die außerdem noch über den Filmpreis hinaus mit Bundesmitteln gefördert wird, in solcher Ausprägung nicht gibt. Wie im letzten Jahr kündigte Dobrindt an, um weitere Erhöhungen zu ringen; das wiederum mit keinem geringeren als dem »Bundesfinanzbowser« Wolfgang Schäuble, sozusagen dem Endgegner aller Endgegner. Des Weiteren sei ein Akzeptanzwachstum für Preis und Branche zu verzeichnen, so Dobrindt.

Tatsächlich rechneten viele nicht mehr mit Skandalen, sondern stellten vielmehr die Frage, ob das hohe Niveau des Vorjahres gehalten werden könnte. Einige Fernsehteams hatten ihren Weg nach München gefunden, man wollte berichten über den Preis, der im letzten Jahr so überraschend positiv verlaufen war. Über die Qualität der Berichterstattung, die sich vor allem in den etablierten Fernsehsendern erfahrungsgemäß sehr durchwachsen zeigt, sagt dies gewiss nichts aus. Die Nominierungen, denen in diesem Jahr ein Leuchtfeuer vom Schlage einer international rezipierten Produktion wie »Lords of the Fallen« vermeintlich fehlte, hatten allerdings zumindest in der Spielerschaft für sorgenvolles Stirnrunzeln gesorgt. Diese zeigte und zeigt sich in Bezug auf den DCP trotz dessen positiver Entwicklung in weiten Teilen noch sehr kritisch und wird wohl noch einige Zeit brauchen, bis sie sich mit dem Preis identifizieren kann. Gut besucht war die Veranstaltung zweifellos, auch weil sich zahlreiche Entwicklerstudios und Computerspielmagazine in München und Umgebung lokalisieren und in Bayern eine generell recht große Akzeptanz für das Medium vorherrscht.

Die deutsche Computerspielbranche scheint zusammenzuwachsen, das Selbstbewusstsein wächst merklich

Besonders hervorgehoben wurde vom »Bundesdigitalminister« – natürlich – auch die Bedeutung der deutschen Videospielbranche als »Innovationshub«, in welchem Ideen entstehen würden, die in Zukunft auch andere Branchen wie die Automobilindustrie prägen könnten. Das Eintauchen in Spielewelten per Virtual Reality (VR), das an diesem Abend auch mit »Playstation VR« ausprobiert werden konnte, wurde besonders fokussiert. Dass der Innovationspreis in diesem Jahr an »The Climb«, eine VR-Klettererfahrung von Crytek, ging, unterstrich die prognostizierte Bedeutung dieses Zweiges.

Insgesamt wurde eine Profilschärfung des DCP oder zumindest ein Bewusstsein für die Rolle als Förderpreis an diesem Abend besonders deutlich. Der mit 75.000 Euro dotierte Nachwuchspreis stärkt zukünftige Projekte, der Sonderpreis für den »Indie Arena Booth«, wenn auch undotiert, hebt die Bedeutung gerade der kleineren Entwicklerstudios und Spiele hervor. Eine Überraschung war außerdem die Auszeichnung für »One Button Travel« in der Kategorie »Bestes Jugendspiel«, das sich damit gegen klangvolle Namen wie »Anno 2205« (ausgezeichnet als »Bestes Deutsches Spiel«) und »Deponia Doomsday« durchsetzte. Das kleine Entwicklerteam »Coding Monkeys«, das hinter »One Button Travel« steht, hatte im letzten Jahr mit »Threes« den Preis für das beste mobile Spiel erhalten und zeigt eindrucksvoll, wie ein kompetentes Team auch mit der Unterstützung durch den DCP qualitativ hochwertige Produktionen entwickeln kann.

Auch im zweiten Jahr nach dem Neuanfang muss das Fazit zum DCP ein positives sein, wobei die Gala selbst durchaus noch Optimierungsbedarf zeigt. Eine geradezu freundschaftliche Atmosphäre, die das Miteinander von Branchenvertretern, Entwicklern und Journalisten prägte, war am ganzen Abend greifbar. Die Computerspielbranche scheint stärker zusammenzuwachsen, nicht nur wegen des Deutschen Computerspielpreises, aber auch wegen ihm. Man schämt sich nicht mehr für den Preis, man kann das erstarkende Selbstbewusstsein der Branche auch über den Preis kommunizieren und man kann sich austauschen in einem Raum, in dem Computerspiele in fast schon glamouröser Atmosphäre in ihrer Vielfältigkeit zelebriert werden. Im nächsten Jahr findet der DCP noch einmal in Berlin statt, danach sind Bundestagswahlen. Was dann passiert, muss noch offen bleiben.

Ein Entwickler des Studios »Klonk«, das für »Shift Happens« bereits den zweiten Preis an diesem Abend erhielt und noch Aussicht auf einen dritten Preis hatte, brachte Selbstbewusstsein und Perspektive der Branche dabei ungewollt auf den Punkt: »Wir sind ja noch nicht fertig.«

Felix Zimmermann ist leidenschaftlicher Gamer. Er studiert Public History in Köln

Mehr Geld und dennoch weiter sparen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erhält von 2017 bis 2020 2,5 Milliarden Euro mehr

HELMUT HARTUNG

ARD, ZDF und das Deutschlandradio werden von 2017 bis 2020 zusammen 2,5 Milliarden Euro mehr zur Verfügung haben als in der Gebührenperiode von 2013 bis 2016. Das ist etwa eine Milliarde Euro weniger als angemeldet, aber doch deutlich mehr als nur ein Inflationsausgleich.

Insgesamt stehen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus dem Rundfunkbeitrag, aus Werbung und sonstigen Einnahmen dann 37,6 Milliarden Euro zur Verfügung (2013 bis 2016 35 Milliarden Euro). Darüber hinaus bleibt aufgrund höherer Einnahmen durch den Haushaltsbeitrag ein Überschuss von 542,2 Millionen Euro. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) empfiehlt in ihrem 20. Bericht deshalb eine Absenkung des Rundfunkbeitrags um 30 Cent auf monatlich 17,20 Euro.

Die KEF stellt den Finanzbedarf von ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE fest. Hierzu legen die Rundfunkanstalten der Kommission mittelfristige Finanzbedarfsplanungen für eine vierjährige Periode vor. Die Kommission überprüft sie anhand der Maßstäbe von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Darüber hinaus orientiert sie sich hierbei an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Auf der Basis des ermittelten Bedarfs empfiehlt die Kommission den Ländern gegebenenfalls Änderungen des Rundfunkbeitrags. Der Beitragsvorschlag der Kommission ist Grundlage für die Entscheidung der Landesregierungen und Landesparlamente. Von dem Vorschlag dürfen sie im Wesentlichen nur abweichen, wenn die Beitragshöhe den freien Zugang zu Informationen zu erschweren droht oder die Belastung der Rundfunkteilnehmer nicht mehr angemessen erscheint. Hierfür müssen nachprüfbare Gründe angegeben werden.

Streit über Beitragssenkung

Über diese mögliche Beitragssenkung ist ein öffentlicher Streit entbrannt. Während die KEF darauf verweist, dass die Beitragszahler einen Anspruch darauf hätten, zu viel gezahlte Beiträge zurück zu erhalten, verweisen die Länder auf das politische Ziel, den Rundfunkbeitrag möglichst lange stabil zu halten und nach Möglichkeit die 17,50 Euro nie mehr zu überschreiten. Da die KEF aber prognostiziert, dass bei einer Fortschreibung der gegenwärtigen Kosten ab 2021 erneut ein deutlicher Mehrbedarf bei den Anstalten bestehen könnte, möchten die Länder den Überschuss von einer halben Milliarde Euro lieber aufsparen und für den Ausgleich dieser höheren Kosten einsetzen. Ob diese Mittel dann reichen, ist allerdings fraglich.

Doch hier existiert für die Länder ein Dilemma. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach erklärt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk bedarfsgerecht finanziert werden muss.

Ein zeitgemäßer öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auch im Netz präsent sein

Der Bedarf hängt neben den Einsparmöglichkeiten der Sender sehr wesentlich vom Funktionsauftrag für ARD, ZDF und Deutschlandradio ab. Diese Vorgaben erfolgen durch die Länder in Form von Rundfunkstaatsverträgen. Um den Beitrag auch 2021 nicht über 17,50 Euro steigen zu lassen, muss diese Aufgabenstellung modifiziert werden, muss es vor allem bei ARD und ZDF zu strukturellen Veränderungen kommen. Die Rundfunkkommission der Länder hat deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit »Auftrag und Strukturoptimierung der Rundfunkanstalten« beschäftigen soll. Sie soll das Sparpotenzial der Anstalten untersuchen. Aber die Erfahrungen mit der letzten Arbeitsgruppe zeigen, dass es nicht leicht sein wird, Milliarden einzusparen ohne mit den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Notwendigkeit und Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Konflikt zu kommen.

Altersvorsorge ist ein heißes Eisen

Detailliert listet die KEF in ihrem 373-seitigen Bericht alle Einnahmen und Ausgaben der Anstalten auf, stellt Kostenvergleiche an und überprüft Ausgaben auf Relevanz und Wirtschaftlichkeit.

Diese Analysen zeigen sehr plastisch, wofür die Rundfunkgebühren ausgegeben werden und wo weiteres Sparpotenzial liegt. Es ist nachvollziehbar – und vom Verfassungsrecht legitimiert – dass die Sender in Zukunft mehr Geld in Telemedienangebote stecken müssen, also in Mediatheken, Apps und Podcasts. Ein zeitgemäßer öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auch im Netz präsent sein.

Schwer nachzuvollziehen ist jedoch, dass der Programmaufwand nur noch 40 Prozent des Gesamtaufwands der Anstalten ausmacht und ein Teil der Mittel, die für das Programm gedacht waren, in die Altersvorsorge der festangestellten Mitarbeiter umgeschichtet worden sind.

Die Altersvorsorge ist für die Anstalten ein heißes Eisen: Die Nettoaufwendungen der betrieblichen Altersversorgung haben auch 2017 bis 2020 mit 2,1 Milliarden Euro eine erhebliche Bedeutung für den Finanzbedarf. Den Aufwendungen von rund 3,3 Milliarden stehen korrespondierende Erträge von 1,2 Milliarden Euro gegenüber. Offen ist nach wie vor die Umsetzung der KEF Forderungen nach einer Verringerung des laufenden Aufwands. Damit hatte die Kommission insbesondere die Forderung nach der Begrenzung der Dynamisierung der laufenden Renten auf maximal 1 Prozent Steigerung verbunden.

Die Sender müssen sich stärker auf den Kern ihres Auftrages fokussieren

Zwar haben jetzt alle Sender die Verträge zur Altersvorsorge gekündigt, doch eine Verringerung ist damit noch nicht in Sicht.

Interessant ist auch ein Blick auf die Personalkosten insgesamt und die hier vorgenommenen Einsparungen. Lauf KEF-Bericht beschäftigten die Rundfunkanstalten Ende 2014 fest angestelltes Personal im Umfang von 24.219 Vollzeitäquivalenten – davon ARD 20.025, ZDF 3.509 und Deutschlandradio 685. Für 2017 bis 2020 planen die Anstalten eine Reduzierung um 662 Stellen – davon ARD -545, ZDF -100, Deutschlandradio -17.

Bei der ARD werden die Stellenstreichungen 2017 bis 2020 allein von WDR (-11,4 Prozent) und BR (-2,2 Prozent) erbracht, während der Personalbestand der übrigen Anstalten im Wesentlichen unverändert bleibt. In der längerfristigen Betrachtung der Personalentwicklung sind zwischen den Anstalten große Unterschiede festzustellen. Im Vergleich zu 2008 verringert von den großen Anstalten allein der WDR seinen Bestand überdurchschnittlich. Bei BR, NDR und SWR fallen die Kürzungen deutlich unterdurchschnittlich aus. Dennoch waren Umschichtungen zum Personalaufwand – mit einer Erhöhung der Zahl der festen Stellen – sowohl von ARD wie ZDF in erheblichem Umfang angemeldet worden. Die Kommission ist dem nur teilweise gefolgt.

Die beantragten Umschichtungen im Personalaufwand und die unterschiedlichen Planungen für den Personalbestand der kommenden Jahre machen aus Sicht der Kommission einen strategischen Diskussions- und Entscheidungsbedarf deutlich.

Kreativität für weitere Einsparungen gefragt

Die komplizierter werdenden weltweiten politischen Entscheidungsprozesse, die Wandlungen in unserer Gesellschaft und auch die Veränderung der Mediennutzung erfordern für eine objektive, glaubwürdige und umfassende Information der Bevölkerung auch weiterhin einen leistungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dieser Rundfunk ist auch mit den neuen Aufgaben, die sich aus der Digitalisierung ergeben, mit 8,7 Milliarden Euro jährlich finanziell gut ausgestattet. Aber ARD, ZDF und Deutschlandradio müssen sich noch stärker auf den Kern ihres Auftrages fokussieren und konzentrieren. Dazu gehört dann auch, auf mache Sendung oder Übertragung – die für eine gute Reichweite sicher günstig ist – zu verzichten, um so auch Kosten zu sparen. Gelingt es den Ländern nicht, hier sinnvolle Entscheidungen zu treffen und in den Anstalten nicht, ausreichend Kreativität zu entwickeln, wird es an »guten« Vorschlägen aus der Öffentlichkeit sicher nicht fehlen. Ob diese dann auch immer im Sinn des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind, ist allerdings fraglich.

Helmut Hartung ist Chefredakteur und Herausgeber von promedia – Das medienpolitische Magazin

FOTO: WDR / MICHAEL FEHLAUER

Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio Gebäude in Köln-Bocklemünd

Würde Würde würdig?

Über die Bedeutung von Würde und Freiheit im deutschen Grundgesetz

EIN KOMMENTAR VON ARMIN CONRAD

Es sind nicht Meinungs-, Religionsfreiheit und auch nicht die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die im deutschen Grundgesetz Artikel 1 stehen. Es ist die menschliche Würde. Mit der Formulierung haben es sich die Väter des Grundgesetzes nicht leicht gemacht, bevor genau dieser Satz feststand: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Da war ganz viel Gott im Spiel und immer wieder das Bedürfnis, diese an sich raunende Begrifflichkeit konkreter, eindeutiger zu fassen. Gut, dass man das den Philosophen überlassen hat! Das gilt auch für den zweiten Satz in diesem Artikel 1, der auf der 1948/49 noch sehr frischen Einsicht beruht, dass Würde eben doch antastbar sei, auch durch staatliches Handeln. Auch hier wurden damals religiöse Imperative hin und her gewälzt, was letztendlich zu der Formulierung führte: »Sie (die Würde) zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt«.

Würde – ganz vorne. Erst in den folgenden Artikeln des Grundgesetzes folgen die Tugenden der Demokratie: Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, alles Appellative, die man schnell mit Inhalt füllen kann, wenn man sie erklären soll, aber von denen man damals, als das Grundgesetz entstand, schon wusste, wie sie missbraucht werden können. Deshalb finden sich in den Artikeln 2, 4 und 5 auch Hinweise auf Einschränkungen. Weshalb gibt ein Mensch seine Heimat auf und bittet um Asyl? Wegen Meinungsfreiheit? Möglich! Religionsfreiheit? Auch möglich! Wegen seiner Würde?

Gibt es das, den Tausch von Heimat gegen Würde unter – wie seit einiger Zeit täglich bebildert – mindestens zeitweise würdelosen Umständen? An sich sei die Würde des Menschen nichts Tauschbares, sie habe einen unbedingten Wert, sei unvergleichlich im Wert – meinte vor 200 Jahren Immanuel Kant.

Jeder Mensch hat eine, seine Würde, ein Naturrecht von Geburt an. Sie befähigt ihn, sittlich zu handeln, also nicht seinen Trieben und Instinkten ausgeliefert zu sein. Und dies berechtigt ihn, ebenso sittliches Handeln bei anderen einzufordern. Das ist der Gestaltungsauftrag an dieses Recht auf Würde. »Die Würde stirbt nie«, dieser Satz stammt schon aus dem Mittelalter und wir erfahren seine Gültigkeit in jeder Begegnung mit Leiden und Tod, ob bei den Flüchtlingen oder im Privaten. Meinungsfreiheit stellt eines der vornehmsten aller Menschenrechte dar, hat einmal das Bundesverfassungsgericht in eine seiner Entscheidungen hineingeschrieben. Aber sie bleibt etwas, das man abschaffen, einschränken, durch Ausnahmetatbestände und bestimmte Gesetze bändigen soll. Ehrverletzend, volksverhetzend und Holocaustleugnend sollte die Meinungsfreiheit nicht sein, das ist allgemein anerkannt. Und so bleibt aber Meinungs- und Religionsfreiheit eine Ableitung, eine Dienstbarkeit an der Menschenwürde. Es kann kein Diktatoren-Regime der Welt jemanden verurteilen, weil er Würde hat, denn die Würde geht durch das Urteil nicht weg, sie ist unsterblich, siehe Mittelalter.

Man wird sie von sich aus nicht los. Man kann seine eigene Würde nicht abschütteln, selbst die nicht, die sich problematisch, kritikwürdig, gar würdelos verhalten – ob fremde Staatsoberhäupter oder Prostituierte. Das Grundgesetz enthält keine Regeln zum Umgang mit sich selbst. Würde ist da immer die Würde des Anderen, des »Andersdenkenden« vielleicht, um der unten noch einmal erwähnten Rosa Luxemburg etwas näher zu kommen. Ist aber Meinungsfreiheit tatsächlich ein Instrument, das Würde schafft, das den Umgang von Menschen zivilisiert?

Längst steckt dieser so viel und gern benutzte Begriff in einem Kontext »des Widerwärtigen« (Heiko Maas). Sie – die Meinungsfreiheit – ist eigentlich unerträglich geworden und nur formal zu rechtfertigen: »Ist halt Meinungsfreiheit«.

Das Ganze eine Applikation der mit »zivilreligiöser Inbrunst« vorgetragenen politisch korrekten »Volkspädagogik« (Christian Geyer, FAZ, 26.10.2015).

Meinungsfreiheit war mal etwas, was man sich erkämpfen musste. Das Volk gegen die Fürsten, die Werktätigen gegen die Parteibonzen. Es war immer auch ein Kampf für Wahrheit und gegen Lüge. Er begründete legendäre Institutionen wie Wahrheitskommissionen und meinungsstarke Kunstformen wie zum Beispiel die Satire. »Was darf die Satire?« fragte Kurt Tucholsky im Berliner Tageblatt.

Das war am 27. Januar 1919, zwölf Tage nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Und er antwortete in der gleichen Zeile: »Alles!« Fast ein Jahrhundert lang zitierte das Kabarett, und nicht nur das, diesen Satz freudig. Als wir nach dem Terroranschlag auf »Charlie Hebdo« im vergangenen Januar erneut spontan Kurt Tucholsky als Beistand fanden, waren einige erschrocken. Einen Propheten lächerlich machen, hochmütig sein über Lebensentwürfe seiner Anhänger? Einen türkischen Staatspräsidenten, von dem man sich die Lösung gravierender Probleme erhofft, gleichzeitig zum Gespött machen? Darf man?

Klar darf man. Aber wir dürfen nicht sagen, wir hätten uns das erkämpft. Es sind technologiegestützte Meinungsfreiheitsfakes, die dem ganzen Diskurs, allen gesellschaftlichen Debatten und ihren Teilnehmern die Würde nehmen, rauben. Hass, Lügen, Hetze, alles Inhalt, der erkennbar kein Fortschritt in eine emanzipierte, aufgeklärte Wirklichkeit ist, hat mit Würde, auch jener Würde, die das Grundgesetz Artikel 1, Absatz 1,Satz 1 meint, nichts zu tun.

Und ganz nebenbei: Wahrheit, auf die man sich verlassen kann, hat auch eine Würde. Bei wem soll sie einen Asylantrag stellen?

Armin Conrad ist Stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für deutsche Sprache und war bis Ende August 2015 Subkoordinator Kultur bei 3Sat und Redaktionsleiter der Kulturzeit

Verlässlich Qualität bieten

Drei Fragen an die ARD-Vorsitzende Karola Wille

Was erwarten Sie von Ihrer Amtszeit als ARD-Vorsitzende außer viel zusätzlicher Arbeit?

Wir stehen vor spannenden Herausforderungen, die aber auch eine große Chance für die ARD sind. Denn die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für das Funktionieren der Demokratie in Deutschland nimmt nicht ab, sondern zu. Das müssen wir täglich belegen. Die ARD muss gerade in diesen Zeiten glaubwürdig sein: Erklären, was ist, Werte vermitteln und Meinungsvielfalt widerspiegeln. Dazu gehören auch eine ungeschönte Abbildung der Lebenswirklichkeit der Menschen und ein nachhaltiger und kontinuierlicher Dialog mit den Beitragszahlern, um das Vertrauen in ein unabhängiges und solidarisch finanziertes Mediensystem immer wieder zu untermauern.

An konkreten Punkten erwartet uns unter anderem der 20. KEF-Bericht, der die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis 2020 regelt, dazu kommen wichtige Verhandlungen, beispielsweise über die Bundesliga-Rechte. Auch digitale Verbreitungsthemen wie der Umstieg auf DVB-T oder die Entwicklung des Digitalradios über DAB+ gehören dazu. Ein wichtiger Punkt ist die Umsetzung unserer neuen Eckpunkte für angemessene Produktionsbedingungen mit den TV-Produzenten, mit denen wir unseren Beitrag für eine vielfältige, kreative und innovative Produzentenlandschaft in Deutschland leisten wollen. Was zeigt: Wir sind uns unserer Bedeutung für die Kulturwirtschaft in Deutschland sehr bewusst.

Was wollen Sie in den Mittelpunkt rücken? Welche Vorhaben sind Ihnen besonders wichtig?

Wir müssen die Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als unverzichtbaren Informations- und Kulturfaktor in Deutschland stärken. Das geht nur durch Glaubwürdigkeit. Die »Lügenpresse«-Rufe auf der Straße sind ja auch auf uns gemünzt. Dem müssen wir begegnen, indem wir weiter verlässlich Qualität bieten und gleichzeitig ein Stück transparenter im journalistischen Handeln werden. Dazu gehört auch eine entsprechende Fehlerkultur. Zu den konkreten Aufgaben gehört, weiter an der Entwicklung der ARD zum integrierten, föderalen und crossmedialen Medienverbund zu arbeiten, durch Kooperation und Vernetzung von Radio, Fernsehen und Online. Dabei kommt dem neuen jungen Angebot, das im Oktober 2016 starten soll, eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen auch unsere digitale Inhaltewelt, z. B. unsere Mediatheken, weiterentwickeln. Wir schmoren aber nicht nur im eigenen Saft, sondern wollen darüber hinaus auch strategische Partnerschaften mit anderen Anbietern, wie dem privaten Rundfunk oder den Verlagen, neu ausloten. Denn die Herausforderungen der digitalen Welt können wir – alle Qualitätsanbieter – nur gemeinsam meistern.

Was »erben« Sie von Lutz Marmor?

Lutz Marmor hatte sich bereit erklärt, den ARD-Vorsitz für drei, statt wie ursprünglich geplant zwei Jahre, zu übernehmen. Dafür auch hier noch einmal herzlichen Dank! In dieser Zeit hat der NDR den Prozess der Umstellung der Rundfunkfinanzierung auf das neue Beitragsmodell gemanagt. Dies kann man nicht hoch genug anrechnen. Unter dem Vorsitz des NDR sind in der ARD auch entscheidende Weichen hin zu mehr Transparenz gestellt worden, an die wir jetzt nahtlos anknüpfen können: ob es die Veröffentlichung von Produktionsberichten und Gehältern angeht, oder die für jedermann verständliche Aufbereitung von Basisdaten rund um die ARD, wie der Rundfunkbeitrag verwendet wird, was einzelne Produktionen pro Sendeminuten kosten: All das sind wichtige Bausteine für einen modernen, von seinen Beitragszahlern akzeptierten und gern genutzten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. In die Vorsitz-Zeit des NDR fällt auch eine spürbare Entspannung des alten Gegensatzes zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk. Wir sind zwar publizistisch Konkurrenten um die Aufmerksamkeit der Menschen. Aber angesichts der neuen Herausforderungen in der digitalen Welt und gegenüber internationalen Großkonzernen wie Discovery und neuen Playern wie Google und YouTube ist die Erkenntnis gewachsen: Wir sitzen als klassische Rundfunkanbieter alle im selben Boot. Auch wenn unser Auftrag ein völlig anderer ist. Deshalb halte ich viel von Kooperation, da wo sie möglich und sinnvoll ist.

Karola Wille ist Intendantin des MDR und Vorsitzende der ARD. Die Fragen stellte Verena Schmidt, Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

FOTO: NENA2112 / PHOTOCASE.DE

Wie kann man Informationen für alle frei zugänglich machen und trotzdem die Rechte der Urheber schützen?

Zugang ermöglichen

Internationale Initiative zur Open Access-Transformation

HEINZ PAMPEL

Die globale Initiative »OA2020« will das wissenschaftliche Publikationswesen reformieren. Ziel ist die Transformation der wissenschaftlichen Zeitschriften hin zu Open Access.

Unter dem Stichwort Open Access arbeiten wissenschaftliche Einrichtungen und Fachgesellschaften auf der ganzen Welt an der Realisierung des offenen Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen. Ziel ist es, die Chancen der digitalen Welt zu nutzen und qualitätsgesicherte Veröffentlichungen im Internet offen zugänglich und nachnutzbar zu machen.

Wie wichtig der offene Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen und Forschungsdaten ist, wird aktuell an dem Zika-Virus deutlich. Da viele wichtige Veröffentlichungen zu den Zika-Virus-Infektionen hinter Paywalls wissenschaftlicher Verlage versteckt sind, haben jetzt – auf Drängen der Wissenschaft – mehrere Verlage systematisch alle Artikel zu diesem Forschungsgebiet frei zugänglich gemacht.

Diskussion über den offenen Zugang und die Nachnutzung von wissenschaftlichen Ergebnissen anstoßen

Seit den 1990er Jahren wird die wissenschaftliche Informationsversorgung durch einen dysfunktionalen Markt für wissenschaftliche Zeitschriften behindert. Hintergrund sind, insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern, monopolistische Verlagsstrukturen. Diese Marktposition nutzen Wissenschaftsverlage, ihre Maxime ist dabei einfach: ohne Aufgabe der Rechte keine Publikation in den renommierten Journalen.

Die gängige Abgabe aller Nutzungsrechte an Verlage bremst jedoch das Potenzial der digitalen Wissenschaft aus. So können im Bereich der biomedizinischen Forschung innovative Analyseverfahren wie Text und Data Mining nicht umfassend angewendet werden, da Verlage der Forschung nur sehr eingeschränkten Zugriff auf die von ihnen verlegten Inhalte gewähren. Diese Verfahren sind jedoch sehr wichtig um z. B. Beschreibungen bestimmter Gene aus zehntausenden von Publikationen maschinell filtern zu können – eine Aufgabe, die angesichts der Masse der Publikationen nicht mehr intellektuell zu erbringen ist.

Open Access zielt deshalb auch auf eine Stärkung der Urheberrechtsposition wissenschaftlicher Autoren ab, die normalerweise an öffentlich finanzierten Institutionen unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen, wie z. B. Künstler, arbeiten und publizieren.

Aufgrund der Vielfalt der Akteure im Publikationssystem – es gibt schätzungsweise rund 28.000 wissenschaftliche Zeitschriften, die etwa 2,5 Millionen Artikel pro Jahr veröffentlichen – und der unzureichenden Abstimmung der wissenschaftlichen Einrichtungen untereinander, wurden bisher nur kleine Fortschritte gemacht.

Die Initiative »OA2020« führender Wissenschaftsorganisationen aus aller Welt will nun eine großflächige Umstellung der wissenschaftlichen Zeitschriften vom Subskriptionssystem hin zu Open Access vorantreiben. Alle relevanten Zeitschriften sollen in den kommenden Jahren auf Open Access umgestellt werden. Die deutschen Wissenschaftsorganisationen unterstützen die Entwicklung eines solchen Vorhabens als Unterzeichner einer jüngst veröffentlichten Erklärung (http://oa2020.org).

Der angestrebte Transformationsprozess soll in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung der relevanten Akteure vorangetrieben werden. Dabei verfolgen die wissenschaftlichen Einrichtungen auch das Ziel der Kostensenkung.

Selbst für die finanziell bestausgestatteten Bildungseinrichtungen der Welt, wie z. B. die Harvard University, ist es – aufgrund der ständig steigenden Subskriptionskosten – nicht mehr möglich, alle benötigten Zeitschriften für ihre Angehörigen zu subskribieren.

Die Wissenschaftsorganisationen leisten ihren Beitrag zu Förderung von Open Access. Im Rahmen der Schwerpunktinitiative »Digitale Information« wurden jüngst ein Positionspapier (http://doi.org/zxz) und zugehörige Empfehlungen (http://doi.org/bc5k) zum Transformationsprozess veröffentlicht. Empfohlen wird unter anderem eine Mittelumschichtung: So sollen Publikationsgebühren für Open Access-Zeitschriften (APCs) zukünftig aus den Erwerbungsetats der Bibliotheken finanziert werden. Weiter soll Kostentransparenz geschaffen werden. Experten schlagen die Offenlegung aller Ausgaben an Verlage durch wissenschaftliche Einrichtungen vor.

Die neue Initiative zeigt: Die Diskussion um Open Access geht in die entscheidende Runde. Im Rahmen der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft wird aktuell ein »Call for Action on Open Science« erarbeitet. Der vorliegende Entwurf sieht die Transformation bis zum Jahr 2020 vor. Darüber hinaus macht der Entwurf deutlich, dass Open Access Teil einer umfassenden Diskussion über den offenen Zugang und die Nachnutzung von wissenschaftlichen Ergebnissen, die unter dem Begriff Open Science geführt wird, ist.

Auch in Deutschland ist die Politik gefordert, diesen Prozess zu unterstützen. Verschiedene Bundesländer beteiligen sich erfreulicherweise bereits mit Strategieschriften und Förderprogrammen an der Entwicklung von Open Access. Auf Bundesebene wird eine Open Access-Strategie erwartet. Dringend notwendig ist auch die Umsetzung der von der Bundesregierung angekündigten allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke, um die bisher viel zu engen und vielfach unklaren Rechtsnormen an die Realitäten der digitalen Welt anzupassen. Ohne eine wegweisende Wissenschaftsschranke wird der technologische Fortschritt in Bibliotheken, Laboren und Hörsälen zum Nachteil der Innovationsfähigkeit ausgebremst. Eine Entwicklung, die auch den Weg hin zu Open Science in Deutschland erschweren würde.

Heinz Pampel arbeitet im Helmholtz Open Science Koordinationsbüro der Helmholtz Gemeinschaft

Der unsichtbare Vierte

Man muss den Begriff des Verwerters in der aktuellen Urheberrechtsdiskussion differenzierter betrachten

MALTE BEHRMANN

Zurzeit debattiert Berlin die Reform des Urheberrechts. Viele Jahre wurde diese Reform angemahnt und letztlich kam sie lange nicht voran. Jetzt ist sie da und die Aufregung ist groß. Einige Überlegungen, wie z. B. die Idee von der Einführung eines zusätzlichen Rückrufrechts sorgt für Diskussionen.

Die aktuelle Debatte um das Urheberrecht dreht sich stets um den Interessenausgleich in einem Dreieck: Verbraucher, Urheber und Verwerter. So wurde die Problematik nunmehr oft beschrieben. Es sei Aufgabe der Politik zwischen diesen drei Polen einen Ausgleich zu finden. Diese Darstellung verkennt aber, dass es sich bei den Verwertern um sehr unterschiedliche Akteure handelt. Auf der einen Seite stehen internationale Konzerne, also Importeure von Inhalten die letztlich weitgehend unabhängig von unseren Urhebern agieren. Gutes Beispiel ist zum Beispiel der Disney Konzern, der uns allen vor Augen geführt hat, wie jemand mit gutem Marketing und in unserem Land mit Medieninhalten wie Star Wars Geld verdienen kann. Das ist legitim und wünschenswert. Aber es ist nicht zu verkennen, dass die Interessenlage eine andere ist als die von lokalen Produzenten, die mit Urhebern in unserem Lande zusammenarbeiten wollen und müssen. Um das Beispiel noch einmal heranzuziehen: Bei Disney gehen die Gewinne ins Ausland und hinterlassen abgesehen von einigen Marketing-Aktivitäten kaum Wertschöpfung in Europa. Daran krankt die aktuelle Debatte, denn die vierte Interessengruppe ist unsichtbar.

Eigentlich handelt es sich nicht um ein Dreieck, sondern um ein Viereck zwischen Verbrauchern, Urhebern, heimischen Produzenten und internationalen Content-Importeuren, sei es bei Computerspielen, Film und Fernsehen oder auch in der Musik. Diese haben sehr verschiedene Interessen. Für die Importeure ist es nämlich nicht so wichtig, ob zum Beispiel ein solches Rückrufrecht existiert oder nicht. Sie haben ohnehin kaum Interaktion mit unseren deutschen Urhebern. Für sie ist es auch nicht wichtig, ob die Vergütung der Urheber angemessen ist oder nicht. Denn sie vergüten ihre Urheber ohnehin nach internationalen Regeln, auch wenn diese rechtlich nicht alle abdingbar sind. Insofern ist es für sie auch kein Problem, die Rolle der Urheber im Verhältnis zu lokalen Produzenten zu stärken. Im Zweifelsfall können sie damit ihre lokale Konkurrenz schwächen. Hier gilt einmal wieder – wie häufig im europäischen Kontext – das Prinzip der Inländerdiskriminierung. Ähnlich ist die Situation z. B. bei der Umsatzsteuer im digitalen Kontext.

Auf der anderen Seite ist es sicherlich richtig, dass das Urheberrecht nur begrenzt als Instrument taugt, die Interessen lokaler Produzenten gegenüber Inhalte-Importeuren zu schützen. Denn vor dem Recht – auch vor dem Urheberrecht – sind zunächst alle gleich. Daran wird und möchte auch niemand rütteln. Genauso falsch ist es aber, die Produzenten von lokalen Inhalten mit den internationalen Inhalte-Importeuren bei der Interessenlage in einen Topf zu werfen und ihnen zu unterstellen, sie hätten dieselben Interessen. Ich möchte dafür plädieren, die Debatte dadurch zu verbessern, dass man anstelle eines Interessendreiecks in Zukunft von einem Interessenviereck spricht: Urheber, Verbraucher, nationale Produzenten, internationale Importeure. Ihre Interessen sollten wir sorgfältig voneinander trennen, bevor wir versuchen, einen Ausgleich zu schaffen. Wenn wir unsere eigenen Spieleentwickler und Produzenten einseitig schwächen, dann stärken wir womöglich weder unsere Urheber noch unsere Verbraucher, sondern den unsichtbaren Vierten. Nur so können wir in der nächsten Stufe des Urheberrechts nachhaltige Lösungen schaffen.

Malte Behrmann ist Rechtsanwalt und Professor an der bbw Hochschule in Berlin. Er ist dort verantwortlich für den Master-Studiengang »Management of Creative Industries«.

Integration braucht engagierte Menschen und stabile Strukturen

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den langfristigen Herausforderungen der Integration und dem Potenzial des Kulturbereiches

Berlin, den 16.03.2016. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat sich bereits am 30.09.2015 in seiner Resolution »Nothilfe jetzt, Integration als langfristige Aufgabe« zum Themenkomplex kulturelle Bildung und Integration positioniert. Er hat in der Stellungnahme das große bürgerschaftliche Engagement beim Empfang, der Unterbringung und den Hilfeleistungen für Geflüchtete herausgestrichen und betont, dass Bildungs- und Kultureinrichtungen einen Beitrag zu Teilhabe und Integration leisten wollen und können. Mit Blick auf die andauernde Diskussion um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten positioniert sich der Deutsche Kulturrat mit dieser Stellungnahme erneut. Beide Stellungnahmen sind im Zusammenhang zu sehen.

Allianz für Weltoffenheit

Der Deutsche Kulturrat ist Mitträger der »Allianz für Weltoffenheit« und hat gemeinsam mit den Sozialpartnern, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Dachverbänden anderer gesellschaftlicher Bereiche den Aufruf »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt« verfasst. Darin heißt es zu Beginn: »Deutschland ist ein demokratisches und weltoffenes Land, eingebettet in die Europäische Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, den universellen Menschenrechten verpflichtet. In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen, gleich ob sie seit Generationen hier leben, zugewandert oder als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Wer in seiner Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung um Leib und Leben fürchten muss, hat Anspruch auf Schutz in Europa. Wir treten dafür ein, dass Deutschland auch weiterhin seine humanitären Verpflichtungen erfüllt. Zugleich steht außer Frage, dass wir unbedingt eine gemeinsame europäische Lösung brauchen, um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen und den Anliegen der vielen schutzsuchenden Menschen gerecht zu werden.«

Im Jahr 2015 haben rund eine Million Menschen in Deutschland Zuflucht gesucht. Ohne das große bürgerschaftliche Engagement wäre die Grundversorgung in den Kommunen nicht zu leisten gewesen. Es ist zu erwarten, dass angesichts von Bürgerkriegen und wirtschaftlicher Not weiter Menschen in diesem und in den kommenden Jahren in Europa bzw. in Deutschland Zuflucht suchen werden. Dies stellt alle staatlichen Ebenen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Das beginnt beispielsweise beim Wohnungsbau, bei der Integration in Arbeit, bei der räumlichen, sachlichen und personellen Ausstattung von Kindertageseinrichtungen sowie Schulen und reicht bis zu konkreten Integrationsleistungen des Kulturbereiches. Für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt ist eine nachhaltige Begleitung der anstehenden Prozesse von Nöten.

Kulturelle Vielfalt

Deutschland ist ein Land der kulturellen Vielfalt. Kultur in Deutschland wird geprägt durch die verschiedenen Regionen, unterschiedlichen kulturellen Ausdrucksformen und Menschen, die hier leben, egal ob hier geboren oder zugewandert. Geflüchtete werden durch ihre kulturellen Ausdrucksformen die kulturelle Vielfalt bereichern. Dabei gilt es Gemeinsamkeiten zu finden und Unterschiede anzuerkennen.

Kunstfreiheit

In Art. 5. Abs. 3 Grundgesetz steht: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei«. Dieser Grundsatz ist unverrückbar.

Kultur als Heimat

Wer seine Heimat verliert, für den sind kulturelle Traditionen, Bräuche und vertraute künstlerische Ausdrucksformen Erinnerung und Verbindung in die Heimat und Teil der kulturellen Identität. Die Bewahrung und Pflege kultureller Bräuche und Traditionen muss jedoch unter der Akzeptanz hier geltender Regeln erfolgen.

Die Geflüchteten müssen sich in einem Land zurechtfinden, das andere kulturelle Traditionen und Prägungen als ihre Heimat hat und in dem Kunstfreiheit Verfassungsrang hat. Zum Ankommen, Bleiben und Heimisch-Werden in Deutschland ist es unabdingbar, sich mit der Kultur und den kulturellen Traditionen dieses Landes zu befassen. Zugleich baut eine Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten Brücken und Kommunikationsanlässe, sich in einer neuen Gesellschaft zurechtzufinden und gemeinsam Verbindendes und Trennendes kennenzulernen.

Willkommen sein bedeutet, dass die Menschen Spielräume und Möglichkeiten bekommen, aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben und mitzugestalten.

Neue Aufgaben – neue Ressourcen

Bedeutung der deutschen Sprache

Sprache ist der Schlüssel zur Integration in die Gesellschaft. Der Deutsche Kulturrat begrüßt die mannigfachen Initiativen von Verbänden und Organisationen in der Vermittlung von Sprachkenntnissen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist mehr als Spracherwerb, es dient zugleich dem Kennenlernen und Verstehen des kulturellen Lebens in Deutschland und ermöglicht Teilhabe. Begrüßenswert ist ebenso die Bereitstellung von Lern- und Orientierungshilfen. Auch hier engagieren sich viele Akteure des Kulturbereiches. Lernplattformen und Apps bieten ortsunabhängig die Möglichkeit, sich zu informieren, Wissen und Kenntnisse zu erwerben. Erforderlich ist eine stärkere Bündelung und Abstimmung der verschiedenen Aktivitäten, nicht zuletzt auch um Ressourcen zielgerichtet einzusetzen. Nur durch qualifizierte hauptamtliche Strukturen ist die Aufgabe zu meistern.

Personelle und sachliche Ausstattung

Zur Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen gehört ein Netz hauptamtlich arbeitender Akteure und gesicherter Strukturen, die ihrerseits gezielt und systematisch Ehrenamtliche weiterbilden und in ihrer Arbeit begleiten und unterstützen oder auch koordinieren. So benötigt die Entwicklung von pädagogischen Konzepten und Vermittlungsformen für die Kulturarbeit mit Geflüchteten einen entsprechenden qualitativen Unterbau aus Personal und Sachmitteln. Hieraus entsteht zusätzlicher Aufwand für Personal und Material. Die Auslagen von bürgerschaftlich Engagierten gilt es unbürokratisch zu erstatten.

Kulturarbeit mit Geflüchteten bedarf der entsprechenden sachlichen Ausstattung. Hierzu gehören Materialien und weitere entsprechende technische Ausstattungen. Der Deutsche Kulturrat warnt vor der Erwartung, dass die hierfür nötigen Ressourcen von den Kultureinrichtungen, -projekten oder -vereinen aus dem bestehenden Etat bestritten werden können.

Qualität und Qualifikation

Kulturvereine, Kulturprojekte und Kultureinrichtungen verfügen über vielfältige kulturelle Angebots- und Vermittlungskonzepte. Viele haben sich bereits interkulturell geöffnet und Strategien in der Zusammenarbeit mit Migranten entwickelt. Die Arbeit mit Geflüchteten verlangt aber weitere Qualifikationen, handelt es sich doch oftmals um Menschen, die traumatisiert sind. Sie haben am Anfang einen in Deutschland ungeklärten Aufenthaltsstatus und können nicht automatisch davon ausgehen, dass sie in Deutschland dauerhaft bleiben werden. Auf diese Unsicherheiten müssen diejenigen, die sich für und mit Geflüchteten engagieren, vorbereitet werden. Dazu gehören auch Reflexionsangebote.

Die Weiterbildung des vorhandenen hauptamtlichen Personals und von bürgerschaftlich Engagierten in interkulturellen Kompetenzen und landeskundlichen Kenntnissen trägt zur Qualitätsverbesserung der kulturellen Bildungsarbeit bei. Durch die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit Migrantenselbstorganisationen können Erfahrungen und Interessen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die aktuelle Arbeit einbezogen werden.

Bürgerschaftliches Engagement

In Deutschland gibt es ein breites bürgerschaftliches Engagement in den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern und Organisationszusammenhängen. Die bestehende Vereinskultur und viele langfristig angelegte Initiativen stehen für zuverlässiges, kontinuierliches Engagement. Sie entwickeln Bindungskraft für die Menschen, die sich in ihnen engagieren und übernehmen Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kulturvereine und -initiativen sind ein Teilbereich dieses gesellschaftlichen Engagements. Das kulturelle Leben im ländlichen Raum beruht sogar oft grundlegend auf bürgerschaftlichem Engagement, dieses wird nunmehr zusätzlich in der Arbeit für und mit Geflüchteten gefordert.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind im Kultursektor ehrenamtlich für und mit Geflüchteten aktiv. Das ist sehr wertvoll und wichtig, sind es doch die persönlichen Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, seien es schon lange hier Lebende oder Neuankommende, die Vorurteile abbauen helfen und unbürokratisch und unmittelbar zum gegenseitigen Austausch beitragen.

Bürgerschaftliches Engagement darf allerdings kein Ersatz für staatliche Daseinsvorsorge und kein Vorwand für deren fortdauernde Mangelwirtschaft sein.

Anerkennungskultur

In vielen Kommunen gibt es positive Beispiele der Unterstützung und Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit. Dazu zählen beispielsweise die EhrenamtsCard, freier Eintritt in öffentliche Einrichtungen, Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, freie Fahrt in den öffentlichen Nahverkehrsmitteln und anderes mehr. Diese Anerkennung muss es auch für die Arbeit für und mit Geflüchteten geben.

Zur Anerkennungskultur gehört auch, den Eigensinn und die Selbstbestimmung des bürgerschaftlichen Engagements zu achten und wertzuschätzen. Bürgerschaftlich Engagierte sollen, wollen und können keine Lückenbüßer für hauptamtliche Strukturen sein.

Schaffung einer Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Integration

Integrationspolitik betrifft alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure. Sie endet weder an den Grenzen eines Bundeslandes, noch sollte »das Rad in jedem Land neu erfunden« werden. Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern setzen Impulse zur Zusammenarbeit und mobilisieren Ressourcen. Es sollte eine Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Integration geschaffen werden, die auch den Kulturbereich berücksichtigt.

Ausweitung bestehender Förderprogramme

Bestehende Förderprogramme und -strukturen insbesondere auch im Bereich der kulturellen Bildung müssen ausgebaut werden. Bestehende etablierte Strukturen bringen einen Erfahrungsschatz und Kompetenzen in der Arbeit mit Förderprogrammen ein, der genutzt werden sollte. Die Erweiterung der bestehenden Programme, wie beispielsweise die Jugendfreiwilligendienste und das Programm »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« kann dazu beitragen, dass nicht eine neue Sonderstruktur für Geflüchtete entsteht, die wiederum zu Segregation führen kann, sondern dass Geflüchtete als Zielgruppe gemeinsam mit anderen in den Blick genommen werden.

Fazit

Integration von Geflüchteten ist eine neue Aufgabe, der sich die Kulturvereine, -organisationen und -einrichtungen gerne stellen. Sie geht allerdings deutlich über die Regelaufgaben hinaus und bedarf, damit sie nicht zu Lasten anderer Aufgaben geht, zusätzlicher Ressourcen.

Der Deutsche Kulturrat schätzt, dass eine Aufstockung der bestehenden Kulturförderung von Gemeinden, Ländern und Bund um fünf Prozent im Jahr erforderlich ist, um die Strukturen im Kulturbereich nachhaltig und längerfristig in die Lage zu versetzen, im Zusammenspiel von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren einen qualitativ und quantitativ adäquaten Beitrag zur Integration zu leisten.

Zum Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 16.03.2016. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich mit dieser Stellungnahme zum »Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz«. Er begrüßt, dass Bund und Länder sich in dieser Kommission in medienpolitischen Zukunftsfragen abstimmen und sieht dies als wichtigen Beitrag zum kooperativen Föderalismus. Angesichts der Konvergenz der Medien und der Entwicklungen in der digitalen Wirtschaft müssen aus Sicht des Deutschen Kulturrates Medienpolitik, Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik zusammengedacht werden. Gerade vor dem Hintergrund der Regulierungsinitiativen auf europäischer Ebene ist eine abgestimmte Position zur Sicherung von Medien- und von kultureller Vielfalt wichtig.

Im Folgenden nimmt der Deutsche Kulturrat zu ausgewählten Aspekten im Zwischenbericht Stellung.

Audiovisuelle Mediendiensterichtlinie

Der Deutsche Kulturrat begrüßt grundsätzlich, dass Bund und Länder sich mit einer abgestimmten Position zur Revision der europäischen Audiovisuelle Mediendiensterichtlinie (AVMD-Richtlinie) positionieren. Der Deutsche Kulturrat hat sich ausführlich an der EU-Konsultation zur Revision der AVMD-Richtlinie beteiligt. Aus Sicht des Deutschen Kulturrates sollte eine wesentliche Zielrichtung bei der Revision der AVMD-Richtlinie die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen für lineare Medienanbieter gegenüber non-linearen Medienanbietern sein. Hierzu müssen aus Sicht des Deutschen Kulturrates adäquate Regelungen mit dem Ziel eines Level Playing Fields im Sinne einer Flexibilisierung gefunden werden. Dies darf aus Sicht des Deutschen Kulturrates aber nicht dazu führen, das Urheberrecht und den Anspruch der Urheber auf angemessene Vergütung zu tangieren. Ebenso sind die Ziele Sicherung der kulturellen Vielfalt, des Medienpluralismus, Schutz der Menschenwürde, Jugend- und Verbraucherschutz plattformübergreifend grundsätzlich zu sichern. Vorschriften der AVMD-Richtlinie im Hinblick auf die Förderung der kulturellen Vielfalt, insbesondere europäischer Werke und unabhängiger Produzenten hält der Deutsche Kulturrat nach wie vor für relevant. Darüber hinaus muss bei der Revision der AVMD-Richtlinie dafür eingetreten werden, nationale Spielräume bei der Interpretation und Umsetzung der Richtlinie zu ermöglichen. Weiter sieht der Deutsche Kulturrat das Erfordernis, insbesondere Regeln zur Sicherung der Signalintegrität zu implementieren, damit audiovisuelle Werke nicht durch Überblendungen bzw. Umrahmung mit Werbung gestört werden.

Kartellrecht/Vielfaltssicherung

Das Kartellrecht sollte den Anforderungen eines internationalen und europäischen Wettbewerbs angepasst werden und im Sinne der Vielfaltssicherung Spielräume für Kooperationen eröffnen, die die nationalen Medienanbieter stärken. Insbesondere sollten Möglichkeiten für eine stärkere Zusammenarbeit bzw. einen besseren Austausch zwischen Kartell- und Medienbehörden eröffnet werden, auch um Entscheidungen zur Medienkonzentration stärker unter dem Blickwinkel der globalen, digitalen Medienmärkte, die an Landesgrenzen nicht haltmachen, zu treffen.

Plattformregulierung

Zur Medienvielfalt gehört Angebots- und Anbietervielfalt. Die bestehenden »must-carry-Vorschriften« müssen im konvergenten Medienumfeld angepasst und zu »must-be-found-Vorschriften« weiterentwickelt werden. Dazu gehören der diskriminierungsfreie und gesicherte Zugang von AV- und Hörfunkanbietern zu Plattformen

Fortsetzung auf Seite 34

Kulturerbe und Digitalisierung

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 16.03.2016. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat in verschiedenen Stellungnahmen die Digitalisierung des kulturellen Erbes angesprochen. Eine grundlegende Stellungnahme zu den Chancen und Risiken, den Erwartungen und den Anforderungen der Digitalisierung von Kulturerbe ist aber ein Desiderat. Diese Lücke will der Deutsche Kulturrat nun schließen. Der Deutsche Kulturrat konzentriert sich hier auf die Digitalisierung als Möglichkeit zur Verfügbarmachung, Vermittlung und Sicherung des Kulturerbes. Sein Anliegen ist dabei, den Mehrwert der Digitalisierung des Kulturerbes aufzuzeigen. Zum Erhalt der physischen Substanz des Kulturerbes wird er sich mit einer eigenen Stellungnahme positionieren.

Im Deutschen Kulturrat sind Verbände und Organisationen aus den verschiedenen künstlerischen Sparten und kulturellen Arbeitsfeldern zusammengeschlossen. Ihm gehören sowohl Verbände und Organisationen der Künstler, der Kultureinrichtungen, der Kulturvereine als auch der Kulturwirtschaft an. Der Deutsche Kulturrat konzentriert sich in seinen Stellungnahmen auf spartenübergreifende Fragestellungen, insofern werden die Anforderungen aus den verschiedenen künstlerischen Sparten und Arbeitsfeldern stets nur beispielhaft genannt.

In dieser Stellungnahme geht es um die Speicherung, die Zugänglichmachung und die Weitergabe des materiellen und immateriellen Kulturerbes in digitaler Form.

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht mit dieser Stellungnahme, dass der Begriff des Kulturerbes ein offener Begriff ist. Die Wertschätzung, aber auch das Vergessen und das Wiederentdecken von Kulturerbe ist unter anderem vom gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Diskurs abhängig. Das Kulturerbe hat sowohl eine lokale, eine regionale als auch eine nationale bzw. internationale Dimension. Es umfasst das materielle Kulturerbe wie Bau- und Bodendenkmäler jeder Art sowie die Bestände von Archiven, Bibliotheken und Museen mit unterschiedlichsten Inhalten und Formen der kulturellen und wissenschaftlichen Überlieferung, also Werken der bildenden Kunst und des Designs, Archivalien, Handschriften, Filmen, Musikalien, Fotografien und Tonträgern. Es umfängt ebenso das immaterielle Kulturerbe wie mündlich überlieferte Traditionen und Ausdrucksformen, Bräuche bzw. das Wissen und die Weitergabe von kulturellen Praxen. Anders als bei dem materiellen Kulturerbe existiert das immaterielle Kulturerbe nicht physisch, es manifestiert sich vielmehr im flüchtigen Moment der von Menschen durchgeführten Performanz. Daher kommt denjenigen, die es audiovisuell aufzeichnen, eine besondere Verantwortung zu, da sie die Wahrnehmung des immateriellen Erbes im kulturellen Gedächtnis maßgeblich prägen. Ausdrücklich werden hier auch Kulturgüter eingeschlossen, die von vorneherein digital entstanden sind wie beispielsweise bestimmte Werke der bildenden Kunst oder auch Computerspiele. Diese Arbeiten werden aufgrund ihrer virtuellen Natur und der oft handlungserfordernden Interaktivität einerseits dem immateriellen Kulturerbe zugeordnet, andererseits sind sie immer auch auf einem Trägermedium gespeichert, womit sie ähnlich der Musik auf Tonträgern auch dem materiellen Kulturerbe zugeordnet werden können.

Chancen der Digitalisierung

Die Digitalisierung eröffnet Chancen, um Kulturgut ortungebunden und barrierearm zugänglich zu machen und vielschichtig zu präsentieren. Dazu gehört die spartenübergreifende Präsentation in Wissensspeichern, die die Beziehungen zwischen den verschiedenen künstlerischen Genres sichtbar machen kann. Die digitale Präsentation von Werken erhöht die internationale Sichtbarkeit von Kulturgut und eröffnet innovative Möglichkeiten der Verknüpfung von Kultur und Wissenschaft.

Kultur- und geisteswissenschaftliche Expertise und Forschung sind eng miteinander verbunden. Durch Digitalisierung eröffnen sich neue Perspektiven der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Kulturgut. Hier entstehen derzeit Netzwerke von kulturell und wissenschaftlich Interessierten, die nicht in Wissenschafts- oder Forschungseinrichtungen arbeiten, die einen eigenen Beitrag zur Erforschung von Kulturgut leisten. Interessengruppen und »scientific communities« finden in Netzwerken im kulturellen und wissenschaftlichen Diskurs neu zueinander.

Datenbanken und Portale mit digitalisiertem Kulturgut eröffnen direkte und neuartige Zugänge zu Kunst, Kultur und Wissenschaft. Sie leisten damit einen Beitrag zur kulturellen Bildung, zur Teilhabe an Kunst und Kultur sowie zum lebensbegleitenden Lernen. Das gilt insbesondere für Menschen, die in räumlicher Entfernung zu Kultureinrichtungen leben wie auch für Menschen mit Handicap. Barrierefreie Datenbanken können auch zur Inklusion beitragen, was besondere Maßnahmen erfordert.

Erwartungen an die Digitalisierung

Das technische Digitalisat allein bietet noch keinen ausreichenden Mehrwert. Die Erarbeitung und Einhaltung übergreifend gültiger technischer Standards sind notwendig, um die Nachnutzbarkeit der Digitalisate in Kultur, Bildung und Wissenschaft sicherzustellen. Der Mehrwert solcher Digitalisate hängt vor allem von ihrer jeweiligen Erschließung über Metadaten ab. Hierbei ist zwischen allgemeinen Mindeststandards und spezifischen Anforderungen der verschiedenen Zielgruppen zu unterscheiden. Für alle Nutzer muss ersichtlich sein, wo sich das digitalisierte Original befindet, das jeweilige Objekt muss nach definierten Mindeststandards formal korrekt beschrieben und dadurch zweifelsfrei identifizierbar sein. Wissenschaftler und wissenschaftlich Interessierte benötigen darüber hinaus je nach Fragestellung weiterführende Zusatzinformationen oder eine spezielle Tiefenerschließung der digitalisierten Quelle, um zu neuen Informationen, Fragestellungen und Erkenntnissen zu gelangen. Zugleich gibt es eine große Bandbreite an Nutzungsmöglichkeiten für den Bürger.

Die Präsentation von Digitalisaten muss einerseits zielgruppengerecht erfolgen, andererseits Nachnutzungen für andere Zielgruppen ermöglichen, um Doppeldigitalisierung möglichst zu vermeiden. Hierzu können die Fachverbände des Kulturbereiches einen wichtigen Beitrag leisten.

Der Umgang mit digitalen Wissensspeichern ist nicht per se ein Beleg für das Bewusstsein für den Wert kreativer Leistungen. Ziel muss sein, die digitalen Wissensspeicher so aufzubauen, dass sie den Wert kreativer Leistungen deutlich machen. Der Respekt vor dem schöpferischen Akt ist zu wahren und das Recht des Urhebers und anderer Rechteinhaber sind unabdingbar zu gewährleisten.

Anforderungen an die Digitalisierung

Sorgfältiger Umgang mit den Originalen

Der Schutz des Originals steht grundsätzlich an erster Stelle. Die Digitalisierung darf das Objekt nicht gefährden, soll vielmehr die intensive Nutzung bei gleichzeitiger künftiger Schonung des Originals unterstützen. Kulturgüter müssen sorgfältig digitalisiert werden. Dies erfordert den sachverständigen Umgang mit dem teilweise sehr alten und empfindlichen Kulturgut. Hier besteht eine große konservatorische Verantwortung dem Original gegenüber.

Digitalisierung ersetzt nicht das Original und dessen physischen Erhalt

Digitalisate können das Original nicht ersetzen. Sie sind lediglich ihr Abbild verbunden mit Informationen zu Herkunft, Urheber, Alter und Materialität oder Momentaufnahmen einer dynamischen kulturellen Ausdrucksform. Deshalb sind sowohl Erhalt und Restaurierung von Kulturgut als auch der Schutz von Habitus und Habitat der Akteure immateriellen Kulturerbes eine eigenständige Aufgabe. So ist es beispielsweise eine nicht akzeptable Praxis, dass Filmmaterial nach der Digitalisierung vernichtet wird. Zum physischen Erhalt von Originalen und den besonderen Herausforderungen bei der Digitalisierung des immateriellen Kulturerbes wird sich der Deutsche Kulturrat in gesonderten Stellungnahmen positionieren.

Digitalisierung verlangt nationale Initiative

Die Digitalisierung des Kulturerbes wird derzeit von verschiedenen Seiten vorangetrieben. Entscheidende Impulse sind von der Wissenschaft, gefördert durch Maßnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, den Wissenschaftsministerien der Länder sowie den großen Forschungseinrichtungen ausgegangen. Diese Initiativen gilt es stärker mit den Digitalisierungsmaßnahmen aus dem Kulturbereich, also denen Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie der Kulturministerien der Länder und der Kommunen, zu vernetzen und in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden sowie Stiftungen und anderen Akteuren zu einer nationalen Digitalisierungsstrategie weiterzuentwickeln. Hierzu gehört es, ein vermehrtes Augenmerk auf die Interoperabilität, die technischen Standards, die Kompatibilität und Präsentation der Daten sowie ihre Langzeitverfügbarkeit zu richten. Dies sollte vor dem Hintergrund internationaler Diskussionen und Entwicklungen geschehen.

Digitalisierung ist keine einmalige Maßnahme

Das Bewusstsein für die Digitalisierung als Daueraufgabe muss geschärft werden. Die Digitalisierung des Kulturerbes ist keine einmalige Aufgabe, sondern verlangt kontinuierliche, nachhaltige Anstrengungen. Die digitale Langzeitarchivierung und -verfügbarhaltung ermöglicht die Erhaltung und Nutzung digitaler Informationen als wichtigen Bestandteil unseres kulturellen und wissenschaftlichen Erbes für zukünftige Generationen. Das ist eine Daueraufgabe und kann nicht über zeitlich begrenzte Projektfinanzierungen gesichert werden.

Digitalisierung von Kulturgut verlangt wissenschaftliche Expertise und Forschung

Die verantwortungsbewusste Nutzung eines Digitalisats für wissenschaftliche Zwecke verlangt Kenntnisse und Kompetenzen zur Einordnung und Deutung von Dokumenten. Um Digitalisate nutzbar zu machen, müssen sie professionell erfasst, aufbereitet und gepflegt werden. Wesentlich sind hierbei der Beitrag und die fortlaufende Ergänzung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse. Damit wird deutlich, dass es sich bei der Erschließung von Digitalisaten um eine Langzeitaufgabe für Kultur und Wissenschaft handelt.

Digitalisierung und Technik

Die Digitalisierung von Kulturgut erfordert daher, kontinuierlich neue technische Verfahren der Digitalisierung zu entwickeln.

Digitalisierung erfordert Bewahrungsstrategie

Um digitalisierte oder digital geschaffene Kunstgüter für die nachfolgenden Generationen zu bewahren, bedarf es anderer Werkzeuge, Techniken und Strategien als für den Erhalt analoger Kulturgüter. Den Chancen der Zugänglichmachung stehen dabei Risiken gegenüber, die vor allem durch die Abhängigkeit von komplexen Techniken (Hardware/Betriebssoftware) und deren schnelle Alterung in einem privatwirtschaftlich dominierten und hoch dynamischen Umfeld bedingt sind. Als wirksame Sicherungsmaßnahme sollten möglichst offene Standards etabliert werden, was nur über breit angelegte, branchenübergreifende Kollaborationen und Informationsinfrastrukturen denkbar ist.

Digitalisierung schließt Respekt vor dem Recht des Urhebers und anderer Rechteinhaber ein

Im bestehenden Urheberrecht gibt es zahlreiche Bestimmungen, die die Rechte der Urheber und anderen Rechteinhaber zugunsten von Wissenschaft, Bildung und Forschung einschränken. In einer eigenen Stellungnahme hat sich der Deutsche Kulturrat zur Diskussion einer Bildungs- und Wissenschaftsschranke positioniert, auf die hier verwiesen wird.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass die Bundesregierung Regelungen zur digitalen Zugänglichmachung vergriffener gedruckter Werke ergriffen hat, die es den Verwertungsgesellschaften ermöglichen, mit Bund und Ländern Verträge zur öffentlichen Zugänglichmachung von vergriffenen Werken zu schließen. Auf dieser Grundlage entsteht auch ein Register vergriffener Werke.

Die angemessene Vergütung von Urhebern und anderen Rechteinhabern ist auch mit Blick auf die Zugänglichmachung von Digitalisaten für den Deutschen Kulturrat ein unverrückbarer Grundsatz. Dieses gilt ebenso für die Persönlichkeitsrechte der Urheber. Gleichfalls unterstreicht der Deutsche Kulturrat, dass urheberrechtliche Rechtsverstöße geahndet werden müssen.

Deutsche Digitale Bibliothek weiterentwickeln

Die Deutsche Digitale Bibliothek bleibt bislang hinter den mit ihr verbundenen Erwartungen zurück. Kultureinrichtungen digitalisieren auf eigene Kosten Objekte und liefern die Daten der Deutschen Digitalen Bibliothek. Bislang ist nicht erkennbar, an welche Nutzergruppen sich die Deutsche Digitale Bibliothek richtet. Das führt dazu, dass die Deutsche Digitale Bibliothek in ihrer jetzigen Form weder der Wissenschaft die erforderlichen Fachinformationen, noch den interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen unkomplizierten Zugang mit den notwendigen Sachinformationen bietet. Auch ist die Kompatibilität mit europäischen Initiativen wie der digitalen Europäischen Bibliothek (Europeana) nicht ausreichend gegeben. Eine bessere Abstimmung der Schnittflächen von nationalen und europäischen Initiativen ist daher notwendig. Würde die Deutsche Digitale Bibliothek als öffentlich finanzierte »Kultur-Suchmaschine« (Navigator) weiterentwickelt werden, die sich verstärkt an nicht-wissenschaftliche Nutzer richtet, könnte das Profil geschärft werden. Dafür ist es erforderlich, dass sinnvolle Algorithmen entwickelt werden und die vorhandenen Digitalisate besser erschlossen werden. Auch sollte die Deutsche Digitale Bibliothek mehr Verantwortung übernehmen, den Respekt vor den Rechten der Urheber und anderer Rechteinhaber zu vermitteln und zu schärfen.

Digitalisierung bedarf umfänglicher und dauerhafter Ressourcen

Angesichts der großen Aufgabe der Digitalisierung müssen dauerhaft ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt und möglichst große Synergien angestrebt werden. Dazu zählt einerseits auch, dass kleinere Institutionen in die Lage versetzt werden, über einschlägige und koordinierte öffentliche Förderprogramme Digitalisate bereitstellen zu können. Andererseits muss gerade für die Absicherung des Beitrags kleinerer Institutionen die Aufgabe der Langzeitarchivierung und -verfügbarhaltung als öffentlich getragene Daueraufgabe gesichert sein.

Fortsetzung von Seite 33

und die Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Auffindbarkeit von Inhalten für die Verbraucher.

Weiter unterstreicht der Deutsche Kulturrat in aller Deutlichkeit, dass auch bei Plattformen eine gesellschaftliche und juristische Verantwortung für verbreitete Inhalte besteht und dass sie sich im Zusammenhang mit Haftungsfragen und bei Urheberrechts-verletzungen nicht darauf zurückziehen können, lediglich die technische Infrastruktur bereitzustellen.

Intermediäre

Nach Auffassung des Deutschen Kulturrates sollten Intermediäre als Verwerter und Anbieter betrachtet werden. Daraus leiten sich besondere Rechte und Pflichten ab. Dieses gilt auch für Intermediäre, die User-Generated-Content anbieten. Soweit Intermediäre Zugang zu meinungsbildenden Inhalten vermitteln, müssen Angebots- und Anbieter- und damit Meinungsvielfalt gewährleistet werden. Daher besteht das Erfordernis, dass es auch für Intermediäre Vorgaben zur Transparenz und Diskriminierungsfreiheit gibt. Insbesondere dürfen die eigenen Inhalte des Intermediärs nicht bevorzugt werden.

Eine abgestufte Regulierung mit Elementen der Selbstregulierung ist möglich, wenn die Grundsätze in einem gesetzlichen Rahmen festgehalten sind, der eine Ex-post-Aufsicht vorsieht.

Netzneutralität

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass sich die Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz mit den zusätzlichen Fragen der EU-Netzneutralitätsverordnung befassen will. Hierbei müssen die Sicherung von Vielfalt und Transparenz bei der Anwendung der Verordnung und eine verstärkte Koordinierung von Bund und Ländern im Vordergrund stehen.

Kommerzielle Erwägungen dürfen nicht dazu führen, dass bestimmte Inhalte nicht mehr diskriminierungsfrei transportiert und damit das Internet als wertvoller Bestandteil der demokratischen Willensbildung und als kultureller digitaler Lebensraum Schaden nimmt.

Zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung des »Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechts«

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 11.04.2016. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich mit dieser Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung des »Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzes« (Bundestagsdrucksache 18/7456 vom 03.02.2016). Der Deutsche Kulturrat baut dabei auf seinen verabschiedeten Stellungnahmen zur Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes auf und ergänzt diese. So hat der Deutsche Kulturrat erstmals am 10.12.2014 zum Fragenkatalog Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Novellierung des Kulturgutschutzes Stellung genommen. Darauf aufbauend hat sich der Deutsche Kulturrat in seiner Stellungnahme vom 30.09.2015 zum »Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzes« positioniert. In jener Stellungnahme hat der Deutsche Kulturrat ausdrücklich den zusammenführenden Ansatz, die Ein- und Ausfuhr sowie die Rückgabe von Kulturgut in einem Gesetz zu regeln, begrüßt. Der Deutsche Kulturrat hat in jener Stellungnahme unterstrichen, dass bei der Neuregelung des Kulturgutschutzes die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Bereiche des kulturellen Lebens wie Kultureinrichtungen, Handel und privates Engagement im Kulturbereich untereinander abgewogen werden müssen.

Der Deutsche Kulturrat hebt mit dieser erneuten Stellungnahme hervor, dass es sich bei Kulturgütern um besondere Güter handelt. Sie haben, wie in der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen herausgestellt wird, einen ideellen und einen ökonomischen Wert. Gerade mit Blick auf den Kulturgutschutz gilt es, sich nicht von aktuellen Marktgegebenheiten oder eventuell Anlagemöglichkeiten leiten zu lassen, sondern die Bedeutung für das kulturelle Erbe in Deutschland, was das national wertvolle Kulturgut im Inland betrifft oder für die kulturelle Identität anderer Kulturen mit Blick auf die Einfuhr von Kulturgut im Auge zu halten. Der Schutz von Kulturgut ist wie die Denkmalpflege eine Generationenaufgabe.

In dieser Stellungnahme präzisiert und ergänzt der Deutsche Kulturrat seine Vorschläge in einigen Aspekten und reagiert auf die seit September 2015 stattgefundene Diskussion um den Kulturgüterschutz. Dabei berücksichtigt der Deutsche Kulturrat auch die zwischenzeitlich stattgefundene Befassung des Bundesrats mit dem Thema und die erste Lesung des Gesetzesentwurfs im Deutschen Bundestag.

Im Folgenden wird auf Einzelaspekte eingegangen:

§ *4 Internetportal zum Kulturgutschutz*

Der Deutsche Kulturrat begrüßt den zwischenzeitlich erfolgten Ausbau des Internetportals zum Kulturgutschutz (www.kulturgutschutz-deutschland.de). Dieses Portal informiert nicht nur über die internationalen, europäischen und nationalen Rechtsgrundlagen des Kulturgutschutzes einschließlich der Archivgesetze und des Denkmalschutzes, es bietet zugleich Informationen zu von den Ländern als national wertvoll eingetragenem Kulturgut. Weiter führt es zu den Ansprechpartnern in den jeweils zuständigen Landesministerien zu Fragen wie Unterschutzstellung beweglicher Gegenstände, Genehmigung der Eigentumsübertragung von geschützten Gegenständen, Genehmigung von Maßnahmen am geschützten Gut, Genehmigung der Ausfuhr von Kulturgut in Staaten, die nicht der EU angehören, sowie die Rückgabe von Kulturgut, das unrechtmäßig in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet verbracht worden ist.

Der Deutsche Kulturrat erneuert seine Anregung, dass zusätzlich in dem Portal die Sachverständigen genannt werden, die nach § 14 des Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzes in die Sachverständigenausschüsse der obersten Landesbehörden berufen werden sollen. Die Benennung der Sachverständigen dient der Transparenz.

§ *6 Nationales Kulturgut und* § *7 Eintragung in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturguts*

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht noch einmal, dass es begrüßenswert ist, dass Kulturgut, welches sich in öffentlichem Eigentum einer Kulturgut bewahrenden Einrichtung oder in einer Einrichtung, die überwiegend durch Zusagen der öffentlichen Hand finanziert wird, befindet, als nationales Kulturgut betrachtet wird. Ebenso begrüßt der Deutsche Kulturrat noch einmal, dass private Leihgeber von Kulturgut an öffentliche oder überwiegend öffentlich finanzierte Kultureinrichtungen die Möglichkeit bekommen, für die Dauer der Leihgabe das Kulturgut ebenfalls unter Schutz stellen zu lassen. Ebenfalls versichert der Deutsche Kulturrat noch einmal, dass es bedeutsam ist, Werke lebender Urheber nur mit deren Zustimmung in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturguts einzutragen.

Der Deutsche Kulturrat betont mit dieser Stellungnahme, dass die Eintragung von national wertvollem Kulturgut der spezifischen deutschen historischen Situation angemessen sein muss. Das gilt insbesondere für deutsches Kulturgut, dass sich kriegsbedingt nach wie vor im Ausland befindet, vom Grundsatz her aber die Anforderungen an die Eintragung als national wertvolles Kulturgut, wie die Bedeutung für das kulturelle Erbe in Deutschland und das herausragende kulturelle Interesse am Verbleib im Bundesgebiet, erfüllt. Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung trägt diesen Besonderheiten Rechnung. Dass Kulturgut, das sich erst kurz in Deutschland befindet, in der Regel keine identitätsstiftende Bedeutung für Deutschland haben kann, sollte auch in den Vorschriften zu § 24 Genehmigungspflichtige Ausfuhr von Kulturgut zum Ausdruck kommen. Hier geht es um die Ausfuhr aus Deutschland in den europäischen Binnenmarkt.

Der Deutsche Kulturrat fordert, dass die bereits vorgesehenen kulturgutbezogenen Alters- und Wertgrenzen um eine zeitliche Perspektive ergänzt werden. Hier ist an fünf Jahre zu denken. Das hätte zur Folge, dass bei Werken, die kürzer als fünf Jahre in Deutschland sind, bei der Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt die Genehmigungspflicht entfallen würde. Dieses würde eine deutliche bürokratische Erleichterung für den Handel und die Verwaltung bedeuten. Auch würde mit einer solchen Regelung unterstrichen werden, dass der Kulturgutschutz dem Kunsthandel nicht entgegensteht. Eine vergleichbare Regelung (laissez passer) hat sich in Frankreich bereits bewährt.

Weiter regt der Deutsche Kulturrat an, über ein bei den obersten Landesbehörden zu beantragendes auszustellendes Negativattest nachzudenken.

Ferner gibt der Deutsche Kulturrat zu bedenken, dass für Leihgaben aus dem Ausland, die z.B. durch Museen getätigt werden, das sogenannte kleine freie Geleit gewährt wird.

Die Kombination von Aussagen im Kulturgutschutzgesetz zu den Eintragungsvoraussetzungen mit Ergänzungen in den Vorschriften zur genehmigungspflichtigen Ausfuhr sowie der Möglichkeit, ein Negativattest einzuholen, würden unterstreichen, dass es beim Schutz national wertvollen Kulturguts um ausgewählte Arbeiten geht, die eine herausragende Bedeutung für das kulturelle Leben in Deutschland und eine besondere künstlerische oder gestalterische Qualität haben. Die bisherigen Listen national wertvollen Kulturguts, in denen weniger als 3.000 Kulturgüter verzeichnet sind, untermauern, dass es um keinen inflationären Gebrauch gehen kann und darf.

§ *12 Steuerliche Begünstigung von national wertvollem Kulturgut, Ausgleich bei Verkauf infolge wirtschaftlicher Notlage*

Der Deutsche Kulturrat wiederholt, dass es aus seiner Sicht richtig ist, dass eine Eintragung von Kulturgut in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturguts steuer- und erbschaftssteuerrechtliche Privilegierungen zur Folge hat. Ebenfalls hält der Deutsche Kulturrat es nach wie vor für richtig, dass die bestehende Regel aus dem geltenden Kulturgutschutzgesetz übernommen wird, dass ein Eigentümer von national wertvollem Kulturgut, sollte er aus wirtschaftlichen Gründen zum Verkauf gezwungen sein und aufgrund der Eintragung einen geringeren Erlös erzielen, einen billigen Ausgleich beantragen kann.

Der Deutsche Kulturrat betont darüber hinaus, dass die steuerliche Begünstigung von national wertvollem Kulturgut und der Ausgleich bei Verkauf infolge wirtschaftlicher Notlage im Kontext der steuerlichen Begünstigung von denkmalgeschützten Immobilien gesehen werden muss. Eigentümern von national wertvollem Kulturgut oder auch von denkmalgeschützten Gebäuden werden bestimmte Pflichten auferlegt, sie erhalten im Gegenzug steuerliche Begünstigungen.

Der Deutsche Kulturrat ist der Ansicht, dass Eigentümer von national wertvollem Kulturgut ebenso wenig wie Eigentümer von Denkmalen gezwungen werden können, das geschützte Gut der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit national wertvolles Kulturgut in größerem Umfang der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, sollte die Kulturstiftung der Länder finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Sie unterstützt bereits jetzt im Zusammenwirken mit Privaten den Ankauf von wertvollem Kulturgut und könnte dieses noch häufiger tun, wenn entsprechende finanzielle Mittel vorhanden wären.

§ *14 Eintragungsverfahren*

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass seine Anregung aus der Stellungnahme vom 30.09.2015, den Sachverstand aus den Kulturverbänden bei der Besetzung der Sachverständigenausschüsse einzubeziehen, aufgenommen wurde.

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates sollte noch klargestellt werden, dass zur Eintragung von Kulturgut als national wertvolles Kulturgut ein zustimmendes Votum des Sachverständigenausschusses erforderlich ist. Dieses verstärkt die Relevanz des hinzugezogenen Sachverstands.

§ *25 Allgemeine offene Genehmigung*

Um den internationalen Leihverkehr von Museen zu erleichtern, können öffentliche und privat finanzierte Museen zukünftig eine allgemeine offene Genehmigung beantragen. Damit entfallen Einzelgenehmigungen im internationalen Leihverkehr, was einen Bürokratieabbau in den Museen und den Landesbehörden nach sich zieht. Die allgemeine offene Genehmigung soll für jeweils fünf Jahre gelten und kann regelmäßig erneuert werden.

Ergänzend zu seiner vorliegenden Stellungnahme begrüßt der Deutsche Kulturrat, dass bei der allgemeinen offenen Genehmigung nicht zwischen öffentlichen und privaten Sammlungen unterschieden wird. Dieses wird insbesondere für private Sammlungen Erleichterungen mit sich bringen und unterstreicht die hohe Wertschätzung, die privaten Sammlungen entgegengebracht wird.

§ *32 Unrechtmäßige Einfuhr von Kulturgut*

Der Deutsche Kulturrat hebt noch einmal hervor, dass es sich bei der unrechtmäßigen Einfuhr von Kulturgut um kein »Kavaliersdelikt« handelt. Im Gegenteil, oftmals wird die wirtschaftliche Not oder politische Instabilität in Krisengebieten zu Raubgrabungen genutzt. Auch Gegenstände, die auf den ersten Blick nur einen geringen ökonomischen Wert haben, sind für die Wissenschaft im Allgemeinen und für die Archäologie im Besonderen von hohem Wert und größtem Interesse. Dabei kommt es nicht so sehr auf das einzelne Stück als vielmehr auf den Fundzusammenhang an. Dieser wird zerstört, wenn dutzendfach vermeintlich wertlose Grabungsgegenstände entnommen oder größere Artefakte zerstört werden. Der Deutsche Kulturrat unterstreicht daher noch einmal mit Nachdruck, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit Kulturgut mit einer strengen Einfuhrkontrolle einhergehen muss. Dies schließt ein, dass bei den vorzulegenden Ausfuhrgenehmigungen auf das Herkunftsland bzw. sofern dieses nicht zweifelsfrei feststellbar ist, auf das Recht infrage kommender Staaten abgehoben werden muss. Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass im Gesetzesentwurf der Bundesregierung eines »Gesetz zur Neuregelung des Kulturgutschutzes« entsprechend strenge Maßstäbe angelegt werden. Mit Blick auf sogenannte »Massenware« wie etwa römische Münzen sind geeignete, unbürokratische Regelungen zu treffen.

§ *40 Verbot des Inverkehrbringens*

Ergänzend zu seiner bisherigen Stellungnahme unterstützt der Deutsche Kulturrat die vorgesehenen Regeln des Verbots des Inverkehrbringens bestimmter Kulturgüter. Der Deutsche Kulturrat unterstreicht, dass der wirksame Schutz von archäologischem Kulturgut sich nicht nur auf Bestimmungen zur Einfuhr beschränken darf, sondern genauso den Handel mit Kulturgut im Inland und gegebenenfalls die Ausfuhr in den Blick nehmen muss.

§ *41 Allgemeine Sorgfaltspflichten,* § *42 Sorgfaltspflichten beim gewerblichen Inverkehrbringen,* § *43 erleichterte Sorgfaltspflichten beim gewerblichen Inverkehrbringen*

Wie bereits in seiner Stellungnahme vom 30.09.2015 formuliert, sieht es der Deutsche Kulturrat für richtig und notwendig an, die Sorgfaltspflichten abgestuft zu regeln. Von einem gewerblichen Händler können andere Nachweise erwartet und verlangt werden als von Privatpersonen. Abgesehen von den zweifelsfrei erforderlichen Regelungen zu Sorgfaltspflichten sieht der Deutsche Kulturrat das Erfordernis, vermehrter und intensiver als bisher Sorgfaltspflichten zu kommunizieren und das Bewusstsein für Provenienznachweise zu schärfen. Dieses gilt in besonderem Maße für archäologische Kulturgüter. Damit sollte zugleich die Relevanz dieser Kulturgüter für das »Gedächtnis der Menschheit« unterstrichen werden.

Weiter regt der Deutsche Kulturrat an, die geplante Wertgrenze von 100 Euro beim gewerblichen Inverkehrbringen von archäologischem Kulturgut noch einmal zu überdenken, da mit dem Entfallen jeglicher Aufzeichnungspflichten unterhalb der Wertgrenze eine Einhaltung der allgemeinen Sorgfaltspflichten § 41 nicht mehr überprüft werden kann.

§ *45 Aufbewahrungs- und Aufzeichnungspflichten*

Wie bereits in der Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Referentenentwurf eines »Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzes« ausgeführt, gehen die Aufbewahrungspflichten für den Kunst-und Antiquitätenhandel über die üblichen Aufbewahrungspflichten hinaus. Dieses kann in den Fällen zu Problemen führen, wenn die juristische Person, die Eigentümer des Kunst- oder Antiquitätenhandels ist, also beispielsweise eine GmbH, liquidiert wird und unklar ist, an welchem Ort die aufzubewahrenden Unterlagen gelagert werden können. Der Deutsche Kulturrat ermutigt den Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler offensiv bei seinen Mitgliedern zu werben, das »Zentralarchiv des deutschen und internationalen Kunsthandels« als neutralen Ort zur Aufbewahrung der Unterlagen zu nutzen.

Neu aufgelegt!

In der erweiterten, zweiten Auflage dieses Bandes sind Beiträge aus Politik & Kultur zusammengefasst, in denen es um den Welthandel, den Schutz für Kultur, kulturelle Bildung und Medien, die derzeit in Verhandlung stehenden Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA und nicht zuletzt um die Wirkung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen geht. Die Artikel zeigen die Entwicklung der kulturpolitischen Diskussion im letzten Jahrzehnt.

ISBN: 978-3-934868-39-7, 308 Seiten, € 18,80

Jetzt bestellen: www.kulturrat.de/shop.php

Kurz-Schluss

Wie ich einmal mit einem seriösen Text beim Senior-Autoren-Wettbewerb der Grünen reüssieren wollte…

THEO GEIßLER

Bitte nicht enttäuscht sein: Ansonsten stehen an dieser Stelle meine bekanntschrullig-launigen Phantastereien mit begrenztem Wahrheitsgehalt. Diesmal folgt ein anderer Text, den ich veröffentlichen muss, um eine Chance auf die hundert Euro Preisgeld beim oben benannten Contest zu haben. Ich brauch' sie bitter nötig.

Antizyklisch scheint sich die Natur zur Politik in unserer Bundesrepublik zu verhalten: Während es in der Frischluft allenthalben grünt und blüht, legt sich bräunlicher Mental-Wüstensand über Landesparlamente und in Ritzen und Winkel des Bundestages. Im Vorfeld gefettet durch dumpfe Pegida-Massenaufmärsche, befeuert durch Fremdenfeindlichkeit, Angst ums eigene Hab und Gut, erzielte die sogenannte »Alternative für Deutschland« (AfD) numerisch bedrohliche Wahlerfolge in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen Anhalt. Hochrechnungen für den Bund lassen gefährlich Zweistelliges erwarten.

Bedrohlich auch für die Künste, für die Kultur, die stark ins Zentrum des AfD- Parteiprogramm-Entwurfes rückt. In Sachsen-Anhalt beklagt die Partei »fehlenden Mut zur deutschen Leitkultur« und setzt sich für mehr deutsche Stücke an den Bühnen des Landes ein. Pfitzner statt Schostakowitsch, Hinterseer statt Sinatra: Wörtlich heißt es im kulturpolitischen Wahlprogramm der AfD: »Der fehlende Mut zur deutschen Leitkultur schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.«

Einige weitere Beispiele aus den einer solchen »deutschen Leitkultur« verpflichteten Knorz- und Knarz-Leitlinien der partiell bereits eroberten Bundesländer:

»Auf Rechtsnormen und Eigenheiten anderer Kulturkreise ist keine Rücksicht zu nehmen. Der Respekt vor deutscher Kultur gehört zur aktiven Integrationsbereitschaft. Das Ende der deutschen und europäischen Kultur ist besiegelt, wenn der Zustrom von Hunderten Millionen Armutsflüchtlingen nicht gestoppt wird. Der historische Blick auf die jahrhundertelange Entwicklung der einzigartigen Substanz an Kultur wird durch eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt. Ethnisch-kulturelle Identitäten sind bei allen Menschen zu achten, ebenso die geschlechtlichen Identitäten, wohingegen lebensfremde Gesellschaftsexperimente, welche einen neuen geschlechtsneutralen Menschen schaffen wollen, abzulehnen sind. Ethno-kulturelle Parallelgesellschaften sind durch geeignete Maßnahmen zu entflechten, aufzulösen und zu verhindern. Identitätsstiftende Kulturpflege gibt es nicht zum Nulltarif. Insofern ist es eine Pflicht von Orchestern, Museen und Theatern, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat fördern zu müssen. Im Besonderen sollen die Bühnen … neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen. Kulturelle Grundlage Deutschlands wird von einer Völkerwanderung unter missbräuchlicher Berufung auf das Asylgrundrecht zertrümmert.«

Teils noch viel gröber dröhnen die völkischen und ökonomischen Fixierungen im Entwurf zum Leitprogramm einer fürchterlichen Alternative für Deutschland:

»Im Inland tritt die AfD allen Tendenzen strikt entgegen, die deutsche Sprache auf Behörden, in universitären Studiengängen und in der Binnenkommunikation von Firmen im Sinne einer falsch verstandenen »Internationalisierung« durch das Englische zu ersetzen oder zu »gendern«. Politisch korrekte Sprachvorgaben lehnen wir ab. Die AfD will den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken und die Kulturpolitik generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausrichten. Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst. Kulturpolitik im engeren Sinn soll weiterhin im Kompetenzbereich der Länder verbleiben. Wir halten ein gewisses Minimum an staatlichen Kultursubventionen für unumgänglich, die jedoch an die selbst erwirtschafteten Einnahmen der Kulturbetriebe zu koppeln sind.«

Eine Fülle weiterer reaktionärer, teils ausgesprochen dämlicher, plump populistischer Phantastereien sind dem aktuellen Programmentwurf im Netz zu entnehmen: https://www.alternativefuer.de/…/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf

Insbesondere die Diffamierung des Islam als Ideologie, die mäßig kaschierte Verteufelung von Schwulen und Lesben, die Beschneidung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder die Kopplung der schulischen und universitären Bildung an ökonomische Bedürfnisse widersprechen der selbstgewählten Leitphrase, man sei dem »humboldtschen Bildungsideal« verpflichtet – und wirken teils grundgesetzwidrig.

Noch vor zwei, drei Jahren hätte man eine derartige Programmatik als Ergebnis einer steinzeitlich bedingt inoperablen Mental-Phimose abgetan. Brennende Flüchtlingsheime, der »Sprich deutsch«-Zwischenruf wider einen iranischen Interpreten bei einem Konzert in Köln oder die Erdogan-like Dauer-Diffamierung unserer »Lügenpresse« lassen befürchten, dass als final wertendes Adjektiv für unsere Künste der Begriff »entartet« bald wieder salonfähig wird.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

MÖHREN-SALAT – DIE P&K-NACHRICHTEN

Hagen: Auf der Suche nach einem Intendanten für ihr Theater stößt die Stadt Hagen auf unerwartete Schwierigkeiten. Zu massiven Etat-Einschnitten entschlossen, hat Oberbürgermeister Erik O. Schulz den Posten als Mini-Job ausgeschrieben, wohl in der Hoffnung, dass sich niemand meldet. Nun trafen vor allem aus Griechenland und Italien über zwölftausend qualifizierte Bewerbungen ein. Daraufhin beschloss der Magistrat die Errichtung einer acht Meter hohen Mauer rings um die Stadtgrenzen.

Berlin: In Sachen TTIP starten die Vereinigten Staaten von Amerika jetzt eine Transparenz-Offensive. Im Rahmen einer TTIPP benannten Lotterie können bis zu zehn Bundestagsabgeordnete eine ganze Stunde mehr Aufenthaltszeit im streng abgeschirmten Leseraum der US-Botschaft gewinnen. Gesponsert von US-Milliardär Donald Trump werden sogar Lesebrillen zur Verfügung gestellt. Prämiert werden die zehn schmutzigsten Schmähgedichte auf die Kandidatin der Demokraten Hillary Clinton. Jury-Vorsitz: Donald Trump.

Dresden: Mit der Stiftung eines »Arno Breker-Preises« will die AfD den Grundstein für die Finanzierung einer neun Meter hohen Albert-Speer-Bronze-Statue auf dem Vorplatz der Semper-Oper legen. »Das in heldenhaft-realistischem Guss zu gestaltende Monument soll an einen Visionär urdeutscher Architektur erinnern« – so Frauke Petry beim Reichsparteitag der »Alternative für Deutschland«.

Augsburg: Die Debatte um die Sanierung des Theaters Augsburg hat weiter an Fahrt aufgenommen. Eine letzte umfassende Instandsetzung fand in den 1950er Jahren statt. Nach dem Einsturz des Bühnenhauses und einem Brand im Zuschauerraum, bei dem alle Sitzplätze zerstört wurden, gilt der Bau nur noch als teilweise bespielbar. Derzeit wird im einsturzgefährdeten Foyer en suite Max Frischs »Biedermann und die Brandstifter« vor zwangsläufig wenigen hundert Zuhörern geboten.

IMPRESSUM

Politik & Kultur –
Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63 , 10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Verena Schmidt, (Chefin vom Dienst), Andreas Kolb , Carolin Ries, Tim Schneider, Andrea Wenger

REDAKTIONSASSISTENZ
Seda Gül Inan, Merve Kilinc, Jana Prigge

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser,
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH Regensburg

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegt das Dossier »Martin Luther Superstar – Reformationsjubiläum Nr. 1« bei.